

Preussische Allgemeine



Nr. 45 · 6. November 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €



Folgen einer Maßnahme

Mit einem abermaligen Lockdown versucht die Politik, den weiteren Anstieg der Covid-19-Infektionszahlen zu stoppen. Dabei kämpft das Land noch immer mit den Einschnitten des Frühjahrs **Seite 2**



Geschichte Charles de Gaulle als Kämpfer für ein souveränes Europa **Seite 10**



Gesellschaft Warum polnische Frauen für ihre Rechte streiten **Seite 13**

USA

Die Lager bleiben unversöhnlich

Die persönlichen Attacken im US-Präsidenten-Wahlkampf verbargen, dass es in diesem Ringen um mehr ging als um den Ehrgeiz zweier Egomane

VON HANS HECKEL

Die Wut, die oft wie blanker Hass erschien, mit welcher der US-Wahlkampf geführt wurde, hat viele Menschen zutiefst irritiert. Ein Grund für die Verbissenheit mag darin gelegen haben, dass es hier tatsächlich um ein Duell von welthistorischer Bedeutung ging, weit mehr, als es bei US-Wahlkämpfen der vergangenen Jahrzehnte der Fall war.

Die Fixierung auf Personen und das Getöse haben die weltanschauliche Auseinandersetzung weitgehend verdeckt. Doch hier trafen zwei Lager aufeinander, die für komplett gegensätzliche Weltentwürfe kämpften. Es geht um das Ringen der Globalisten gegen die Nationalstaatler, wobei Joe Biden für die Globalisten steht und Trump für die Nationalstaatler.

Das globalistische Lager hängt der Idee an, die Welt immer enger zu vereinen. Auch der Euro und eine zum Bundesstaat ausgebaute EU sind in diesem Sinne globalistische Projekte, ebenso die international agierenden Nichtregierungsorganisationen (NGOs). Dem Globalismus geht es darum, nationalstaatliches Denken und Handeln zu überwinden und stattdessen ein weltumspannendes vernetztes System der „Global Governance“, also eine Art gemeinsamer Weltregierung, zu entwickeln.

Was den Globalisten indes als Verheißung gilt, ist den Nationalstaatlern ein Albtraum. Sie fürchten, dass internationale Netzwerke, welche die UN, die NGOs oder auch die EU und das Euro-System beherrschen, auf dem Wege sind, mit der Macht der Nationalstaaten auch den Einfluss der Völker und damit der Bürger einzuebrennen. Das Resultat wären nicht Weltfrieden und allgemeine Freiheit, sondern ein von einflussreichen Cliquen beherrschter Planet, eine globale Oligarchie einiger sehr mächtiger Zirkel, denen sich keine Nation und kein Bürger mehr wirksam in den Weg stellen könnte.

Hier erscheinen Bewegungen wie „Black Lives Matter“ (BLM) oder die Einwanderungslobby in Europa als Angriff auf die Nationen als natürliche Basis der Nationalstaaten. Während BLM die nationale Gemeinschaft sprengt, indem man das US-Volk in unversöhnliche Fraktionen zerschneidet, würde die hiesige Einwanderungslobby alles daran setzen, gewachsene Nationen und Bürgergesellschaften per Immigration von kulturell möglichst Fremden zu sprengen.

Dieser grundlegende Dissens verbarg sich auch hinter dem Zweikampf Trump gegen Biden. Das mag die Härte des Kampfes erklären. Denn es macht sichtbar, dass es um weit mehr ging als um das persönliche Ringen zweier Egomane.

SICHERHEIT

Der Terror ist kein Naturereignis

Was die Bürger nach den jüngsten Anschlägen in Frankreich und Österreich von den Entscheidern in Politik und Sicherheitsbehörden erwarten dürfen

VON RENÉ NEHRING

Conflans-Sainte-Honorine, Nizza und nun Wien. Binnen weniger Tage haben drei Terroranschläge in den genannten Orten abermals die Welt erschüttert. In dem Pariser Vorort enthaupdete ein 19-jähriger Tschetschene den Lehrer Samuel Paty, in der Stadt an der Côte d'Azur erstach ein 21-jähriger Tunesier drei Besucher der Kathedrale Notre-Dame-de-l'Assomption mit einem Messer, und in Wien erschossen ein oder mehrere Täter (die Lage war bei Redaktionsschluss noch unübersichtlich) vier Passanten, mindestens sieben weitere Opfer wurden lebensbedrohlich verletzt.

Mit ihren Anschlägen haben die Attentäter erneut gezeigt, dass der radikalislamische Terrorismus die größte Gefahr für die Bürger Europas ist. Allein für die Zeit seit den Anschlägen gegen das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ im Januar 2015 und dem März 2019 führt die Webseite des Bundesamts für Verfassungsschutz 58 „islamistisch-terroristische Anschläge“ auf. Wikipedia kommt in einer Liste der durch den „Islamischen Staat“ weltweit verübten Anschläge auf über 2300 Todesopfer. Auch wenn im Alltag andere Ereignisse wie die Corona-Pandemie die Nachrichten bestimmen, so zeigen diese Zahlen, dass der Terror im Namen des Is-

lam zu einem fürchterlichen Begleiter unseres täglichen Lebens geworden ist.

Diese Entwicklung ist jedoch keinesfalls aus dem Nichts entstanden. Vielmehr ist sie das Ergebnis einer ungesteuerten Zuwanderungspolitik, vor allem seit dem Sommer 2015, als die deutschen Grenzen über Wochen faktisch für jedermann offenstanden. Wenn Regierungssprecher Seibert nach dem Anschlag von Wien twitterte, „Wir Deutsche stehen in Anteilnahme und Solidarität an der Seite unserer österreichischen Freunde. Der Kampf gegen den islamistischen Terror ist unser gemeinsamer Kampf“, dann sei er daran erinnert, dass seine Chefin maßgeblichen Anteil daran hat, dass die europäischen Sicherheitsbehörden vielfach die Kontrolle über die Lage verloren haben. Der Täter von Nizza, der 21-jährige Tunesier Brahim A., landete erst im September mit einem Kleinboot auf der italienischen Insel Lampedusa.

Im Frühjahr und Sommer 2020 haben Politik und Sicherheitsbehörden gezeigt, dass sie bereit und in der Lage sind, mit aller Härte gegen ein Virus zu Felde zu ziehen. Dabei waren sie zu Maßnahmen fähig, die bis dato undenkbar schienen. Insofern können die Bürger nun erwarten, dass die Verantwortlichen mit gleicher Entschiedenheit und Härte auch gegen den islamistischen Terror vorgehen.

IN DIESER AUSGABE

Politik
Vorfreude in Rom – Italiens langer Wunschzettel an die Europäische Union **Seite 6**

Kultur
Warum Chemnitz zur Kulturhauptstadt Europas 2025 auserkoren wurde **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt
Wissenschaftler entdeckten den echten James Bond, der auch in Allenstein wirkte **Seite 18**

Lebensstil
Katzenjammer am Rhein – in Köln fällt der diesjährige Karneval aus **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Covid-19 Wie im Frühjahr sollen die Deutschen im November empfindliche Einschränkungen hinnehmen, um die Corona-Infektionszahlen zu drücken. Die Folgen des ersten Lockdown sind indes gravierend

Jedem Dritten droht die Pleite

Hotel- und Restaurantbetriebe stehen am Abgrund. Staatliche Unterstützung hilft nur begrenzt

VON HANS HECKEL

Die Anleger an der Börse sahen kommen, was dann tatsächlich folgen sollte: Der deutsche Aktienindex DAX erlitt bereits am Morgen, bevor der zweite Lockdown beschlossen wurde, einen heftigen Schwächeanfall. Glaubt man den Wirtschaftsforschern, wird es nicht bei einer Delle bleiben.

So rechnete das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) bereits im September damit, dass Deutschlands Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt, BIP) im laufenden Jahr um 6,25 Prozent einbrechen werde. Das wäre der steilste Abstieg seit Gründung der Bundesrepublik, mehr noch als im Folgejahr der Finanzkrise von 2008. Für den Fall eines weiteren Lockdowns prognostizierte das IW indes einen Rückgang von 8,25 Prozent auf das ganze Jahr 2020 bezogen. Selbst im kommenden Jahr werde eine zweite Schließungswelle mit einem Minus von einem Prozent des BIP zu Buche schlagen. Eine Rückkehr auf das Vorkrisenniveau schon im Jahre 2022 würde damit „in weite Ferne rücken“.

Hinter den kalten Zahlen von Statistiken und Prognosen verbergen sich Millionen Schicksale. Laut Guido Zöllick, dem Präsidenten des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (Dehoga), droht einem Drittel der Betriebe seiner Branche der Untergang. Selbst wenn man unterstellt, dass der Verbandschef möglichst düstere Zahlen wählt, um den Druck auf die Politik auch hinsichtlich staatlicher Unterstützungszahlungen an die leidenden Betriebe zu verstärken: Dass zahlreiche Hotel- und Gastronomiebetriebe den Lockdown nicht überleben werden, erscheint ausgemacht.

Schließlich sind die Unternehmen schon aus der Schließungsphase im Frühjahr geschwächt hervorgegangen, viele haben keine Reserven für schlechte Zeiten mehr. Auch der Sommer konnte den Verlust oft nicht wettmachen, Belegungsbeschränkungen bei Hotels und Abstandsregeln in Restaurants haben den Umsatz gemindert. Die massiv reduzierte Zahl ausländischer Touristen grub Betrieben, die vor allem auf diese Zielgruppe spezialisiert sind, zusätzlich das Wasser ab. Die schon eingetretenen oder drohenden Pleiten deuten darauf hin, dass die staat-



Viele haben ihre Reserven schon beim ersten Lockdown aufgebraucht, nun stehen zigtausende Betriebe am Abgrund: Verzweifelte Gastronomen demonstrieren in Berlin gegen die Schließung ihrer Lokale

Foto: pa

liche Unterstützung, so wichtig sie sein mag, realen Umsatz nicht ersetzen kann.

Wegen des ausbleibenden Gastronomie-Absatzes schlagen auch die Brauereien Alarm. In der Veranstaltungsbranche, mit 1,5 Millionen Beschäftigten und einem Jah-

resumsatz von 130 Milliarden Euro der sechstgrößte Zweig der deutschen Wirtschaft, herrscht Verzweiflung. Die Reisebranche leidet unter für Touristen geschlossenen Hotels. Für die Zeit vom Beginn des ersten Lockdowns bis Jahresende

rechnet man hier mit einem Umsatzrückgang auf ein Fünftel des Vorjahreswerts.

Das Schicksal der Betriebe schlägt selbstredend auch auf die Angestellten durch. Die Beschäftigten der Gastronomie geraten bei einem Lockdown sogar besonders stark unter die Räder. Zwar können sie, wie die Arbeitnehmer anderer Branchen auch, in Kurzarbeit gehen. Doch gehen die Gehaltseinbußen etwa bei ihnen weit über das offiziell ausgewiesene Maß hinaus, da ein wesentlicher Teil der Einkünfte aus Trinkgeldern resultiert, die nun vollständig und ersatzlos ausfallen.

Außer-Haus-Verkauf soll den Restaurants eine kleine Einnahmequelle retten. Doch geben Betreiber an, dass sich das Hochfahren der Küche und die Weiterbeschäftigung der nötigen Kräfte hierfür kaum lohne. Zudem kommt Außer-Haus-Verkauf für viele Betriebe, wie etwa abgelegene Ausflugslokale, nicht infrage. Und selbst da, wo es geht, bleibt der für Restaurants besonders lukrative Getränkeverkauf weitgehend auf der Strecke.

Kurzporträts



Guido Zöllick Der Präsident des Branchenverbandes Dehoga sieht einen Sturm von Firmenzusammenbrüchen auf sein Gewerbe zukommen.



Alfons Hörmann Der Präsident des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) sorgt sich um 27 Millionen Mitglieder in rund 90.000 deutschen Sportvereinen.



Gerd Nettekoven, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Krebshilfe, beklagt, dass wegen Corona bislang über 50.000 Krebs-Operationen verschoben wurden.

GESUNDHEIT

Wie der Lockdown Körper und Seele krank macht

Möglicherweise kosteten in Deutschland die ersten Zwangsmaßnahmen mehr Menschenleben als das Coronavirus

Gemäß ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion (Drucksachennummer 19/21298) verfügt die Bundesregierung über keine „dezidierten Erkenntnisse“ hinsichtlich der gesundheitlichen Kollateralschäden infolge des ersten Lockdowns anlässlich der Corona-Pandemie im Frühjahr 2020. Dabei liegen mittlerweile genügend Zahlen vor. Sie stammen unter anderem von der Deutschen Krebshilfe, der Bundespsychotherapeutenkammer, dem Wissenschaftlichen Institut der AOK, dem Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung, dem Aktionsbündnis Patientensicherheit, dem Zentralinstitut für Seelische Gesundheit Mannheim, dem Verband Forschender Arznei-

mittelhersteller sowie einigen großen Universitätskliniken. Und diese Zahlen sind ebenso eindeutig wie erschütternd.

Die Zahlen sprechen für sich

Angstneurosen, Posttraumatische Belastungsreaktionen und Depressionen nahmen um bis zu 50 Prozent zu, bei älteren Pflegebedürftigen sogar um 71 Prozent. Während vor der Pandemie 18 Prozent aller Kinder psychische Auffälligkeiten wie Hyperaktivität oder Anpassungsstörungen zeigten, stieg die Quote während des Lockdowns auf 31 Prozent. Und bei vier Zehnteln der Jugendlichen und Erwachsenen wurde ein gesteigertes Alkoholkonsum registriert. Darüber hinaus äußerten

22 Prozent der von Forschern befragten Personen, die im Frühjahr versuchten, sich umzubringen, dass sie stark unter den Corona-bedingten Einschränkungen gelitten hätten.

Zu diesen psychischen Kollateralschäden kommen die körperlichen. So verzichteten viele Menschen mit leichteren Herzinfarkten, Schlaganfällen oder ähnlichem auf ärztliche Hilfe. Deswegen brauchten die Kliniken ein Drittel weniger Notfälle zu behandeln – jedoch um den Preis der massenhaften Verschleppung von gefährlichen Erkrankungen.

Des Weiteren sagten die Gesundheitseinrichtungen neun Zehntel aller geplanten medizinischen Eingriffe ab oder ver-

schohen diese, darunter 50.000 Krebsoperationen. Von den notwendigen Kontrollen bei Trägern von Herzschrittmachern und anderen potentiell lebenswichtigen Hilfsmitteln fielen vier Zehntel aus. Auch die gesundheitliche Vorsorge wurde vernachlässigt. Bis zu acht von zehn turnusmäßig anstehenden Untersuchungen fanden nicht statt.

Experten schätzten die Zahl der durch all dies verursachten Todesfälle auf 5000 bis 125.000. Deshalb ist es gut möglich, dass der erste Lockdown mehr Menschenleben in Deutschland gefordert hat als das Coronavirus. Daran starben bis zum 3. November nach offiziellen Angaben genau 10.661 Infizierte. *Wolfgang Kaufmann*

Experten schätzen die Zahl der durch den Lockdown verursachten Todesfälle auf 5000 bis 125.000. Dem standen bis zum 3. November 10.661 Corona-Tote gegenüber

SPORT

Kaum Bewegung, wenig Geld

Wie bereits im Frühjahr trifft auch der zweite Lockdown den Sport besonders hart. Zwar darf der Profisport – wie die Fußball-Bundesliga – weiterhin stattfinden, jedoch ohne Zuschauer. Der Freizeit- und der Amateursport müssen ganz ruhen (mit Ausnahme des Individualsports).

Bereits Ende Mai zog der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) nach einer Befragung seiner 100 Mitgliedsorganisationen durch die unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte das Fazit, dass die Schäden im organisierten Sport in Deutschland durch die Corona-Pandemie Milliardenhöhe erreichen werden. Im Schnitt sei für jeden der 90.000 deutschen Sportvereine mit einem Schaden von rund 12.000 Euro zu rechnen.

Da die meisten Vereine und Verbände kaum oder gar keine Gelder aus Fernsehübertragungen erhalten, sind sie auf Mitgliedsbeiträge sowie Eintrittsgelder und Einnahmen aus Sponsorenverträgen angewiesen. Letztere entfallen jedoch in der Regel ohne Veranstaltungen. Vereine, deren Finanzbedarf überwiegend von Sponsoren getragen wird, weil die Mitgliedsbeiträge nicht ausreichen, um die Ausgaben zu tragen, sind somit schnell in ihrer Existenz bedroht.

Neben dem kurzfristigen Wegfall der sozialen Kontakte und der ausbleibenden Bewegung für Kinder, Jugendliche und Berufstätige befürchten die Landessportbünde, dass auch die Strukturen in den zahlreichen Sportvereinen in Gefahr geraten. Wo keine Trainingseinheiten und Wettkämpfe stattfinden, sinkt das ehrenamtliche Engagement von Trainern und Familienangehörigen – und die Verbundenheit mit dem Verein. Ob diese irgendwann wiederkehrt, weiß niemand.

Zudem befürchten viele Vereine eine Austrittswelle der Sportler selbst, wenn diese Beiträge für Trainingsmöglichkeiten zahlen sollen, die sie nicht nutzen können. Eine solche Austrittswelle würde die meisten Sportgemeinschaften in ihrer wirtschaftlichen Überlebensfähigkeit empfindlich treffen. *René Nehring*

Sind die Gedanken noch frei?

Die Meinungsfreiheit gehört zu den großen Errungenschaften unserer Gesellschaft und zu den Grundrechten eines jeden Bürgers. In jüngster Zeit ist sie jedoch bedroht – von Wächtern der „Politischen Korrektheit“ wie von islamischen Fanatikern

VON WOLFGANG
MÜLLER-MICHAELIS

Es sind nicht Putin, Trump oder Erdoğan, die uns bei aller Unbill, die sie der Welt zumuten, am meisten zu schaffen machen. Selbst die Jahrhundertseuche Corona kommt in Schwere und Tiefe nicht an die Gefährdungen heran, denen sich Bürger heutzutage ausgesetzt sehen, wenn sie ihr von der Verfassung verbrieftes Recht wahrnehmen, frei und öffentlich ihre Meinung zu äußern. Der Ruf nach Gedankenfreiheit, der schon an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert die Menschen in weiten Teilen Europas mit dem Höhepunkt der Französischen Revolution zu gemeinsamer politischer Aktion antrieb, erlebt im 21. Jahrhundert eine unvermittelte Renaissance.

Schrillende Alarmglocken

Bezeichnend für diesen zeitlosen Brückenschlag des Freiheitsbegehrens ist, dass anknüpfend an den Text des bekannten Liedes „Die Gedanken sind frei“, der erstmals um 1780 auf „Fliegenden Blättern“ in Studentenkreisen kursierte, gerade jetzt an das unverbrüchliche Recht auf freiheitliche Meinungsbekundung erinnert wird. Es sieht so aus, als würde das alte Volkslied erneut zur geheimen Hymne all derer avancieren, die sich Angriffen, Verdächtigungen, Denunziationen und Rufmord bis hin zum Jobverlust ausgesetzt sehen, nur weil sie bei ihren öffentlichen Meinungsäußerungen dem unsichtbaren, aber eng gesteckten Meinungskorridor des politisch-korrekt Sagbaren keinen Tribut zollen.

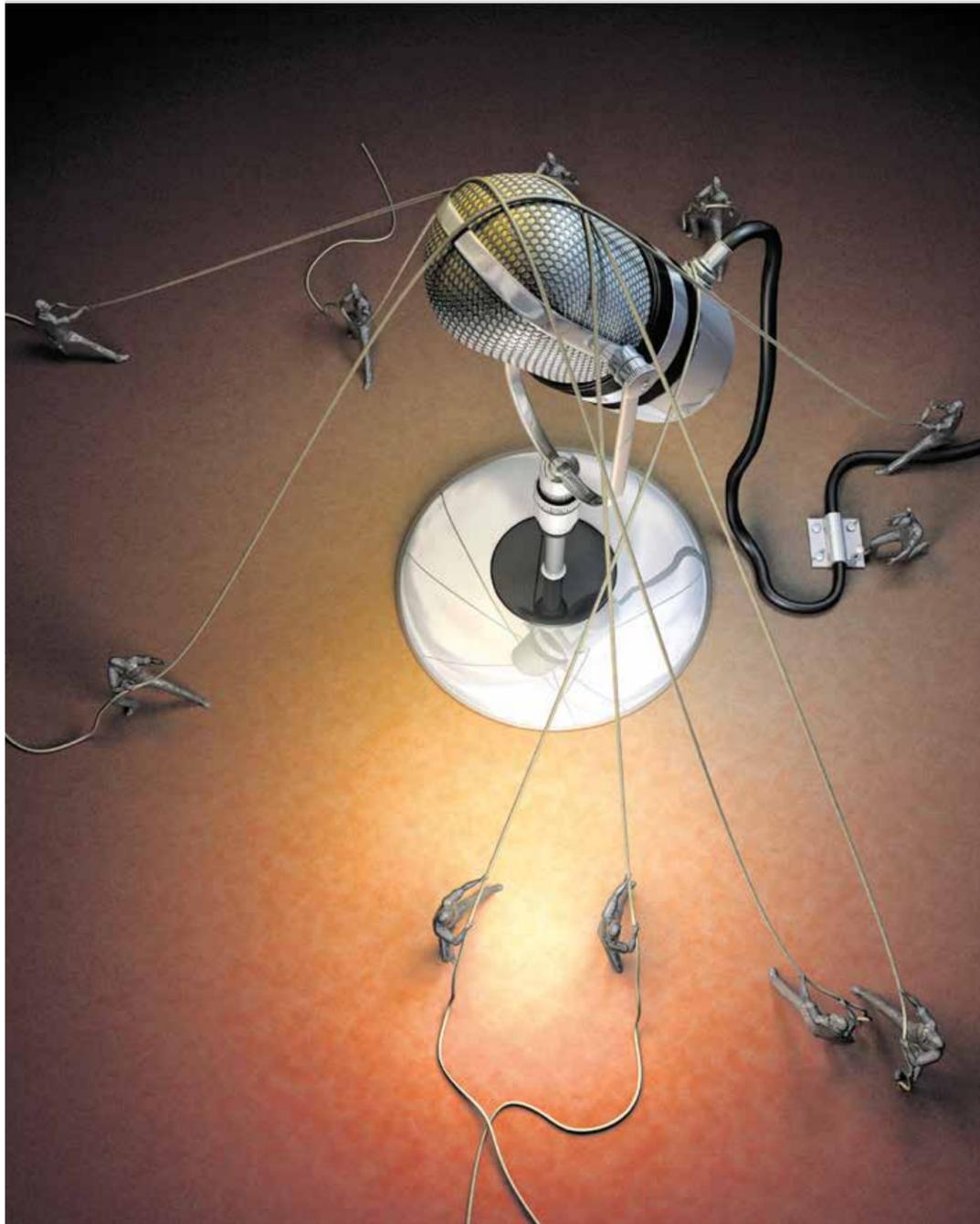
Otto Normalbürger, der in der täglich sich über ihn ergießenden Informationsflut längst die Orientierung verloren hat, dürften derartige Warnrufe zum Verlust der Meinungsfreiheit eher übertrieben erscheinen. Beim kritischen Betrachter der Zeitläufte, der sich seine Wahrnehmungssensibilität für klimatische Umbrüche im Bereich der Bürgerrechte erhalten hat, schrillen dagegen seit langem die Alarmglocken.

Zeichen dessen ist die anschwellende Zahl von Publikationen aus der Feder prominenter Vertreter der schreibenden Zunft, die sich dieser Sache angenommen haben, sei es der ehemalige Redakteur der „Süddeutschen Zeitung“, Birk Meinhardt, der wegen des dort herrschenden repressiven Meinungsklimas seine Zeitung verließ; oder der FDP-Politiker und Bundestags-Vizepräsident Wolfgang Kubicki, der seinem Zorn über die grassierende „Meinungsunfreiheit“ Ausdruck verlieh, bis hin zur gewitzten Abrechnung des Journalisten Jan Fleischhauer mit den berühmten Großdenkern der Klein-Karo-Fraktion.

„Framende“ Leitmedien

Wobei sich dieser Aufstand gegen die Meinungsgängelei im Kern gegen das zunehmende Auseinanderfallen der beiden Grundrechte Meinungsfreiheit des Bürgers und Pressefreiheit richtet, die von Beginn ihrer Entstehungsgeschichte an stets eine sich gegenseitig stützende Allianz gebildet hatten. Die Rolle der Presse als ursprünglich die Bürgerfreiheit gegen die Staatsmacht schützende Kraft hat nun aber in einer Reihe von Blättern und öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehkanälen einen markanten Bedeutungswandel erfahren: hin zu einer sich als „Leitmedien“ verstehenden, das Denken der Bürger unter dem Begriff des „Framing“ subsumierenden lenkenden Funktion.

Was sich auf diese Weise mit zunehmender Dauer der Merkel-Ära in Teilen der Medienlandschaft als „Seitenwechsel der Vierten Gewalt“ vom Bürger- zum Staatsschutz abspielte, dürfte vor allem mit den das Mainstream-Denken der Politischen Korrektheit bestimmenden Mächten zu tun haben.



Von vielen Seiten bedroht: Obwohl bereits die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen die Meinungsfreiheit für jedermann proklamierte, gibt es im Alltag immer wieder Versuche, sie einzuschränken. Das Bild zeigt die Illustration „Zensur“ des österreichischen Grafikers Gregor Hartmann

Foto: AKG images

Sinnigerweise unter dem Datum des 18. Oktober 2017, dem 200. Jahrestag der Ausrufung der Grundrechte auf dem Wartburgfest der Burschenschaften, wurden in der „FAZ“ in diesem Zusammenhang die „staatlich alimentierten Antifaschisten“-Netzwerke angesprochen, die nach der Wiedervereinigung als ehemalige DDR-Propagandakader in jenen westdeutschen Redaktionsstuben Unterschlupf fanden, aus denen heraus sich die bereits „seit 1968 eingespielten Diskursmachtverhältnisse“ entfaltet hatten.

Islamisten und Antifaschisten

Die unheilige Allianz aus Antifa und unzähligen Gruppierungen des linksextremen Spektrums bis hin zum politischen Islam ist es, die unter der Tarnkappe „Kampf gegen Rechts“ nicht nur hierzulande, sondern überall in Europa den freiheitlichen Rechtsstaat herausfordert.

Ist es tatsächlich schon wieder fünf Jahre her, seit bei einem Terrorangriff auf die Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ 2015 in Paris zwölf Menschen kaltblütig ermordet wurden? Nur weil sie als Journalisten und Karikaturisten ihr Recht auf die „Liberté“ wahrgenommen haben? Der religiös motivierte, radikalislamische Terror habe doch nichts mit Zuspitzungen im Meinungsstreit bei gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu tun? Das seien doch kriminelle Taten verblendeter Religionsfanatiker?

Ja, sicher waren die Terroristen, die „Charlie Hebdo“ den Garaus machten, von der Geisteskrankheit des Fanatismus befallen. Aber waren die Ermordeten, nur weil sie auf besonders brutale Weise ums Leben kamen, darum weniger Opfer der Unfreiheit und Repression jener – egal ob religiös oder agnostisch motivierten – moralisierenden, ideologisch überhöhten Herrschaft, die Andersmeinenden bei Sanktionsandrohung im Fall der Nichtunterwerfung vorschreiben will, was sie zu denken, zu schreiben oder zu sagen haben?

Ist nicht dies der eigentliche Grund dafür, dass auch der französische Geschichtslehrer Samuel Paty (47) unlängst sein Leben auf so grausame Weise verlor, nur weil er seinen Schülern anhand von Mohammed-Karikaturen erklären wollte, was Meinungsfreiheit bedeutet?

Wo ist in Bezug auf den Machtanspruch, Lordsiegelbewahrer einziger und letzter Wahrheiten zu sein, der Unterschied zwischen den islamistischen Attentätern von Paris und den ideologischen Scharfrichtern, die in Universitäten, Verlagen, „Leitmedien“, auf Buchmessen, auch zuweilen in der Politik ihr Unwesen treiben? Gewiss: Letztere richten nicht physisch mit dem Schwert, aber auch ihr Urteil kann schnell zur Vernichtung von Existenzen führen; etwa wenn vormalig renommierte Autoren plötzlich nicht mehr in Talkshows eingeladen werden, um über

ihr neuestes Buch zu sprechen, oder wenn sie keinen Verlag mehr finden, der dieses Buch überhaupt noch publiziert.

Wo Meinungsfreiheit endet

Opfer dieser grassierenden „Cancel Culture“, um hier nur einige Beispiele zu nennen, sind Professoren, die in Uni-Hörsälen gewaltsam an der Ausübung ihres Berufs gehindert werden; Verlage, denen auf Buchmessen von linksextremen Eiferern unter Anwendung physischer Gewalt vorgeworfen wird, dass sie nicht auch links sind, oder – wie vor wenigen Tagen Monika Maron – eine erfolgreiche Autorin, die nicht einmal beziehtigt wird, dass sie falsche Ideen verbreitete, sondern dass sie Kontakte zu missliebigen Personen aus der „Gegenwelt“ unterhält und der deswegen von der Leitung ihres Verlages nach 40-jähriger gemeinsamer Arbeit der Stuhl vor die Tür gesetzt wurde (siehe PAZ 43 und 44/2020).

So vielfältig die Anlässe und Vorfälle sind, bei denen die Meinungsfreiheit heutzutage auf dem Spiel steht, so eng begrenzt ist die Zahl der Themen, bei deren Behandlung das Fallbeil der Aburteilung fällt. So treten die Tugendwächter der Politischen Korrektheit vor allem dann auf den Plan, wenn es um mangelnde Fügsamkeit in folgenden Punkten geht: bei Auflehnung gegen den „Kampf gegen Rechts“, bei dem offenbar inzwischen jeder als „rechts“ gilt, der nicht „links“ ist; bei kritischen Einlassungen zur Zuwanderung; beim ablehnenden Verhalten gegenüber dem Gender-Mainstreaming sowie immer dann, wenn beim Erörtern des „Cultural Clash“ zwischen den agnostisch-liberal geprägten Zivilgesellschaften Europas und den sich ausbreitenden islamisch-orthodoxen Parallelgesellschaften eine Position vertreten wird, die nicht den Vorgaben der herrschenden Lehre entspricht.

„Appell für freie Debattenräume“

Der Eklat um Monika Maron hat seinen eigentlichen Grund darin, dass sie sich in ihren jüngeren Schriften gerade dieser Themenfelder annimmt, getreu der Einstellung des einstigen DDR-Dramatikers Heiner Müller folgend „Wenn das Denken korrekt sein soll, dann gibt es kein Denken mehr“. Das trifft sich mit jener der Aufklärung zugrunde liegenden Sicht, dass die Lebensadern der offenen liberalen Gesellschaft zerstört würden, wenn die Ideologen des Gesinnungsterrors – gleich ob linker oder rechter Provenienz – den Sieg über die rationale Urteilsfähigkeit davontragen würden.

Es erscheint wie ein Lichtblick am Ende des Tunnels der Denksperrn und der Repression, dass sich die Schriftsteller Milosz Matuschek und Gunnar Kaiser gerade jetzt zu einem „Appell für freie Debattenräume“ aufgeschwungen haben, der lagerübergreifend von einer großen Zahl prominenter Kulturschaffender und Politiker unterzeichnet wurde. Man möchte ihm ein größeres Echo und eine größere Durchschlagskraft als bisherigen Aufrufen dieser Art wünschen, wobei praktische Unterstützung von unserem im Zentrum der Angriffe stehenden freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat sehr hilfreich wäre: der breit gefächerten Phalanx der Freiheitsverächter den staatlichen Geldhahn abzdrehen.

● Prof. Dr. Wolfgang Müller-Michaelis ist Volkswirt, Publizist und Blogger mit den aktuellen Schwerpunkten EZB-Geldpolitik und Folgen des Brexit. Er war unter anderem Generalbevollmächtigter der Deutsche BP AG, Direktor der Stiftung Frauenkirche Dresden, Lehrbeauftragter an der Leuphana-Universität Lüneburg sowie Vorstandsvorsitzender des Pommerschen Zentralverbandes e.V. und Sprecher der Pommerschen Landsmannschaft. www.muemis-bloghouse.de

„Wenn das Denken korrekt sein soll, dann gibt es kein Denken mehr“

Heiner Müller
Dramatiker

● MELDUNGEN

Schutzzaun
an Oder-Neiße

Berlin – Zur Eingrenzung der afrikanischen Schweinepest fordert die FDP-Bundestagsfraktion einen massiven Zaun entlang von Oder und Neiße. In einem Antrag bezweifelt die Fraktion, dass die bislang gebauten niedrigeren Elektrozaune in Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern „Schwarzwild aus Polen effektiv zurückhalten oder das in der Vergangenheit getan hätten“. In dem Antrag ist von „rückständigen Bemühungen“ die Rede. Karlheinz Busen, jagdpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, bezeichnete das Krisenmanagement von Bund, Ländern und Landkreisen bei der Bekämpfung der Schweinepest als „desaströs“. Bislang sind im Land Brandenburg mehr als 100 Wildschweine entdeckt worden, die an der Tierseuche verendet sind. Inzwischen wurde auch im Landkreis Görlitz in Sachsen ein erster Fall von afrikanischer Schweinepest gemeldet. N.H.

Kommission
nur mit der AfD

Weimar/ Erfurt – Das Thüringer Verfassungsgericht hat in einem Eilantrag entschieden, dass die neue Parlamentarische Kontrollkommission des Landtages vorerst nicht mit der Arbeit beginnen kann. Laut der Gerichtsentscheidung darf sich das neue Gremium zur parlamentarischen Kontrolle des Thüringer Verfassungsschutzes zunächst nicht ohne zwei fehlende AfD-Mitglieder konstituieren. Die anderen Landtagsfraktionen hatten von der AfD vorgeschlagenen Kandidaten in fünf Anläufen bislang die notwendige Stimmzahl verweigert. Landtagspräsidentin Birgit Keller (Linkspartei) hatte daraufhin vorgeschlagen, die parlamentarische Kontrollkommission ohne AfD-Beteiligung neu zu gründen. Die AfD-Landtagsfraktion sah sich in einer Konstituierung der Kommission ohne ihre Mitglieder im Recht auf Mitwirkung und Chancengleichheit verletzt und hatte beim Verfassungsgericht in Weimar geklagt. N.H.

Viel Steuergeld
verbraten

Berlin – Regelmäßig prangert der Bund der Steuerzahler die Verschwendung von öffentlichen Mitteln an. Das aktuelle „Schwarzbuch 2020/21“ sowie die Homepage (www.schwarzbuch.de) zeigen, wie fahrlässig die Verantwortlichen in vielen Fällen mit dem durch die Bürger erarbeiteten Geld umgehen. So etwa genehmigte sich der Ältestenrat des Landtags von Rheinland-Pfalz eine „Informationsreise“ nach Westafrika, obwohl die Aufgaben dieses Gremiums in keinerlei Bezug zu einer derartigen Unternehmung stehen. Die Bonner Beethovenhalle sollte eigentlich bis 2020 für 61 Millionen Euro saniert sein. Neuer Termin ist nun 2024, zu den ursprünglichen Kosten kommen mindestens noch einmal 100 Millionen dazu. In Sachsen bekamen alle Haushalte zu Ostern Post vom Ministerpräsidenten zur „Corona-Krise“. Der Inhalt des Briefes erschöpfte sich in allgemeinen Phrasen. Zudem hätte man das Ganze auch via Rundfunk verbreiten können, was über 400.000 Euro Steuergeld gespart hätte. E.L.



Polizeibekannter Gefährder: Der mutmaßliche Messermörder Abdullah al-H.H. stand bereits 2018 in Dresden wegen seiner IS-Anhängerschaft vor dem Oberlandesgericht

MESSERMORD VON DRESDEN

Man ließ ihn gewähren

Wenig Aufregung um einen Mord – Ein radikaler Moslem tötet, aber die Reaktionen sind verhalten

VON B. BOST UND H. TEWS

Erst mit einer zeitlichen Verzögerung von zwei Wochen wurde bekannt, dass es sich bei dem Messerattentäter von Dresden um einen 20 Jahre alten Syrer handeln soll. Noch fünf Tage vor der Tat saß der Mann, der einen geduldeten Aufenthaltsstatus besitzt, im Gefängnis.

Dabei hätte die Tat verhindert werden können, wenn man den Gefährder umfassend überwacht hätte. Jetzt kam außerdem heraus, dass der Bundesnachrichtendienst einen schon 2019 erhaltenen Hinweis eines ausländischen Geheimdienstes auf die Gefährlichkeit des Mannes nicht an die sächsischen Sicherheitsbehörden weitergeleitet hatte.

Am 4. Oktober attackierte der Syrer in der Dresdner Innenstadt zwei Männer aus Nordrhein-Westfalen mit mehreren Messerstichen. Ein 55-jähriger Krefelder starb im Krankenhaus, sein 53-jähriger Partner aus Köln überlebte schwer verletzt. Dass man mehr als zwei Wochen brauchte, um den Terrorverdacht zu erhärten und einen islamischen Gefährder zu verhaften, legt die Vermutung nahe,

dass sich Gras über die Sache legen sollte, damit antiislamische Proteste gar nicht erst hochkochen.

Bei dem Täter handelte es sich um einen IS-Sympathisanten, der gerade erst aus dem Gefängnis entlassen worden war und auf der Liste der hochgefährlichen islamischen Gefährder stand. Trotzdem wurde er auch fünf Tage nach seiner Entlassung aus der Haft nicht rund um die Uhr bewacht, obwohl bekannt ist, dass selbstradikalisierte Moslems gerade in dieser Zeit am gefährlichsten sind, weil sie nichts mehr zu verlieren haben.

Keine Rundum-Überwachung

So konnte er sich zwei Tage vor der Tat seelenruhig ein großes Küchenmesser in einem Geschäft besorgen, bevor er dann bei zwei Zufallsopfern zuschlug. Der Polizeipräsident begründete die fehlende Rundum-Überwachung mit mangelndem Personal. Vielleicht stimmt das angesichts der multiplen Aufgaben der Polizei in der Pandemie tatsächlich. Aber macht es Sinn, in dieser Zeit die Polizei noch zusätzlich mit Rechtsradikalismus-Vorwürfen und -Ermittlungen zu strapazieren? Dabei ist allen bekannt, dass sich noch

über 2000 radikale Dschihadisten in Deutschland aufhalten.

Der Gefährder von Dresden hatte offenbar die Auflage, sich jeden Tag bei der Polizei zu melden. Laut Ermittlern meldete sich der 20-Jährige noch am Tagtag beim Polizeirevier Dresden Mitte. Nur wenige Stunden später hat er die beiden Männer dann offenbar in homophober Absicht ein paar hundert Meter vom Polizeirevier entfernt angegriffen.

Auch wundert es, dass der mutmaßliche Mörder in den ersten Tagen nach der Tat noch nicht unter Tatverdacht stand. Erst durch DNA-Spuren am Schuh eines Opfers soll der 20-jährige Geduldete in den Fokus der Ermittler geraten sein.

Minister fordert Abschiebung

Der Syrer kam 2015 infolge der geöffneten Grenzen als alleinreisender Jugendlicher nach Deutschland. 2018 war er vom Oberlandesgericht Dresden zu einer Jugendstrafe verurteilt worden, weil er Sympathisant des IS gewesen war und bereits 2017 nach Syrien in den Dschihad zurückreisen wollte. Wenn er damals hätte reisen dürfen, würde heute das Opfer noch leben.

Der erste islamische Messerangriff in Deutschland erfolgte 2016 im Kölner Bahnhof gegen Polizisten, durch die damals erst 15-jährige Safia S., eine der Lieblingsschülerinnen des deutschen Islamisten Pierre Vogel. Sie wird in Kürze das Gefängnis wieder verlassen. Es bleibt zu hoffen, dass wenigstens sie rund um die Uhr überwacht wird.

Angesichts des Messermords von Dresden forderte der sächsische Innenminister Roland Wöllner (CDU) erstmals Abschiebungen von Gefährdern auch nach Syrien, obwohl Syrien als nicht sicher gilt. Frankreich hatte nach dem Mord an dem Lehrer Samuel Paty als Sofortmaßnahme 231 islamische Gefährder abgeschoben und dadurch bewiesen, dass es lernfähig ist. Der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) lehnte dies in Deutschland weiterhin mit Hinweis auf den Syrienkrieg ab.

Eines der Länder, in das in den letzten Jahren am meisten abgeschoben wurde, ist übrigens Armenien. Dort herrscht zurzeit ein richtiger Krieg, bei dem pro Woche mehr Menschen sterben als 2019 im sogenannten Bürgerkrieg in Syrien.

(Siehe auch den Kommentar auf Seite 8)

MORD AN SAMUEL PATY

Die Schere im Lehrerkopf

Präsident des Lehrerverbands warnt davor, dass sich der radikale Islam an deutschen Schulen ausbreitet

Die Ermordung eines Lehrers in Paris durch einen tschetschenischen Moslem hat auch die deutschen Schulen erreicht. „Als Vertreter der deutschen Lehrkräfte sind wir entsetzt über diesen Mord an einem französischen Kollegen, dem nichts anderes zum Verhängnis geworden ist, als dass er seine Pflicht erfüllt hat, nämlich Kindern und Jugendlichen die Werte der Demokratie, Meinungsfreiheit, Menschenwürde und Toleranz zu vermitteln und näher zu bringen“, äußerte sich der Vorsitzende des Deutschen Lehrerverbandes Heinz-Peter Meidinger.

„Auch wenn wir es in Deutschland Gott sei Dank nicht mit so einem fürchterlichen Mord zu tun haben, gibt es doch

das Problem, dass Lehrkräfte zunehmend Druck ausgesetzt und eingeschüchtert werden“, mahnte Meidinger und erklärte, dass der Druck vor allem in Brennpunktschulen mit einem hohen Anteil von Schülern mit einem muslimischen Immigrationshintergrund sehr hoch sei. Lehrer würden beispielsweise aufgefordert, Themen wie den Nahostkonflikt oder Israel nicht im Unterricht zu behandeln.

„Lehrkräfte trauen sich an manchen Schulen nicht mehr, einen Film wie ‚Schindlers Liste‘ zu zeigen. Sie bekommen Druck von den Eltern, aber auch von Schülern. Da entsteht bei manch einem schon eine Schere im Kopf“, fügte der Verbandsvorsitzende hinzu.

Er verwies weiterhin auf Probleme mit der Kunst- und Meinungsfreiheit während des Unterrichts, etwa im Hinblick auf die Mohammed-Karikaturen. „Davon lassen diese (die Lehrer) dann lieber die Finger. Wenn Lehrer zu politisch und geschichtlich sensiblen Themen Stellung nehmen, müssen sie damit rechnen, Druck zu bekommen.“ Dies führe zu einem Klima der Angst. Bei dem Opfer in Paris handelte es sich um einen Geschichtslehrer, der mit seinen Schülern das Thema Meinungsfreiheit behandelt und dabei auch Karikaturen des islamischen Religionsstifters Mohammed gezeigt hat.

Kritisch äußert sich der Verbandspräsident aber auch über die sogenannten

Meldeportale, die von der AfD unter anderem in Mecklenburg-Vorpommern eingeführt wurden. „Diese sollen dazu führen Lehrkräfte einzuschüchtern und an den Pranger zu stellen. Weitererziehung und Demokratieunterricht dürfen nicht zur Mutprobe für Lehrkräfte werden“, sagte Meidinger. Das Portal wurde in dem nördlichen Bundesland mittlerweile verboten.

Peter Entinger

● **Korrektur:** In Nummer 43 haben wir den AfD-Politiker Sebastian Wippel irrtümlich als Oberbürgermeisterkandidat in Cottbus bezeichnet. Wippel hat natürlich in Görlitz kandidiert. Wir bitten den Fehler zu entschuldigen. Die Redaktion

ARBEITSMARKT

Asylsucher fliegen reihenweise raus

Alarmierende Zahlen zeigen: Massenzuwanderung mündet in Massenarbeitslosigkeit

VON NORMAN HANERT

Erst im August hat sich die Bundesagentur für Arbeit mit der Integration sogenannter Geflüchteter auf dem Arbeitsmarkt recht zufrieden gezeigt. Fünf Jahre nach Beginn der großen Zuwanderungswelle 2015 konnte die Bundesagentur vermelden, dass mittlerweile 360.000 Menschen aus den größten Asylherkunftsländern einer geregelten Beschäftigung in Deutschland nachgingen.

Der PAZ vorliegende Daten für das Land Berlin zeigen nun allerdings einen drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit unter „Flüchtlingen“ seit Jahresbeginn. Laut einer Antwort der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales auf eine parlamentarische Anfrage sind insbesondere ungelernete Immigranten während der Corona-Pandemie überproportional häufig in die Arbeitslosigkeit gerutscht. Herangezogen hat der Senat für seine Auskunft Daten für acht wichtige Herkunftsländer von Asylsuchern: Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien.

Relativ wenige Erwerbsfähige aus diesen Ländern stehen dem deutschen Arbeitsmarkt als Fachkräfte oder als hochqualifizierte Experten zur Verfügung. Hoch ist dafür der Anteil derjenigen, die in der Statistik in die Kategorie „Anforderungsniveau Helfer“ fallen. Gerade in dieser Gruppe war laut den vorliegenden Daten die Arbeitslosigkeit in Berlin im März 2020 im Vergleich zum März 2019 um fast 22 Prozent höher. Drei Monate später, im Juni, war der Wert um 60,3 Prozent höher.

Hauptproblem geringe Qualifikation

Trotz zwischenzeitlicher Lockerung der Pandemie-Vorschriften registrierte die Bundesagentur für Arbeit auch für den vergangenen September eine Zunahme der Arbeitslosigkeit bei den immigrierten „Helfern“ um 47,6 Prozent gegenüber dem September des Vorjahres. Laut den Daten der Bundesagentur sind Beschäftigte aus den genannten Herkunftsländern zum Großteil im Dienstleistungsbereich tätig.

Gerade der Tourismus, das Hotel- und Gastronomiegewerbe, sind wesentlich für das Wirtschaftsleben der Millionenmet-



Oft nur als „Helfer“ zu gebrauchen: Jobbörse für Asylsucher 2019 in Berlin

Foto: imago images/Jochen Eckel

ropole Berlin. Allerdings leidet der Dienstleistungsbereich auch besonders stark unter den verhängten Pandemieeinschränkungen.

Aufschlussreich sind auch die Zahlen, die der Senat zur Arbeitslosigkeit von in Berlin ansässigen EU-Bürgern geliefert hat: Bereits im März, also noch in der Frühphase der Corona-Pandemie, war die Arbeitslosigkeit unter den nichtdeutschen Unionsbürgern im Vergleich zum Vorjahresmonat um 7,5 Prozent höher. Für den September 2020 registrierte die Bundesagentur dann für Berlin einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe um 53,3 Prozent gegenüber dem September 2019.

Möglicherweise hat die pandemiebedingte Rückkehr von EU-Bürgern in ihre Heimatländer dazu geführt, dass der Anstieg in der Statistik etwas entschärft wurde. Laut Ausländerzentralregister ist die Zahl der Unionsbürger in Berlin seit Jahresanfang nämlich leicht zurückgegangen.

Erfragt hatte die Informationen der Abgeordnete Hanno Bachmann (AfD) über eine parlamentarische Anfrage zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Arbeitslosigkeit von Migranten. Gegenüber der PAZ sagte Bachmann: „Die überdurchschnittlich gestiegene Zahl von arbeitslosen Migranten in Berlin zeigt, wie schnell ungesteuerte Massenzuwanderung in Krisenzeiten in Massenarbeitslosigkeit umschlägt und das Sozialsystem stark belastet.“ Der Asylexperte der AfD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus spricht sich dafür aus, das sogenannte Fachkräfteeinwanderungsgesetz aufzuheben, „welches Arbeitssuchenden aus aller Welt die Zuwanderung nach Deutschland ohne Vorrangprüfung zugunsten der Einheimischen erlaubt“.

Die Signale, welche die rot-rot-grüne Berliner Landesregierung und die Bundesregierung aussenden, gehen indessen weiter in Richtung Öffnung des Arbeitsmarktes. Erst im Oktober haben beispielsweise Bundesregierung und Bundesrat

eine Ausnahmeregelung für Westbalkanländer bis Ende 2023 verlängert. Arbeitgeber können auf Grundlage dieser Regelung Arbeitskräfte aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo, Nordmazedonien und Serbien unabhängig von formalen Qualifikationen nach Deutschland holen und einstellen.

Berlin will noch mehr hereinholen

Mit hoher Priorität bemüht sich Berlins rot-rot-grüne Koalition obendrein seit Monaten bei Bundesinnenminister Horst Seehofer um die Erlaubnis, quasi im Alleingang noch zusätzlich „Geflüchtete“ in die Hauptstadt holen zu können. Dem Berliner Arbeitsmarkt droht indessen, dass die eigentliche Belastungsprobe erst noch bevorsteht: Bislang greifen nämlich viele Unternehmen immer noch auf die Möglichkeit von Kurzarbeitergeld zurück. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit befanden sich im Juli allein in Berlin mehr als 130.000 Beschäftigte in Kurzarbeit.

SPD

Hoffnungsträgerin mit Startproblemen

Stabwechsel beim Landesvorsitz von Müller zu Giffey stößt auf immer mehr Hindernisse

Der Berliner SPD-Chef Michael Müller hat bei seinem Plan, nach seinem geplanten Rückzug vom Bürgermeisteramt als Abgeordneter in den Bundestag zu wechseln, eine wichtige Hürde genommen. Im Rennen um eine Bundestagskandidatur für die SPD in Charlottenburg-Wilmersdorf setzte sich Müller gegen Sawsan Chebli durch. Wie der SPD-Kreisverband bekannt gab, entfielen auf Müller 58,4 Prozent der Stimmen, Chebli kam auf 40,2 Prozent.

Das Duell zwischen dem Bürgermeister und der „Staatssekretärin für Bürger-schaftliches Engagement und Internationales“ hatte im Vorfeld bundesweit für Aufsehen gesorgt. Innerhalb der SPD waren Befürchtungen aufgekommen, Müller könnte bei einem Scheitern gegen Chebli noch vor dem Ende der Legislaturperiode von seinem Amt als Regierender Bürger-

meister zurücktreten und damit Neuwahlen auslösen.

Eine solche Entwicklung würde die Berliner Sozialdemokraten derzeit auf dem falschen Fuß erwischen: Die Nachfolge von Müller als SPD-Landesvorsitzender und Spitzenkandidat soll Bundesministerin Franziska Giffey antreten. Dieses Projekt hinkt allerdings im Zeitplan inzwischen so weit zurück, dass es zum Risiko wird. Ursprünglich wollten die Sozialdemokraten bereits im Mai den SPD-Chef Müller durch das Führungsduo Franziska Giffey und Raed Saleh ablösen.

Doktorarbeit im Fadenkreuz

Der Stabwechsel fiel jedoch aus, weil die SPD den dafür vorgesehenen Parteitag pandemiebedingt absagen musste. Inzwischen ist auch der Ersatztermin am letzten Oktoberwochenende geplatzt. Ob-

wohl der Parteitag in einem Neuköllner Hotel mit strengen Abstands- und Hygieneregeln organisiert worden war, kam von der Parteiführung sehr kurzfristig eine Absage. Fraktionschef Raed Saleh sprach zur Begründung von einem „Signal für den Gesundheitsschutz an die Bevölkerung und die Parteimitglieder“. Quasi als Notmaßnahme wurde Giffey inzwischen in den geschäftsführenden Landesvorstand kooptiert.

Ina Czyborra, Vizelandeschef der SPD, kündigte zudem an, unter Ausnutzung aller rechtlichen und technischen Möglichkeiten die Neuwahl der Berliner SPD-Führung „so kurzfristig wie möglich hinzukriegen“. Eine Möglichkeit wäre es, einen Online-Parteitag abzuhalten. Bislang fehlt allerdings noch immer eine gesetzliche Grundlage, damit Abstimmungen bei digitalen Parteitagungen auch juristisch

Bestand haben. Inzwischen ist ein weiteres Risiko für Giffey's Karrierepläne aufgetaucht. Die Berliner CDU-Fraktion hatte bei dem Wissenschaftsrechtler Klaus Gärditz ein Gutachten zum Umgang der Freien Universität (FU) mit ihrer Doktorarbeit in Auftrag gegeben.

Wie nun bekannt wurde, kam der Jurist zu dem Schluss, dass Giffey durch die Universität eine „unrechtmäßige“ Sonderbehandlung erhalten habe. Nach Vorwürfen um Plagiate in der Dissertation Giffey's hatte sich die FU für eine Rüge entschieden, den Dokortitel aber nicht aberkannt. Zuvor war schon ein von der AfD-Fraktion beauftragtes Gutachten des Wissenschaftlichen Parlamentsdienstes zur Einschätzung gelangt, dass die Möglichkeit einer bloßen Rüge weder von der Hochschulordnung noch vom Berliner Hochschulgesetz vorgesehen ist. N.H.

KOLUMNE

Auf Abwegen

VON THEO MAASS

Das Land Berlin wird von einem rot-rot-grünen Bündnis regiert. Obwohl die drei linken Parteien in der Summe zulegen, würde die SPD von ihrem derzeit schon niedrigem Niveau noch einmal verlieren, stünden dieser Tage Wahlen an. Die CDU hingegen kann mit Zuwächsen rechnen. Das beflügelt naturgemäß die Machtphantasien der Christdemokraten. Doch in welche Richtung die gehen, dürfte manch bürgerlichen Wähler irritieren.

Der neue Landesvorsitzende der Berliner Union, Kai Wegner, hat seine Vorstellungen von einer Regierungskonstellation unter Führung seiner Partei öffentlich gemacht. Er will mit den Grünen und der FDP zusammen Berlin regieren. Dabei sind es gerade zwei grüne Senatoren – Justizsenator Dirk Behrendt und Verkehrssenatorin Regine Günther – die in bürgerlichen Kreisen, gelinde gesagt, in der Kritik stehen.

Von der unsäglichen grünen Kreuzberger Bürgermeisterin Monika Herrmann und ihrem Baustadtrat Florian Schmidt gar nicht zu reden. Gewiss: Rein rechnerisch ergäbe Schwarz-Grün-Gelb nach der allerletzten Umfrage eine ganz knappe Mehrheit. Aber wollen die CDU-Wähler Politiker vom Schlage Behrendt, Günther, Herrmann oder Schmidt erneut in öffentliche Ämter hieven? Kaum.

Wegners Äußerungen erscheinen da eher wie ein Hilfsprogramm für die AfD und die FDP. Auch der um Glaubwürdigkeit und Zuspruch ringenden SPD hilft das. Deren designierte Spitzenkandidatin Franziska Giffey hatte jüngst erkannt, dass es den Sozialdemokraten nützlich wäre, sich von den Grünen und der umbenannten SED abzusetzen. Wirklich in Bewegung käme die Szene erst, wenn die CDU ein bürgerliches Bündnis mit AfD und FDP anstrebte. Aber das ist eine bundespolitische Frage, die zu (politischen) Lebzeiten Angela Merkels nicht gestellt werden darf – jedenfalls nicht in der CDU.

MELDUNG

Berlin prüft Flaggenverbot

Berlin – Wie aus der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage des Abgeordneten Gunnar Lindemann (AfD) im Berliner Abgeordnetenhaus hervorgeht, prüft der Senat ein Verbot der Kriegsflaggen des Deutschen Reichs. Laut Senat beziehen sich die Beratungen „schwerpunktmäßig auf den Umgang mit der Kriegsflagge des Norddeutschen Bundes/Deutschen Reiches von 1867 bis 1921, der Kriegsflagge des Deutschen Reiches von 1922 bis 1933 sowie der Kriegsflagge des Deutschen Reiches von 1933 bis 1935“. Die Frage, ob auch ein Verbot von Fahnen und Symbolen der DDR geplant sei, verneinte der Senat. „Bei dem Zeigen der genannten Fahnen und Symbole der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik“ ist aus Sicht des Senats „grundsätzlich kein Verstoß gegen bestehende Rechtsvorschriften erkennbar“. Lindemann sagte zu Senatsauskunft, es sei insbesondere für die Opfer der DDR-Diktatur nicht hinnehmbar, dass „die Fahne der Mauer-mörder ungestraft gezeigt werden könne“. N.H.

● MELDUNGEN

Corona als Vorwand

Washington – Die 1941 gegründete Nichtregierungsorganisation Freedom House mit Sitz in der US-Hauptstadt Washington veröffentlicht seit 1973 jährliche Berichte über den Zustand der politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten rund um die Welt. Die aktuelle Publikation zum Thema „Freiheit im Internet“ trägt den Titel „Global Internet Freedom Declines in Shadow of Pandemic“ (Die globale Internettefreiheit schrumpft im Schatten der Pandemie). Wie die Verfasser Adrian Shahbaz und Allie Funk berichten, wurde die Corona-Pandemie in 28 Ländern der Welt zum Vorwand genommen, um die Nutzung des Internets einzuschränken, beispielsweise durch die Sperrung von Netzseiten, die angeblich „Falschinformationen“ über das Coronavirus sowie dessen Herkunft oder Bekämpfung verbreiteten. Und in 13 weiteren Staaten, darunter Pakistan und Kirgisistan, kam es sogar zu einer zeitweisen Blockierung des gesamten Internets durch die Regierung. W.K.

Maßnahmen gegen Russland

London – Mark Sedwill hat gegenüber „Times Radio“ erklärt, dass Großbritannien nach dem mutmaßlichen Giftanschlag auf Sergej Skripal „auf sichtbare Weise zurückgeschlagen“ habe. Laut dem ehemaligen nationalen Sicherheitsberater von Boris Johnson haben britische Behörden beispielsweise „das gesamte russische Nachrichtendienstnetz im Vereinigten Königreich ausgewiesen“. Sedwill, der erst im September das Amt als Sicherheitsberater des britischen Premierministers aufgegeben hat, sprach zudem von verdeckten Operationen gegen die russische Führung: „Aber wir ergriffen auch eine Reihe anderer unauffälliger Maßnahmen, darunter Maßnahmen gegen einen Teil des illegalen Geldes, das aus Russland fließt, und verdeckte Maßnahmen, über die ich natürlich nicht sprechen kann.“ Nach Angaben Sedwills sei es dabei um den Versuch gegangen, „einen höheren Preis durchzusetzen“, als die Russen erwartet hätten. N.H.

Annäherung Moskau–Athen

Athen – Der russische Außenminister Sergej Lawrow und sein griechischer Amtskollege Nikos Dendias haben ihren gemeinsamen Wunsch bekräftigt, die Beziehungen zwischen ihren beiden Ländern zu verbessern. Letztere hatten im Sommer 2018 einen Tiefpunkt erreicht. Unter dem Vorwurf, sich in die inneren Angelegenheiten Griechenlands eingemischt zu haben, hatte die Regierung in Athen damals zwei russische Diplomaten zum Verlassen des Landes aufgefordert. Mit Blick auf die Spannungen zwischen der Türkei und Griechenland in den Gewässern der Ägäis sagte Lawrow nun bei seinem Besuch in Athen, jedes Land habe das Recht, seine Hoheitsgewässer auf zwölf Seemeilen auszuweiten. Griechische Medien werteten dies als eine Positionierung für die griechische Seite. Lawrows Gespräche in Athen gelten als Vorbereitung für einen Griechenlandbesuch des russischen Präsidenten im kommenden Jahr. N.H.

EUROPÄISCHE UNION

Italiens langer Wunschzettel

Wie die Obrigkeit die für das Land bestimmten Mittel aus dem „Wiederaufbaufonds“ verwenden will

VON NORMAN HANERT

Als die „sparsamen Fünf“ haben die Regierungen der Niederlande, Österreichs, Schwedens, Dänemarks und Finnlands versucht, die Gelder aus dem EU-Wiederaufbaufonds möglichst nur als Kredite auszusahlen. Hintergrund war die Befürchtung dieser Nettozahlerländer, dass die Hilfgelder in Südeuropa unproduktiv versickern, anstatt als Starthilfe für überfällige Reformen genutzt zu werden.

„Klimaschutz“ und „Digitalisierung“

Nur wenige Monate nach dem entscheidenden EU-Gipfel im Juli scheint die Entwicklung in Italien die Befürchtung der „Sparsamen“ zu bestätigen. Italien war als größter Profiteur aus dem Poker um den sogenannten Wiederaufbaufonds hervorgegangen. Von den insgesamt 750 Milliarden Euro sollen in den kommenden Jahren allein nach Rom 209 Milliarden Euro fließen, davon

81 Milliarden sogar als nichtrückzahlbare Zuschüsse.

Laut dem vereinbarten Prozedere müssen die EU-Länder konkrete Projekte einreichen. Wenn die EU-Kommission und der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs den Projektvorschlägen zustimmen, fließen ab nächstem Jahr bis 2026 die Mittel. Offiziell hat die EU-Kommission das Ziel ausgegeben, mit den Geldern aus dem „Wiederaufbaufonds“ die Bereiche „Klimaschutz“ und „Digitalisierung“ voranzubringen zu wollen.

Inzwischen berichten italienische Medien, dass Ministerien, Regionalregierungen und auch Städte Hunderte Projektvorschläge eingereicht haben. Alleine schon Roms Bürgermeisterin Virginia Elena Raggi von der Fünf-Sterne-Bewegung soll eine Wunschliste mit 159 Projekten und einem Investitionsvolumen von 25 Milliarden Euro zusammengestellt haben. Mit dabei sind Projekte wie die Sanierung der Straßenbeleuchtung für 628 Millionen Euro und eine Seilbahn für 35 Millionen Euro. Selbst das Außenmi-

nisterium griff offenbar die von Brüssel ausgegebene Marschrichtung „Digitalisierung“ auf, um für sich neue Computer und Laptops auf die Projektliste zu setzen. Insgesamt sind so in Italien rund 600 Milliarden Euro an Antragsvolumen zusammengekommen. Selbst italienische Medien fühlten sich daraufhin an einen Wunschzettel für den Weihnachtsmann erinnert.

Der Unternehmerverband Confindustria mahnt, dass die Verwendung der Hilfszahlungen entscheidend für Italiens Zukunft sei. „Wenn wir die Ressourcen

richtig einsetzen und Reformen angehen, die viel zu lang liegengeblieben sind, ist das der richtige Weg. Wenn nicht, bleibt Italien ein Land im Niedergang, das nicht in der Lage sein wird, seine enorme öffentliche Verschuldung abzubauen“, so der Industrieverband.

Befürchtung der „sparsamen Fünf“

Derzeit deutet alles darauf hin, dass der Schuldenberg des italienischen Staates weiterwächst. Im Oktober hat die amtierende Mitte-Links-Regierung ihre Haushaltsplanung für das Jahr 2021 vorgelegt, die rund 40 Milliarden Euro an Mehrausgaben vorsieht. Darüber hinaus wurden auch die schon länger diskutierten Pläne für eine Steuerreform aus der Schublade geholt. Kernpunkt ist dabei eine Reform der Einkommensteuer und insbesondere eine Senkung der Belastung mittlerer Einkommen. Mit diesen Plänen scheint sich eine weitere Befürchtung der „sparsamen Fünf“ zu bestätigen, wonach ihre eigenen Bürger für Steuersenkungen in Italien herangezogen werden sollen.

Insgesamt sind rund 600 Milliarden Euro an Antragsvolumen zusammengekommen



Allein sie schon soll eine Wunschliste mit 159 Projekten und einem Investitionsvolumen von 25 Milliarden Euro zusammengestellt haben: Roms Bürgermeisterin Virginia Elena Raggi

KRIM

Graben zur Ukraine wird tiefer

Kiew kappte die Versorgung der Halbinsel über den Nord-Krim-Kanal – Keine Hoffnung auf Einigung

Seit dem Anschluss der Krim an Russland 2014 ist die Halbinsel nicht nur politisch von der Ukraine abgetrennt, sondern auch versorgungstechnisch. Das hat vor allem Auswirkungen auf die Wasserversorgung. Früher wurde die Krim über den knapp 403 Kilometer langen Nord-Krim-Kanal mit Wasser versorgt, der vom Fluss Dnjepr quer über den nördlichen Teil der Krim bis zur Meerenge bei Kertsch im Osten führt. Über den Kanal wurden 85 Prozent des Wasserbedarfs der Krim gedeckt. Kiew schloss den Kanal im Frühjahr 2014, wohl in der Hoffnung, den Beitritt der Krim zu Russland durch dieses Druckmittel noch zu verhindern.

Faktisch hat die Ukraine damit die Krim jedoch weiter in die Arme Russlands getrieben. Der moskautreue Ministerpräsident der Krim, Sergej Aksjonow, sagte, dass man nicht mehr auf eine Einigung mit der Regierung in Kiew hoffe, sondern die Versorgung aus eigener Kraft aufrechterhalte.

Das gestaltet sich schwierig, da die vorhandenen Reservebecken wegen ausbleibender Niederschläge austrocknen und unterirdische Speicher nicht ausreichen. Seit 2019 hält der Wassermangel auf der Krim bereits an. In den Netzen von Simferopol fehlen 50 Prozent des Wasserbedarfs, in Sewastopol sind es 40 Prozent

und in einigen Orten sogar bis zu 80 Prozent.

Russlands Ministerpräsident Michail Mischustin versprach neben weiteren Projekten den Bau einer Meerwasserentsalzungsanlage, der zirka zwei Jahre dauern soll. Das Projekt werde rund elf Millionen Euro kosten und die Republik Krim mit 40.000 Kubikmetern Wasser pro Tag beliefern. Insgesamt will Moskau umgerechnet 560 Millionen Euro in die Wasserversorgung der Krim investieren und die Kapazität auf 310.000 Kubikmeter Wasser täglich erhöhen.

Ob Krim, Korruption oder der anhaltender Konflikt im Donbass – für keines

der Probleme fand die Kiewer Regierung bislang eine Lösung. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij bekommt die Enttäuschung der Bürger immer deutlicher zu spüren. Zuletzt musste seine Partei „Diener des Volkes“ bei den Kommunal- und Regionalwahlen, die als Stimmungstest gelten, derbe Rückschläge einstecken: In keiner der ukrainischen Großstädte konnte sie den Bürgermeisterposten gewinnen. Seit einer Reform seines Vorgängers Petro Poroschenko haben die Stimmen der Bürgermeister mehr Gewicht. In vielen Städten siegten Kandidaten der örtlichen Elite. Die Wahlbeteiligung lag nur bei 37 Prozent. Manuela Rosenthal-Kappi

VON WOLFGANG KAUFMANN

Aufgrund der rapiden Miniaturisierung der Technik müssen Erdsatelliten heute bei vielen kommerziellen Anwendungen kaum noch schwerer als zehn Kilogramm sein. Manche Unternehmen planen, mehrere tausend derartiger künstlichen Himmelskörper ins All zu schießen – so wie der Amazon-Konzern, der das Internet in sämtliche Ecken der Welt bringen will. Dadurch expandiert der Markt für Kleinstsatelliten. Und das wiederum eröffnet auch Chancen für die Hersteller von sogenannten Microlaunchern, kostengünstig produzierten kleineren Raketen mit einer relativ geringen Nutzlastkapazität.

In der Bundesrepublik wird die Entwicklung derartiger Trägersysteme vor allem von drei Unternehmen vorangetrieben: der zum Bremer OHB-Konzern gehörenden Rocket Factory Augsburg AG (RFA), der Isar Aerospace Technologies GmbH mit Sitz in Ottobrunn bei München und der HyImpulse Technologies GmbH, deren Zentrale in Neuenstadt am Kocher liegt und die eine Ausgründung des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt (DLR) ist. Diese drei Firmen belegten auch die Spitzenplätze in der Vorrunde des Microlauncher-Wettbewerb des DLR. Dessen endgültiger Gewinner soll 2021 feststehen und elf Millionen Euro Fördermittel erhalten.

Schweizer dienen als Vorbild

Da die mit Flüssigsauerstoff, Kerosin, leichten Kohlenwasserstoffen oder Paraffin betriebenen Billig-Trägerraketen RFA One, Spectrum und Small Launcher-1 demnächst einsatzbereit sein werden, stellt sich nun die Frage nach passenden Startplätzen. In Reaktion hierauf erarbeitete der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) eine Machbarkeitsstudie, die er nun dem Bundeswirtschaftsministerium vorstellte. Darin erneuerte der BDI die Forderung nach einem deutschen Kosmodrom, die er bereits im Oktober 2019 auf seinem ersten eigenen Weltraumkongress im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin vorgebracht hatte. Das nunmehr eingereichte Papier orientiert sich vor allem am Vorbild des Schweizer Raumfahrtunternehmens Sea Launch. Letzteres führte von 1999 bis 2014 kommerzielle Raketenstarts von der eigens für diesen Zweck umgebauten Bohrinselform „Ocean Odyssey“ im Zentralpazifik unweit des Atolls Kiriritimati durch.

Im Falle der deutschen Offshore-Startplattform soll das Ganze folgendermaßen ablaufen: Zunächst würde ein Spezialschiff mit der Abschussrampe sowie der etwa 20 bis 30 Meter langen Microlauncher-Rakete an Bord von seinem



Dient dem BDI als Vorbild: Die zur Raketenstarttrampe umgebaute ehemalige Bohrinselform „Ocean Odyssey“

Foto: KenWalker

RAUMFAHRT

BDI erneuert Forderung nach einem deutschen Kosmodrom

Studie des Bundes der Deutschen Industrie hält Raketenstarts von der Nordsee für möglich. Bundeswirtschaftsministerium erwägt finanzielle Förderung

Ausgangspunkt in Bremerhaven auf den rund 460 Kilometer entfernten äußersten nordwestlichen Zipfel der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) in der Nordsee – genannt „Entenschnabel“ – zusteuern. Dort müsste die Crew das Trägersystem aufrichten beziehungsweise betanken und anschließend auf das nahebei wartende Kommandoschiff überwechseln, um dann per Fernsteuerung den Startbefehl zu geben. Pro vollständigem Startzyklus veranschlagt der BDI rund 15 Tage und Kosten in Höhe von etwa 600.000 Euro. Dafür könnten die deutschen Raketen Nutzlasten von bis zu einer Tonne Gewicht in niedrige Erdumlaufbahnen transportieren.

Die Vorteile eines derartigen mobilen Offshore-Startplatzes und des Einsatzes von Microlaunchern liegen auf der Hand. Es gäbe weniger Sicherheitsprobleme aufgrund der großen Entfernung zu bewohnten Gebieten. Und die Kleinstsatelliten bräuchten nicht mehr als Beifracht

auf großen Trägerraketen mitzuflogen, was oft dazu führt, dass ihre Umlaufbahnen weniger optimal ausfallen. Dem stehen andererseits diverse Nachteile gegenüber. So müssten die Belange des Schiffs- und Luftverkehrs, der Umweltschutz sowie die Interessen weiterer kommerzieller Nutzer der Ausschließlichen Wirtschaftszone Deutschlands und der übrigen Anrainerstaaten der Nordsee berücksichtigt werden. Beispielsweise könnte Deutschland nicht ständig stark frequentierte Seegebiete wegen der Starts sperren. Deshalb meint der ehemalige deutsche Astronaut Thomas Reiter, dass derartige Offshore-Rampen eher etwas für den Raum um die Azoren seien.

Raketenstarts vom „Entenschnabel“

Dennoch erwägt das Bundeswirtschaftsministerium, die Startplattform in der vom BDI vorgeschlagenen Form über sechs Jahre verteilt mit bis zu 30 Millio-

nen Euro zu bezuschussen. Zur Begründung wird angeführt, dass hier mit einem vergleichsweise überschaubaren Aufwand zukunftssträchtige Hochtechnologien gefördert würden, um Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. Süddeutsche Zulieferer der Autoindustrie wären in der Lage, ihr beim Bau von Verbrennungsmotoren erworbenes Know-how zu nutzen, um in die Fertigung von Microlauncher-Triebwerken einzusteigen.

Da das Wirtschaftsministerium aber noch keinen Zeitplan für die Prüfung der BDI-Studie verkündet hat, gehen die drei Raketenhersteller davon aus, dass ihre Konstruktionen nicht von einem deutschen Offshore-Startplatz zum Jungfernflug abheben. So soll der Prototyp der RFA One Ende 2022 von der Insel Andøya in Nordnorwegen ins All geschossen werden. Die Annahme des BDI, nach der die Plattform in der Nordsee bereits Ende 2021 zur Verfügung stehen könnte, hält man in Augsburg für zu optimistisch.

UMWELTSCHUTZ

Widerstand gegen Pipeline für US-Flüssiggas

55 Kilometer lange Leitung von Brunsbüttel nach Hetlingen in der Haseldorfer Marsch geplant

Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist der Aufbau einer Infrastruktur für Flüssigerdgas (LNG, Liquefied Natural Gas) vorgesehen. Für das Vorhaben wurde der notwendige gesetzliche Rahmen durch eine Änderung der Gasnetzanschlussverordnung geschaffen.

Zur Verflüssigung wird das gereinigte Erdgas auf Tieftemperaturen von etwa minus 162 Grad Celsius heruntergekühlt. In diesem Zustand weist das Gas nur 1/600 des Volumens der gasförmigen Substanz auf und kann mit Tankschiffen und Lastkraftwagen transportiert werden. LNG dient als Treibstoff für Schiffe und schwere Laster, als Energieträger in der Industrie oder wird, erneut in gasförmigem Zustand, ins allgemeine Gasnetz eingespeist.

In Brunsbüttel an der Elbmündung und am Nordostseekanal soll nach derzeitiger Planung ab 2022 ein LNG-Terminal gebaut werden. Ein weiteres Terminal ist für Wilhelmshaven geplant. Beide Vorhaben stehen offenkundig im Zusammenhang mit einer Zusage des damaligen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker an US-Präsident Donald Trump. Dieser hatte 2018 von der EU gefordert, den Import von Flüssiggas aus den USA erheblich zu steigern. Der größte Gasproduzent der Welt ist dringend auf den Absatz seines gigantischen Gasüberschusses angewiesen.

Um die in Brunsbüttel ankommenden Kapazitäten transportieren zu können, plant das Erdgastransportunternehmen Gasunie Deutschland eine 55 Kilo-

meter lange Pipeline von Brunsbüttel nach Hetlingen, ein Dorf in der Haseldorfer Marsch an der Niederelbe. Dort soll die Leitung an das bereits bestehende Gasunie-Erdgas-Transportnetz in Richtung Hamburg, Schleswig-Holstein und Skandinavien angeschlossen werden. Baugrunduntersuchungen fanden bereits statt. Anfang 2021 will Gasunie den Planfeststellungsantrag einreichen.

„Politisch motivierte Investitionen“

Vor Ort formiert sich jedoch heftiger Widerstand. Am 22. Oktober fand eine digitale Informationsveranstaltung der „Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz Haseldorfer Marsch“ statt, an der unter anderem Vertreter der Deutschen Umwelthilfe teilnah-

men. Kritisiert wurde der Trassenbau durch ein ökologisch sensibles Gebiet. Es handle sich um einen erheblichen Eingriff in das Planungsrecht der Gemeinden und das Eigentumsrecht der Bürger. Hetlingen werde zum „Nabel politisch motivierter Investitionen“. Allein in diesem Jahr investierte das Land Schleswig-Holstein bereits drei Millionen Euro in das Projekt.

Erdgas wird als fossiler Energieträger von den Umweltschutzverbänden generell abgelehnt. Hinzu kommt, dass Erdgas aus den USA überwiegend im Bundesstaat Louisiana mit der umstrittenen Fracking-Methode unter Einsatz von Chemikalien gewonnen wird. Dadurch kann es zur Verunreinigung des Grundwassers kommen.

Dagmar Jestrzemska

MELDUNGEN

Einbruch beim Handelsumsatz

Berlin – Der Gutachterausschuss für Grundstückswerte hat kräftige Veränderungen auf dem Berliner Immobilienmarkt festgestellt. Nach Angaben des beim Senat angesiedelten Gremiums ging die Zahl der verkauften Grundstücke und Immobilien im ersten Halbjahr in der Bundeshauptstadt um fast ein Fünftel zurück. Der Umsatz im Handel mit Wohn- und Geschäftshäusern brach in der ersten Jahreshälfte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 34 Prozent ein. Bei Büroimmobilien stellten die Gutachter sogar einen Umsatzrückgang von 53 Prozent fest. Auf einzelnen Teilmärkten gingen die Geldumsätze sogar um bis zu 70 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück. Vergleichsweise stabile Umsatzzahlen ermittelte der Ausschuss bei Ein- und Zweifamilienhäusern sowie bei Baugrundstücken für den individuellen Wohnungsbau. Für seine Analysen wertet der Gutachterausschuss für Grundstückswerte die Daten notariell beurkundeter Kaufverträge aus. N.H.

Beliebtes Pfund Sterling

Edinburgh – Nachdem im Jahr 2014 noch 55 Prozent der Schotten für den Verbleib im Vereinigten Königreich gestimmt hatten, sind nun die Anhänger einer Unabhängigkeit Schottlands im Aufwind. Bei einer repräsentativen Umfrage des britischen Marktforschungsinstituts Ipsos MORI sprachen sich 58 Prozent der Schotten für die Loslösung von Großbritannien aus. Seit Jahresanfang hatten sich auch bei anderen Meinungsumfragen mehr als die Hälfte der Befragten für die Unabhängigkeit Schottlands ausgesprochen. Die für einen Verbleib im Vereinigten Königreich eintretende Organisation „Scotland in Union“ förderte durch eine Umfrage allerdings zutage, dass die Zustimmung zur Unabhängigkeit für viele offenkundig nur eine bedingte ist und sich das britische Pfund Sterling großer Beliebtheit erfreut. So gaben 40 Prozent der Befragten an, es sei „weniger wahrscheinlich“, dass sie für eine Unabhängigkeit stimmen, wenn sie dafür das Pfund aufgeben müssten. N.H.

China erholt sich schnell

Peking – Im dritten Quartal dieses Jahres legte die chinesische Wirtschaft um 4,9 Prozent zu. Neue Exportaufträge nahmen im Oktober bereits den dritten Monat in Folge zu. Die weltweit zweitgrößte Volkswirtschaft erholt sich schnell von dem Corona-bedingten Rückgang, Industrieproduktion und Außenhandel wachsen. Nach dem Ausbruch des Coronavirus Ende Dezember im chinesischen Wuhan hatte die Führung nur zögerlich reagiert, ehe sie im Januar strenge Quarantäne-Maßnahmen, Massentests, Kontaktverfolgung und scharfe Einreisebedingungen einführte. Der im Frühjahr verabschiedete neue Fünfjahresplan sieht die Förderung der heimischen Nachfrage und eigener Innovationen vor, um unabhängiger von den USA zu werden. Investitionen und die Kooperation im Forschungsbereich bleiben auch in Zukunft wichtig. MRK

KOMMENTARE

Auffälliges Schweigen

HARALD TEWS

Den islamisch motivierten Morden in Wien und in Frankreich folgte ein massiver Aufschrei von Wut und Empörung aus allen Lagern. Fast vergessen ist dabei, dass erst vor Kurzem in Dresden die Messerattacke eines IS-Anhänger tödlich endete – der vor allem ein peinliches Schweigen folgte (siehe Seite 4).

Nachdem die Polizei zwei Wochen nach der Tat den Fall aufklärte, kam es zu keinen Protestmärschen gegen islamische Gewalt, gab es keine Solidaritätsbekundungen für die Opfer und forderten Politiker nicht – wie Macron in Frankreich – die Abschiebung von Asylsuchern, die sich radikalisiert haben. Dass hierzulande kein großes Aufsehen um den Dresdner Mord gemacht wird, hat auch mit der AfD zu tun: Die etablierte Politik duckt sich aus Angst davor, um nicht noch mehr Wähler wegen einer verfehlten Asylpolitik an die „Alternative“ zu verlieren.

Doch es regt sich Widerstand von unerwarteter Seite: Die FDP schrieb einen offenen Brief an Kanzlerin Merkel,

in dem sie Kritik daran äußerte, dass das Attentat als „Touristenmord“ verkläusultiert worden sei. Kaum jemand sei erschüttert darüber, dass der Anschlag, bei dem ein Mann verletzt und sein Partner getötet wurde, einen homophoben Hintergrund habe. Der Mord sei ein „Anschlag auf die LSBTI-Community“, doch die Kanzlerin schweige dazu.

Und so fragte jetzt auch Seyran Ates, Geschäftsführerin der Berliner Ibn-Rushd-Goethe-Moschee: „Wo sind die queerpolitischen Sprecher der linken Parteien und der CDU, warum seid ihr so leise?“ Selbst der linke „Spiegel“-Kolumnist Sascha Lobo gibt zu: „Die deutsche Linke – und auch die Liberalen und Bürgerlichen – haben zweifellos versäumt, eine nicht-rassistische Islamismuskritik zu entwickeln.“

Soll heißen: Anders als bei rechtsextremen Morden schaut man bei islamischer Gewalt lieber weg, anstatt für Toleranz und die freiheitlichen Grundrechte auch für gleichgeschlechtliche Paare einzutreten. Das große Schweigen der Politik nach der Tat von Dresden ist ein Armutszeugnis unserer Demokratie.

Diffuse Zahlenwerke

HANS HECKEL

Nun ist er also da, der zweite Lockdown, der zwar nicht alle schon im Frühjahr Gebeutelten abermals trifft, der aber dennoch weiteren, enormen wirtschaftlichen Schaden anrichtet wird. Zwischen beiden Schließungen liegt ein knappes halbes Jahr, das man dazu hätte nutzen können, sich ein klareres Bild über die Lage zu verschaffen – und dieses Bild dann ins Volk zu kommunizieren, damit wir besser verstehen, womit wir es eigentlich zu tun haben. Damit wäre die Debatte versachlicht worden.

Dazu hätte gehört, die Corona-Entwicklung ins Verhältnis zu setzen zu anderen Krankheitswellen, um eine Bezugsgröße zu gewinnen, die beurteilen lässt, wie gefährlich Covid-19 wirklich ist. Um das einschätzen zu können, wäre es von Wichtigkeit zu erfahren, wie viele Menschen nun wirklich an SARS CoV-2 sterben. Stattdessen wird – wie schon Anfang des Jahres – lediglich die Menge der „mit dem Virus Verstorbenen“ aufgeführt. Was aber sagt die aus? Wenig bis nichts, klagen kritische Ex-

perten, von denen es bekanntlich eine ganze Reihe gibt. Wer sich in der Schlussphase einer tödlichen Erkrankung auch noch eine Grippe, Covid-19 oder etwas anderes einfängt, für dessen Ableben sind dann weder Covid noch Grippe verantwortlich, sondern die ursprüngliche Krankheit.

Dann sind da die Testzahlen: Dass die PCR-Tests in der Mehrzahl Menschen positiv melden, deren Viruslast viel zu gering ist, um krank zu werden oder andere anzustecken, ist längst wissenschaftlich belegt. Diese eindeutigen Erkenntnisse finden aber ebenfalls so gut wie keinen Eingang in die öffentliche Kommunikation.

Am Ende bleibt die Öffentlichkeit allein mit einem Wust aus diffusen Zahlenwerken, die kaum sinnvoll gedeutet werden können. Übrig bleibt bei den einen nur noch Angst, bei anderen das Gefühl, dass man ihnen absichtlich nicht die Wahrheit sagt, weil man mit dem Virus-Schutz tatsächlich ganz andere politische Ziele verfolgt. So züchten die Verantwortlichen Angst und Misstrauen gleichzeitig.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommerische Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Empörung über die „Ungläubigen“: Boykottaufruf gegen Frankreich in Bangladesch

Foto: imago images/ZUMA wire

KOLUMNE

Eskalation zum Kulturkampf

FLORIAN STUMFALL

Die islamischen Terroranschläge in Frankreich haben einen offenen Zwist zwischen dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron und seinem türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan hervorgerufen. Macron hatte sich im Zusammenhang mit Karikaturen des Propheten Mohammed für die Meinungsfreiheit ins Mittel gelegt und dies bei einer sehr prominenten Gelegenheit, nämlich der Trauerfeier für den von einem Moslem enthaupteten Lehrer Samuel Paty. Damit war die Kontroverse eröffnet.

Erdoğan rief sofort seine Landsleute zum Boykott französischer Waren auf: „Tut ihnen keine Ehre an, kauft keine Waren von französischen Herstellern.“ Und angesichts der Bluttat drehte er listig den Spieß um und rief die internationale Gemeinschaft auf, die „Muslime in Frankreich zu schützen, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden“. Spätestens hier war für jedermann erkennbar, dass es in dieser Sache mit vernünftiger Argumentation kein Weiterkommen gibt.

Der Streit zwischen Paris und Ankara scheint mittlerweile zu einem Kulturkampf zwischen Europa und der islamischen Welt zu werden, dessen Protagonisten eben Frankreich und die Türkei sind. Dafür spricht, dass Erdoğan seine Frontlinie verbreitert, in Europa und darüber hinaus. Im Berliner Bezirk Neukölln, der besonders von Zuwanderern geprägt ist, kam es zu Protesten gegen Frankreich und seinen Präsidenten. In Wien stürmten 30 Mitglieder einer türkischen Jugend-Bande eine Kirche, randalierten dort und schrien: „Allahu akbar“. Proteste gab es im Nahen Osten, so in der jemenitischen Hafenstadt Aden. Tausende gingen in Äthiopien, Afghanistan, Bangladesch, Gaza, Israel und Pakistan auf die Straße, um sich gegen die „Ungläubigen“ zu empören.

Demonstrationen solchen Ausmaßes entstehen nicht spontan, sondern werden organisiert. Diesmal hat sich einer derjenigen Männer, die im Hintergrund die Leinen ziehen, auch öffentlich geäußert. Laut Mahathir Mohamad, dem ehemaligen Premier von Malaysia, haben die Moslems „das Recht, wegen der Massaker der Vergangenheit wütend zu sein und Millionen von Franzosen zu töten“. Dass sich etwa Erdoğan von einer solchen Aussage distanziert, ist nicht zu erwarten.

Dabei waren vor nur einem schlanken Menschenalter die Beziehungen zwischen der Türkei und Europa sehr freundlich. In Brüssel und den nachgeordneten Hauptstädten gibt und gab es auch damals starke Kräfte, die, in Unkenntnis dessen, was Europa als kulturelles Phänomen ausmacht, die Türkei als Bestandteil des Alten Kontinents betrachten. So glichen 1961 die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Türkei ihre Zollsätze einander an. Zwei Jahre darauf unterzeichneten die Partner ein Assoziierungsabkommen. Und 1987 beantragte Ankara die Aufnahme des

druck einer gewissen Normalität betrachten. Erdoğan ist die Regel – Kemal Pascha die Ausnahme, auch wenn es viele befessene Groß-Europäer befremden mag.

Diese träumen gerne von einem „aufgeklärten Islam“, der nicht nur die Türkei, sondern die gesamte islamische Welt mit Europa versöhnen könnte. Doch die großen Denker aus den Reichen des Propheten, von Avicenna, Averroes über Ibn Chaldun bis zum redlichen Bassam Tibi unserer Tage, die Ansätze eines aufgeklärten Denkens gezeigt haben, fanden Anerkennung nur in der abendländischen Welt, nicht im heimischen Islam.

Zu dessen dogmatischen Grundsätzen gehört die Überzeugung, dass der Islam eine Ordnung darstellt, die alle Lebensbereiche umfasst, mithin auch die Politik und die sogar an erster Stelle. Eine Trennung von religiösen und profanen Belangen wäre also Häresie, wer ihr Vorschub leistet, machte sich des Glaubensabfalls schuldig. Allein dieser eine Unterschied zu abendländischen Gepflogenheiten macht die Vorstellung einer kulturellen und politischen Fusion des Abendlandes mit der Türkei schwer vorstellbar. Doch Macron scheint davon nichts zu wissen – er spricht guten Mutes von einem „Islam der Aufklärung“.

Zurück zu den Gräueltaten der vergangenen Wochen. Frankreich hat seine Sicherheitsvorsorge in allen diplomatischen Missionen verstärkt. Außenminister Jean-Yves Le Drian spricht von einer Lage, die „auch außerhalb Frankreichs bedrohlich“ sei. Österreichs Kanzler Sebastian Kurz und Bundesaußenminister Heiko Maas kritisieren beherzt gewisse Parolen Erdoğan. Der EU-Ratspräsident Charles Michel spricht von „unannehmbaren Äußerungen“ der Türkei und dass man im Dezember wieder auf das Thema eingehen werde. Frankreichs Handelsminister Franck Riester fordert im Sinne der „europäischen Werte“ ein „Machtgleichgewicht mit der Türkei“. Und geschehen wird natürlich wieder einmal nichts.

Die Länder der EU sind nicht einmal imstande, die illegale Zuwanderung von Leuten, die dann hier Terror verbreiten, zu unterbinden und diejenigen, die hier bereits aktenkundig und teils vorbestraft sind, abzuschieben. Goldene Zeiten für radikale Moslems.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Die Länder der EU ermöglichen radikalen Moslems goldene Zeiten

Landes in die EU. Und wenn auch die Beitrittsverhandlungen derzeit ruhen, so fließen doch weiterhin die Milliarden der „Heranführungszahlungen“.

Möglich wurde diese Entwicklung, weil während der 60er Jahre in der Türkei noch der Geist des Staatengründers Mustafa Kemal Pascha, genannt Atatürk, herrschte. Er hatte es unternommen, aus dem untergegangenen Osmanischen Reich einen modernen Staat westlichen Zuschnitts zu machen. Die Einführung der lateinischen Schrift anstelle der bisherigen arabischen im Jahre 1929 war ein symbolträchtiges äußeres Zeichen dafür. Die Türken nannten sie „Buchstabenrevolution“.

Doch der Kemalismus, die Vorstellung einer säkularen, wenn auch weiterhin islamischen Türkei, die sich an westlichen Normen ausrichtet, hat ein Ende gefunden. Die Europäer bewundern in der perspektivischen Verkürzung der historischen Rückschau an ihm die Kühnheit der Vision, nicht seine Lebenskraft. Tatsächlich ist der Untergang des Kemalismus nicht erstaunlich. Vielmehr muss verwundern, dass er 60 Jahre lang angehalten hat. In den 950 Jahren der türkischen Geschichte in Anatolien ist er eine Episode. Wer bedenkt, dass die Türken zwar das westlichste, aber auch das größte der vielen Turkvölker sind, die Asien bis ins nordöstliche Sibirien und bis China besiedeln, der wird die Hinwendung Erdoğan nach Asien als den Aus-

Ein deutsches Aushängeschild

Die Wahl zum schönsten „hässlichen Entlein“ Europas – Chemnitz wird Kulturhauptstadt 2025

VON ANDREAS GUBALLA

Berlin war es 1988, Weimar 1999 und Essen mit dem Ruhrgebiet im Jahr 2010. Im Jahr 2025 darf Deutschland – neben Slowenien – wieder eine Kulturhauptstadt für Europa stellen. Im Rennen um den prestigeträchtigen Titel hat sich nun Chemnitz nach einem mehrstufigen Auswahlverfahren gegen die Mitbewerber Hannover, Hildesheim, Magdeburg und Nürnberg durchgesetzt. Dabei gilt Sachsens drittgrößte Stadt, die zu DDR-Zeiten Karl-Marx-Stadt hieß, mit ihren vielen tristen Plattenbauten nicht unbedingt als Perle.

Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig erklärte nach der Entscheidung: „Dieser Titel ist für Chemnitz die große Chance, viel zu geben und viel zu bekommen.“ Die SPD-Politikerin erinnerte in diesem Zusammenhang an die tagelangen Demonstrationen mit zum Teil gewalttätigen Ausschreitungen, welche die Stadt im August 2018 nach dem Messermord eines Deutschen durch einen Asylsucher international negative Schlagzeilen gebracht hatten. Chemnitz könne durch den Titel zeigen, dass es nicht nur für, wie es Ludwig ausdrückt, „Bilder von Nazi-Aufmärschen“ stehe, sondern „eine aktive, vielfältige Stadtgesellschaft im internationalen Austausch“ sei. Der Titel soll nun der gebeutelten Stadt einen Schub geben.

Die Kulturhauptstadt-Jury forderte Chemnitz und auch die unterlegenen Bewerber auf, Kunst und Kultur in den Mittelpunkt zu stellen und als Teil der Lösung der aktuellen Probleme zu verstehen. Europa, so heißt es, brauche jetzt mehr denn je ein Klima der Offenheit und der Solidarität. Kunst, Kultur und das Engagement auf städtischer Ebene könnten dies leisten.

Chemnitz hatte die Widersprüche seiner Geschichte in den Mittelpunkt seiner Bewerbung gestellt: Umbrüche, Identitätssuche, den Wandel zur Stadt der Industriekultur. Gepunktet habe die Bewerbung vor allem mit ihrer großen Bürgerbeteiligung, ist Kulturbotschafterin Nicole Oeser überzeugt. Sie hatte mit neun anderen die Abschlusspräsentation vor der zehnköpfigen Jury gehalten. „Wenn man denkt, dass man den großen Teil der Arbeit geschafft hat, indem man den Titel gewonnen hat, ist man auf dem Holzweg“, sagt Oeser. Jetzt beginne die richtige Arbeit. In einem ersten Schritt will Chemnitz neue Strukturen schaffen.



Bekannteste Kultur-„Sehenswürdigkeit“ von Chemnitz: Der 40 Tonnen schwere Karl-Marx-Klotz im Stadtzentrum

Viele Projekte würden schon vor dem Jahr 2025 beginnen. So soll zum Beispiel die alte Hartmann-Fabrik saniert und

zum Ausgangspunkt für die Akademie der Autodidakten und zum wissenschaftlichen Zentrum im Bereich Rechtsextremismus werden. 3000 Garagen sollen zu „Werkstätten der Interaktion“ werden, das Figurentheater Chemnitz will aus persönlichen Fundsachen und Geschichten kleine Stücke entwickeln, die dann auf der Bühne einer mobilen Garage aufgeführt werden.

Friedensfahrt wird wiederbelebt

Globales Denken und lokales Handeln möchte man auch beim Projekt der 4000 Apfelbäume verbinden, die überall in der Stadt gepflanzt und dann von Paten

gepflegt werden. Künstler aus verschiedenen Ländern werden parallel einen Kunstparcours entstehen lassen. Außerdem fügt eine interaktive, nach dem Pokemon-Prinzip funktionierende Gaming-App „Go Apple go“ Bildungsaspekte hinzu mit den heutzutage politisch unausweichlichen Themen wie Nachhaltigkeit über Ressourcen bis zu Immigration.

Und schließlich will Chemnitz 2025 auch die „Europäische Friedensfahrt“ wieder aufleben lassen, das berühmteste Amateur-Radrennen des Ostens. 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges soll es in Pilsen starten, den Korridor passieren, in dem 1945 die US-amerikani-

schen auf die sowjetischen Truppen trafen und nach 170 Kilometern in der Kulturhauptstadt enden.

Der Titel Kulturhauptstadt ist zugleich ein großes Konjunkturprogramm für Stadt und Region. Der Freistaat Sachsen wird der Stadt Chemnitz bis 2025 insgesamt 20 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Slowenien stellt zweite Stadt

Die Auszeichnung als „Kulturhauptstadt Europas“ wird seit 1985 jeweils für ein Jahr von der Europäischen Union mit dem Ziel verliehen, Europas Vielfalt und Zusammengehörigkeit erlebbar zu machen. Anfangs waren es nur Metropolen wie Paris oder Berlin. Dann änderte sich das Konzept. Vor allem kleinere Städte aus der zweiten Reihe sind jetzt gefragt.

Oft sind es ehemalige Industriestandorte, die versuchen, mit Kultur und Tourismus ein neues Image aufzubauen. 2010 waren es Essen und das Ruhrgebiet, 2004 die ehemalige Textilstadt Lille in Nordfrankreich und 2008 die norwegische Ölstadt Stavanger zusammen mit Liverpool.

Gerade die ehemalige nordenglische Industriemetropole hat sich seit dem Kulturhauptstadtjahr so grundlegend verändert wie kaum eine andere Stadt in Europa. Aus dem Armenhaus Englands ist ein angesagtes Ziel für Städtereisen geworden. Auch für Essen und das Ruhrgebiet war das Kulturhauptstadtjahr vor 20 Jahren ein nachhaltiger Impulsgeber.

Die zweite Europäische Kulturhauptstadt 2025 stellt Slowenien. Die Entscheidung darüber, welche Stadt es sein soll, wird im Dezember verkündet. Da es dort keine großen Industriestädte gibt, wird es sich wohl nicht um solch ein „hässliches Entlein“ wie Chemnitz handeln, das sich nun aber als Kulturhauptstadt Europas wie im Märchen vorkommen muss und die große Chance hat, sein ramponiertes Image kräftig aufzupolieren.

FILMFEST

Kultur im Winterschlaf

Corona macht es möglich – Kinofestival findet komplett zu Hause statt

Kaum begann sich das zarte Pflänzchen Kultur vom ersten Lockdown im Frühjahr langsam wieder zu erholen, muss es gleich wieder in den Winterschlaf. Seit dem 2. November sind landesweit sämtliche Museen, Theater, Konzertsäle und Kinos vorübergehend wieder geschlossen.

Dort, wo es geht, behilft man sich mit digitalen Angeboten. Das ersetzt zwar nicht das Live-Erlebnis, hilft aber, die Kultur-Abstinenz einigermaßen zu überwinden. Bei den sogenannten Streams, mittels derer Kulturangebote über das Internet auf den heimischen Computermonitor, das Tablet oder Smartphone übertragen werden, verdienen die Künstler kaum etwas. Im Gegenteil, man zahlt meistens noch drauf. Daher können sich das in aller Regel nur solche Institutionen wie Museen, Theater oder Konzerthäuser erlauben, die von staatlichen Förderungen leben.

Die Kinoliebhaber blicken dabei oft in die Röhre, denn abgesehen von kommunalen Kinos sind die Filmtheater fast ausschließlich rein privatwirtschaftlich finanziert. Sollte die Corona-bedingte Zwangsschließung länger andauern, sieht deren Zukunft alles andere als rosig aus.

Immerhin gibt es einen Lichtblick am Horizont, der aus dem Norden kommt. Bis Sonntag sollen die 62. Nordischen Filmtage Lübeck stattfinden – natürlich nur in digitaler Form per Internetstream. „Eine vollständige Absage des Festivals kam überhaupt nicht in Frage“, bekräftigte Silke Lehmann, Pressesprecherin der Filmtage, „da die Menschen jetzt wieder mehr Zeit zu Hause verbringen, haben wir dafür mit unserem neuen Online-Programm viele spannende Filme anzubieten.“

Mit sieben Euro ist man dabei

Im Jahr 2019 wurden die Filme, die schwerpunktmäßig aus den skandinavischen, baltischen Staaten und dem deutschen Ostseeraum kommen, noch 36.000 Mal besucht. In diesem Jahr werden exakt Null Besucher in die Festivalkinos kommen. Damit brechen entsprechende Einnahmen weg. Da die Filmtage vom Land Schleswig-Holstein und der Stadt Lübeck unterstützt werden, lässt sich das verschmerzen. Jetzt hofft man, dass genug Kinoliebhaber das kostenpflichtige Streamingangebot nutzen, um die finanziellen Verluste in Grenzen zu halten.

Zum Preis von sieben Euro pro Film lässt sich über die Streamingplattform Culturebase ein Festivalbeitrag ausleihen, den sich der Nutzer dann innerhalb von 24 Stunden online ansehen kann. Wer genügend Zeit (und Geld) hat, kann sich knapp 150 Filme ansehen. Die meisten davon sind TV-Serien, Dokumentationen oder Jugendfilme. Von den 16 Spielfilmen des Festivalprogramms sind zehn deutsche Premieren, zwei internationale Premieren, und eine Europremiere ist dabei.

Der Film, der vielleicht am meisten digital ausgeliehen wird, dürfte die ursprünglich als Eröffnungsfilm des Festivals geplante Deutschlandpremiere des dänischen Streifens „Unser Mann in Amerika“ von Christina Rosendahl sein. Inspiriert von wahren Begebenheiten erzählt der Film die Geschichte des Diplomaten Henrik Kauffmann, gespielt vom dänischen Schauspiel-Star Ulrich Thomsen (unter anderem bekannt aus „James Bond 007 – Die Welt ist nicht genug“). Er kämpft als dänischer Botschafter in den USA zur Zeit der deutschen Besatzung in den 40er Jahren um die Freiheit und Unabhängigkeit seines Landes.

Grundsätzlich bleibt die Frage nach dem Sinn eines digitalen Filmfests. Ein Festival funktioniert wie eine Messe, auf der man Kontakte knüpfen kann und auf der Kinoverleiher und -betreiber sich über neue Filme informieren können. In Corona-Zeiten ist besonders für Verleiher die Planung, neue Filme ins Angebot zu nehmen, fast unmöglich geworden. Da man nie weiß, wann Kinos mit genügend Publikum öffnen dürfen, gleichen Kinostarttermine einem Lotteriespiel.

Ein Trend lässt sich schon ablesen: Corona wird die Online-Angebote von Kinofilmen befördern und damit das Kinosterben beschleunigen. *gub/tws*

● Kartenerwerb für Online-Screenings

Um das Angebot nutzen zu können, muss man sich mit einer Mailadresse und einem Passwort ein Benutzerkonto bei Culturebase anlegen. Zum Portal wird man über www.nordische-filmtage.de geleitet. Direkt zum Programm gelangt man über: <https://nordische-filmtage.culturebase.org>. Das Streaming ist nur in Deutschland verfügbar, bezahlt wird per Kreditkarte oder Paypal.

PREUSSENS MUSEEN

Fast alles dicht

Berlin – Vom neuerlichen Lockdown sind auch preußische Kultureinrichtungen betroffen. So stellen alle Berliner Museen, die zum Verband Stiftung Preussischer Kulturbesitz zählen, ihren Publikumsbetrieb bis Ende des Monats ein. Die Staatsbibliothek zu Berlin, das Ibero-Amerikanische Institut und das Geheime Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz bleiben unter den bekannten Hygieneauflagen geöffnet. Das gilt auch für die Kunstbibliothek, die Archäologische Bibliothek und das Zentralarchiv der Staatlichen Museen zu Berlin und die Bibliothek des Staatlichen Instituts für Musikforschung. Ebenfalls bis auf Weiteres geschlossen sind die Schlösser der Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg. Alle Park- und Gartenanlagen einschließlich der Pfaueninsel in Berlin bleiben hingegen weiterhin geöffnet. Auch das Ostpreussische Landesmuseum Lüneburg mit seiner Deutschbaltischen Abteilung bleibt geschlossen. Die für den 27. November geplante Eröffnung der neuen Sonderausstellung „Textile Lebensräume – Anneliese Konrat-Stalchus“ wird digital übertragen. *tws*

WEISSER BERG

Der Kaiser
besiegt den
„Winterkönig“

„Die Entscheidungsschlacht am Weißen Berg bei Prag am 8. November 1620 war schon in zwei Stunden ausgekämpft; von diesen zwei Stunden hingen die nächsten 300 Jahre der böhmischen Geschichte ab“, so der Historiker Ferdinand Seibt. Beim Aufeinandertreffen von Truppen der böhmischen Stände und der Kaiserlichen, der katholischen Liga, vor 400 Jahren handelte es sich um die erste größere Schlacht des Dreißigjährigen Krieges.

Gegenüber der aus der Tiefe angreifenden Liga schienen die böhmischen Einheiten durch ihre Stellung auf dem Bergrücken zunächst deutlich im Vorteil zu sein. Dennoch erlitt ihr Befehlshaber, Christian I. von Anhalt, eine verheerende Niederlage. Militärische Fehler waren nur ein Grund. Es herrschte schon länger Disziplinlosigkeit, sodass „der Soldat mehr dem Freund als dem Feind Schaden that“. Zudem war „Mangel an Bezahlung“ zu verzeichnen.

Großer Verlierer der Schlacht am Weißen Berg war zunächst Friedrich V., Kurfürst von der Pfalz, der erst im August 1619 zum König von Böhmen gewählt worden war. Die böhmischen Stände wehrten sich gegen die Herrschaft der Habsburger und die Rekatholisierung, den 1617 gekrönten König Ferdinand hatten sie abgesetzt. Hoffnungsträger war der pfälzische Kurfürst, der allerdings auch im eigenen Lager, bei der protestantischen Union, nur bedingt Rückhalt hatte. Ferdinand, inzwischen als Ferdinand II. Kaiser, ging gegen Böhmen vor. Friedrich musste nach der Schlacht fliehen, er verfiel der Reichsacht und verlor auch die Pfalz und den Kurhut. Als „Winterkönig“ hatten ihn seine Gegner schon nach seiner Wahl bezeichnet, in Erwartung einer kurzen Herrschaft. Sie sollten Recht behalten.

Im Zuge der Machtstabilisierung der Habsburger erfolgten in Böhmen umfangreiche Konfiskationen. Viele Protestanten mussten das Land verlassen.

Für das tschechische kollektive Gedächtnis spielt die Schlacht am Weißen Berg eine herausragende Rolle. Sie markiert die Wende von der politischen und religiösen Freiheit zum fremdbestimmten Absolutismus, verbunden mit dem kulturellen Nie-



„Winterkönig“ Friedrich

dergang des Eigenen. Verstärkt durch Rückprojektionen aus der Zeit der „nationalen Wiedergeburt“ der Tschechen ab Ende des 18. Jahrhunderts wurde ein Romantitel des Autors Alois Jirásek von 1915 zum Begriff für die Epoche nach der Schlacht: „Temno“ – Finsternis.
Erik Lommatzsch



Bescheinigte seinen Gastgebern während seines Deutschlandbesuchs Größe: Charles de Gaulle, hier am 5. September 1962 in Köln

CHARLES DE GAULLE

Ein großer Patriot und Streiter
für die Souveränität Europas

Vor 50 Jahren, am 9. November 1970, starb der französische General und Staatsmann, der wie kein Zweiter um die Deutschen warb

VON EBERHARD STRAUB

Eines der größten Missverständnisse in der Geschichte Westdeutschlands war vom 4. bis 9. September 1962 der Besuch des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle. Seine Reise glich einem Triumphzug. Bislang war es nicht einmal Konrad Adenauer oder Theodor Heuss gelungen, Hunderttausende derartig begeistert zu mobilisieren. General de Gaulle, der klassisch gebildete Historiker, Europäer und Menschenkenner, sprach auf Deutsch, was sofort die Massen aufhorchen ließ. Er behandelte sie nicht als anonymes Publikum, sondern wandte sich an konkrete Personen, an die unzähligen, um ihn gedrängt versammelten Vertreter „des großen, jawohl des großen deutschen Volkes“. Diese dankten ihm mit enthusiastischem Jubel. Kein Gast hatte jemals wieder so eindringlich und feierlich an deutsche Größe in sämtlichen Künsten und Wissenschaften – auch in Staatskunst und Kriegswissenschaft – erinnert, wie damals Charles de Gaulle. Keiner folgte je seinem Beispiel. Es blieb die große Ausnahme.

Dennoch ist die Verneigung des immer auf Stil und Form achtenden Repräsentanten eines französischen „génie nationale“ vor dem deutschen Genius längst in Vergessenheit geraten. Nicht hingegen die auf stürmischen Beifall berechnete Pointe in der Rede des US-amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy ein Jahr später in West-Berlin: „Ich bin ein Berliner.“ In der mitten im „Osten“ gelegenen Frontstadt galten kurz nach dem Mauerbau dessen Worte dem Westen und der Freiheit, der atlantischen Gemeinschaft, der Demokratie und ihrem Menschenbild. Enthusiastische Zustimmung der Berliner versicherte ihm, den Ton getroffen zu haben, den „die Insulaner“ in ihrem Bollwerk der westlichen Zivilisati-

on erwartet hatten. Sie dachten nicht an Geschichte, an die Nation oder Europa, sie hofften auf den Schutz der USA, mit dem sie ihre Sicherheit und Zukunft unmittelbar verknüpft sahen.

Conträre Europa-Modelle

Westdeutschland war damals gründlich gespalten in Gaullisten und Atlantiker, was die rasch aufeinander folgenden Staatsbesuche veranschaulichten, mit denen die Präsidenten unter Deutschen für ihr jeweiliges Modell der europäischen Ordnung um Zustimmung warben. Für de Gaulle blieb die Nation und Souveränität die Voraussetzung für Freiheit und Selbstbestimmung. Viele Deutsche, an den Verlust ihrer Souveränität gewöhnt, hofften hingegen auf transnationale Gemeinschaften im engen Zusammenhang mit den USA und Briten, in denen sie die historischen Wegweiser hin zu Demokratie und Parlamentarismus würdigten. Deutsche Gaullisten – vor allem um Franz Josef Strauß – strebten nach politischer Bewegungsfreiheit in einem Europa der Vaterländer und Nationen, in dem auch Deutschland wieder als wichtiges Element eine seiner Bedeutung entsprechende führende Rolle zu spielen vermochte. Darauf hoffte Charles de Gaulle, der eine Europäische Gemeinschaft aus der Abhängigkeit von den USA lösen wollte, um die Alte Welt dazu zu befähigen, in einer künftigen Konstellation mehrerer Groß- und Weltmächte wieder selbstbewusst auftreten zu können.

Charles de Gaulle verstand sich nicht als Gegner des Westens oder der USA. Er hatte an deren Seite im Zweiten Weltkrieg gekämpft, aber immer darauf bedacht, dass die „Angelsachsen“ – wie er Briten und Amerikaner stets zusammenfasste – die Eigenständigkeit und Mitsprache Frankreichs in sämtlichen Angelegenheiten der künftigen Staatenordnung anerkannten. Diese waren dazu gar

nicht bereit, weil für sie Frankreich nach dem Sieg des Deutschen Reiches im Sommer 1940 nicht mehr als Staat existierte, weshalb sie beanspruchten, nach dem Krieg ein Frankreich nach ihren Vorstellungen zu schaffen.

General de Gaulle hatte sich gewei- gert, die französische Kapitulation hinzunehmen und floh nach London, von wo aus er um sich einige Emigranten scharte, die sich als das freie und kämpfende Frankreich verstanden und als Repräsentanten der einen und unteilbaren Nation auftraten, ohne deren Mitsprache ein Europa nach dem Kriege gar nicht aufgebaut werden könne. Erstaunt und betrübt beobachtete er, wie der britische Premier Winston Churchill kaum noch Anstrengungen unternahm, Herr im eigenen Haus zu bleiben und eine britische Selbstständigkeit gegenüber den USA zu wahren.

Beschwörung französischer Größe

Diese Fügsamkeit, die einem künftigen Europa abträglich sein müsste, bestärkte ihn darin, kompromisslos die französische Souveränität hervorzuheben, womit er „den Angelsachsen“ gründlich auf die Nerven fiel. Seinen nahezu heroischen Kampf für die Freiheit Frankreichs schilderte er mit größter Erzählkunst in seinen Memoiren, ein Meisterwerk historisch-politischer Vernunft und lateinischer Klassizität. Seine Beschwörung der Ehre und Größe Frankreichs, das 1500 Jahre um seine Unabhängigkeit gekämpft hatte und auch nach Niederlagen an seiner Bestimmung festhielt, mit seiner Freiheit die von Europa zu verteidigen, richtete sich aber auch nach innen, in das besiegte und verworrene Frankreich, gespalten in Gruppen und Parteien.

Die Katastrophe von 1940, die er nicht beschönigte, war für ihn das Ergebnis unentschlossener Parteipolitiker, die ratlos zwischen Rom, Moskau und Berlin hin und her schwankten und überhaupt gar

nicht mehr wussten, welche Interessen für Frankreich ausschlaggebend sein müssten.

Nach der Niederlage löste sich endgültig ein klares Bild von nationaler Eintracht und Würde auf. General de Gaulle schien es daher notwendig, unter den miteinander hadern den Franzosen wieder Einigkeit zu stiften, um überhaupt ein festes Selbstbewusstsein wieder zu ermöglichen. Er sann nicht auf Rache im innerfranzösischen Bürgerkrieg, er achtete auch in Kollaborateuren mit den Deutschen aufrechte Patrioten, die sich irrten, aber nicht unbedingt „unfranzösisch“ handelten. Es erschien ihm unumgänglich, dennoch die auffälligsten Zuarbeiter der Gestapo oder der Wehrmacht zu bestrafen. Doch es sollten französische Gerichte sein, die über Franzosen urteilten, nicht alliierte Sieger mit ihrer Siegerjustiz. Dann hätte ja nur eine andere Besatzungsmacht die deutsche abgelöst. Sein erfolgreicher Kampf um die französische Souveränität galt auch der Absicht, in allen inneren Belangen, eben auch bei der Auseinandersetzung mit den verirrtten Landsleuten, in voller Unabhängigkeit von anderen Mächten handeln zu können.

Für ein Europa freier Völker

Als Mann des Staates und der Ordnung bemühte er sich, 1944 bis 1946 als Staatschef, die unvermeidlichen Exzesse bei der Abrechnung mit den Besiegten einzuschränken und dem Recht auch in dieser Ausnahmesituation am Ende eines Bürgerkrieges Geltung zu verschaffen. Die meisten Todesstrafen änderte er um in Haftstrafen. Bei einigen fiel es ihm schwer, Gnade walten zu lassen, aber es befriedigte ihn sehr, wenn sie mit Todesverachtung bestätigten, so unerschrocken zu sterben, wie es sich für Franzosen, die ihre Ehre nicht vergessen sollen, gehört. Eine ähnliche, viele Umstände bedenkende Rücksicht, wollte er auch im Umgang mit Italien, Spanien oder Deutschland gewahrt wissen. Dabei bestätigte sich eindrucksvoll, dass der Einsatz für die französische Souveränität gerade auch den Zweck verfolgte, dass Europa nicht in einer „Pax americana“ um seinen besonderen Rang gebracht werden würde. Ein Europa freier Völker und souveräner Staaten von Gibraltar bis zum Ural, das gesamte Europa, einig in seiner Vielfalt, schwebte ihm für die Zukunft vor. Das war eine zu kühne, revolutionäre Idee für viele Westdeutsche, die Nation und Souveränität für von der Geschichte widerlegte, eben vorübergehende Erscheinungen begreifen wollten.

Sie sprachen vage von deutsch-französischer Freundschaft, ohne Frankreich und Deutschland als politisch-historische Gegebenheiten gründlich zu bedenken; eingebunden in einen „Westen“, der sich im Kalten Krieg gegen den Osten ideologisch konstituierte. Vom Westen sprechen Deutsche weiterhin wie von einer Erlösungsgemeinschaft, während er für de Gaulle – etwa in Form der NATO – nur eine vorläufige, praktische Allianz war. Bündnisse hielt er für flüchtige Übereinkünfte. Sie haben ihre Zeit, wie Rosen und junge Mädchen, denn sie verblühen. Zu seiner Enttäuschung bemerkte er bald nach seiner Reise durch die Bundesrepublik, dass mit den Deutschen keine realistische Europapolitik in seinem Sinne möglich war.

Charles de Gaulle war noch ein richtiger Alteuropäer, ein Christ, ein Lateiner und ein klassischer Humanist. Er sprach viel von der Größe Frankreichs, gerade weil er die Schwächen seines Vaterlandes kannte, das ab 1789 von einem Verfassungszustand in den nächsten taumelte. Von der Parteidemokratie hielt er nichts. Aber auch seine monarchische Verfassung, die Frankreich eine Zeit lang beruhigte, ist längst zur Beute der Parteien geworden. Als Christ und stoischer Klassizist war dieser große Patriot und Europäer allerdings nicht zu erschüttern, da – trotz aller politischen Leidenschaft – von der Nichtigkeit der Dinge durchdrungen.

E 4/20

Schneller als viele Jagdflugzeuge

Vor 100 Jahren flog in Deutschland ein wegweisendes Flugzeug zum ersten Mal. Die Zeppelin-Staaken E4/20 war das erste viermotorige Verkehrsflugzeug der Welt in Ganzmetallbauweise. Sie flog am 9. November 1920 erstmals.

Die E4/20 basierte auf Erfahrungen, die der Zeppelin-Konzern beim Bau der sogenannten R-Flugzeuge (Riesenflugzeuge) gesammelt hatte. Diese schweren Bomber waren vier- bis sechsmotorige Doppeldecker. Sie flogen in der zweiten Kriegshälfte Bombenangriffe auf Großbritannien. Der Konstrukteur der E4/20, Adolf Rohrbach, begann 1917 mit der Entwicklung schwerer Bomber in Ganzmetallbauweise als Ersatz für die Doppeldecker. Er und sein Team entwarfen die R VIII und die R IX, zwei große Eindecker aus Metall mit einer Spannweite von 55 Metern. Für den Antrieb sollten acht Daimler IV a oder Maybach Mb IV a mit je 250 PS sorgen. Gebaut wurde keines von beiden.

Nach dem Kriegsende erlebte die zivile Luftfahrt trotz der harten Bedingungen des Waffenstillstandes von Compiègne einen Aufschwung. Viele ehemalige Militärflugzeuge beförderten nun Post, Fracht und Passagiere. Alfred Colsmann, damals Zeppelin-Generaldirektor, sah hier eine Möglichkeit, weiter Flugzeugbau zu betreiben. Er beauftragte Rohrbach im Mai 1919 mit dem Bau eines viermotorigen Verkehrsflugzeugs in Ganzmetallbauweise. Es sollte auf der Strecke Berlin-Friedrichshafen eingesetzt werden.

Rohrbach entwickelte auf Basis der beiden Bomber einen viermotorigen Hochdecker für bis zu 18 Passagiere. Er wog rund sechs Tonnen und hatte eine Spannweite von 31 Metern. Die Kabine bot große Fenster und war schallisoliert. Hinten befanden sich Toilette und Waschraum, im Bug eine Pantry für die Fluggäste. Die beiden Piloten saßen in einem Cockpit auf der Tragfläche.

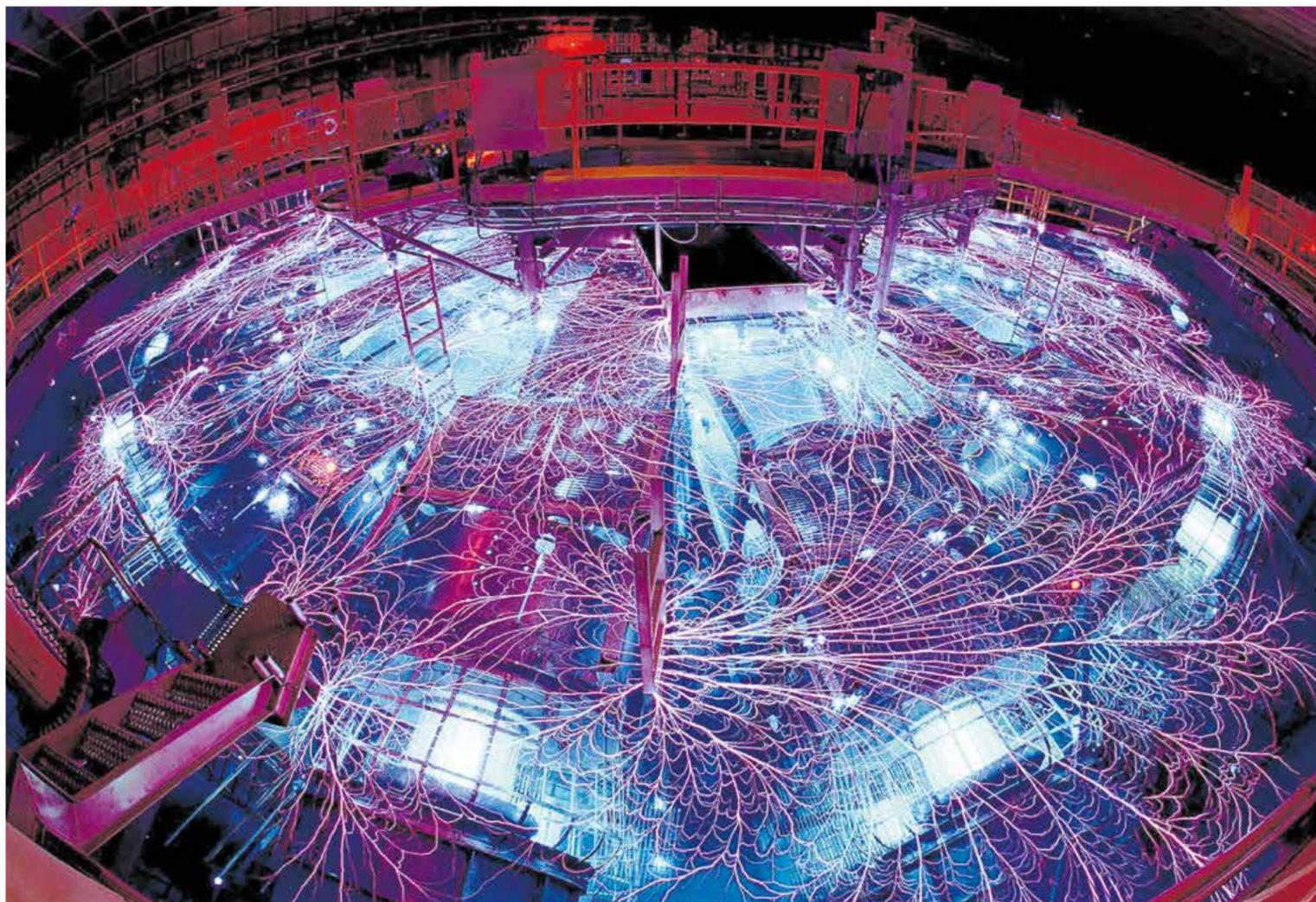
Testflüge zeigten, wie leistungsfähig das neue Flugzeug war. Es erreichte in Bodennähe 211 Kilometer sowie in größerer Höhe und mit Vollgas 225 Kilometer in der Stunde. Damit war es nicht nur schneller als die großen Doppeldecker der damaligen Zeit, sondern auch als viele Jäger.

Die Interalliierte Kontrollkommission, die den Abbau der deutschen Luftfahrtindustrie überwachte, interpretierten die Maschine als einen verkappten Bomber. Mit dieser Begrün-



Erstflug vor 100 Jahren: E 4/20

dung verfügte sie am 21. November 1920 die Verschrottung der E4/20. Damit besiegelte sie auch das Schicksal von Zeppelin-Staaken, denn ohne den Flugzeugbau verlor das Werk seine Existenzgrundlage. Entsprechend dem am 10. Januar 1920 in Kraft getretenen Versailler Frieden blieb der Flugzeugbau in Deutschland bis 1926 weitgehend verboten. Ein wichtiger potentieller Konkurrent der Siegermächte beim militärischen, aber auch beim zivilen Flugzeugbau war ausgebremst. Friedrich List



Eine der modernsten Folgen der Entdeckung Wilhelm Conrad Röntgens: Z-Maschine in den Sandia National Laboratories des US-Energieministeriums in Albuquerque

VON WOLFGANG KAUFMANN

RÖNTGENSTRAHLEN

Vom Menschen in vielfältigster Weise genutzt

Vor 125 Jahren entdeckte Wilhelm Conrad Röntgen die nach ihm benannten elektromagnetischen Wellen

Am späten Abend des 8. November 1895 stand der Professor Wilhelm Conrad Röntgen mutterseelenallein in seinem Labor am Physikalischen Institut der Julius-Maximilians-Universität Würzburg und experimentierte mit einer Kathodenstrahlröhre, um die Leitung von Elektrizität in Gasen zu messen. Zu diesem Zeitpunkt galt der ursprünglich aus dem preußischen Lennep Stammende bereits als renommierter Wissenschaftler. Dabei war Röntgens Start in die Forscherlaufbahn zunächst recht holprig verlaufen. Weil man ihn ohne Abschluss von der Schule verwiesen hatte, konnte er nur in Zürich studieren, da dort das Ergebnis der Aufnahmeprüfung über die Zulassung unterschied und nicht das Abitur.

Bei seinen Versuchen an jenem denkwürdigen Freitag vor 125 Jahren bemerkte Röntgen, dass die Röhre eine unsichtbare Strahlung erzeugte, die Materie zu durchdringen vermochte sowie anschließend fluoreszierende Gegenstände aufleuchten ließ und lichtempfindliches Papier schwärzte. Das brachte ihn auf die Idee, die mysteriösen „X-Strahlen“ zu verwenden, um das Knochenskelett einer menschlichen Hand darzustellen.

Diagnose und Therapie

Die Kunde von Röntgens Entdeckung verbreitete sich mit für die damalige Zeit atemberaubender Geschwindigkeit. Am 28. Dezember 1895 schickte der Forscher seinen Aufsatz „Über eine neue Art von Strahlen“ an die Physikalisch-Medizinische Gesellschaft in Würzburg, die den Text bis Februar in insgesamt fünf Sprachen publizierte. Am 5. Januar 1896 widmete sich die Wiener Tageszeitung „Die Presse“ dem Thema. Danach wurde es von Telegraphen-Agenturen in aller Welt aufgegriffen. Röntgen selbst stellte seine Erkenntnisse am 12. Januar 1896 im Beisein von Kaiser Wilhelm II. erstmals öffentlich vor. Und elf Tage später hielt der Physiker an der Universität Würzburg einen weiteren, bestens besuchten Vortrag.

Im Anschluss daran machte der Anatom Albert Kölliker, dessen Hand der Redner gerade zu Demonstrationszwecken durchleuchtet hatte, den Vorschlag, die

„X-Strahlung“ in „Röntgensche Strahlung“ umzubenennen, welchen die anwesenden Vertreter der Physikalisch-Medizinischen Gesellschaft sofort unter allgemeinem Beifall annahmen. Kurz darauf druckte die „Wiener Klinische Wochenschrift“ erstmals eine Röntgenaufnahme ab, womit der endgültige Siegeszug des neuen Diagnoseverfahrens begann. Der nächste wichtige Markstein auf diesem Wege war die Einrichtung eines Röntgen-Instituts an Hermann Kümmells chirurgischer Klinik in Hamburg-Eppendorf im März 1896.

Die unverzügliche medizinische Nutzung von Röntgens Entdeckung wurde dadurch möglich, dass der ebenso bescheidene wie wohlhabende Sohn eines Industriellen – nach dem Tode seines Vaters hatte der Physiker zwei Millionen Mark geerbt – auf jegliche Patentierung des Röntgenverfahrens verzichtete, damit es sofort der Allgemeinheit zugutekommen konnte. Röntgen wollte nicht einmal die 50.000 schwedischen Kronen behalten, die ihm die Auszeichnung mit dem allerersten Nobelpreis für Physik im Jahre 1901 eintrug. Also stiftete er das Geld kurzerhand der Universität Würzburg.

Damals ahnte noch niemand, welche Gefahren von der Röntgenstrahlung ausgehen. Das wurde erst später im Zusammenhang mit der Entdeckung der Radioaktivität offenkundig, die in ganz wesentlichem Maße aus der Beschäftigung mit den Röntgenstrahlen resultierte. Letztere sind ionisierend und können dadurch pathologische Veränderungen im menschlichen Körper bis hin zum Krebs auslösen.

Trotzdem ist das Röntgenverfahren heute nicht mehr aus unserem Alltag wegzudenken. In der Medizin gehört es

längst zum internationalen Standard. Pro Jahr werden Röntgengeräte im Wert von rund fünf Milliarden Euro für den Einsatz in Arztpraxen und Kliniken produziert. Mittlerweile kommen nicht mehr nur die Apparaturen zur Verwendung, die man im Prinzip schon seit 1896 kennt, sondern auch fortgeschrittenere Geräte wie Computertomographen. Mit diesen ist eine wesentlich bessere Darstellung von Körperstrukturen durch die rechnerbasierte Auswertung unzähliger Röntgenaufnahmen aus ganz verschiedenen Winkeln möglich. Außer in der Diagnostik finden Röntgenstrahlen auch in der Therapie Anwendung, wenn es um die Behandlung von entzündlich-degenerativen Erkrankungen sowie gutartigen Geschwülsten geht.

Eine ähnlich lebensrettende Wirkung wie in der Medizin können Röntgenstrahlen in der Werkstoffprüfung und im Sicherheitsbereich entfalten. Man denke nur an die Untersuchung von Turbinenschaufeln in Flugzeugtriebwerken, mit denen schon so mancher Absturz verhindert wurde, oder an das routinemäßige Röntgen von Gepäckstücken mit dem Ziele, zu verhin-

dern, dass Unkonventionelle Spreng- oder Brandvorrichtungen an Bord von Passagiermaschinen gelangen.

Nutzung außerhalb der Medizin

Weitere Einsatzgebiete sind die biologische, geologische und archäologische Forschung. Mit Hilfe von Röntgenstrahlen können organische und kristalline Strukturen analysiert werden. Oder die Wissenschaftler durchleuchten Mumien oder Artefakte aus der Vergangenheit, in deren Inneren sich vielleicht ein Geheimnis verbirgt. Selbst Informationen über die Echtheit von Gemälden lassen sich so gewinnen. Des Weiteren erkennen Edelmetallhändler mittels der Röntgenfluoreszenzanalyse, wenn man ihnen gefälschte Goldbarren unterschieben will.

Im Prinzip umfasst die Bandbreite der Nutzung von Röntgenstrahlen heute die gesamte Spanne vom Mikrokosmos (Röntgenmikroskopie) bis zum Makrokosmos (Röntgenastronomie). Und neuerdings scheint es, als ob Röntgens epochale Entdeckung von 1895 auch zu helfen vermag, die Energieprobleme der Menschheit zu lösen. Immerhin ist die futuristische Z-Maschine in den Sandia National Laboratories des US-Energieministeriums in Albuquerque ebenfalls eine künstliche Röntgenquelle – und zwar die derzeit stärkste der Welt. Diese Versuchsapparatur dient der Entwicklung von Fusionsreaktoren, denn der durch sie erzeugte Röntgenpuls kann Plasma auf über zwei Milliarden Grad erhitzen und so theoretisch auch Kernverschmelzungsprozesse zur Lieferung von ebenso unerschöpflicher wie sauberer Energie in Gang setzen.

Die Bescheidenheit und der Wohlstand des Preußen forcierten die Nutzung seiner Entdeckung

VON DIRK PELSTER

Überall auf der Welt vernetzen sich Pädophilenringe über Ländergrenzen hinweg. Diese Entwicklung bereitet Ermittlern zunehmend Sorgen. Doch in sozialen Netzwerken und alternativen Medien wird schon seit Längerem auch über rituellen Kindesmissbrauch durch satanistische Gruppen berichtet, der bis in die obersten gesellschaftlichen Kreise hineinreichen soll. Gibt es diese einflussreichen kriminellen Cliquen von Teufelsanbetern wirklich?

Das Thema sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen gerät regelmäßig in den Fokus der Öffentlichkeit. Meist sind es spektakuläre Einzelfälle oder aber es handelt sich um von Gruppen über längere Zeiträume hinweg organisierte Straftaten. Teilweise vollzieht sich der Missbrauch in Institutionen, wie etwa Kirchen und Heimen, die sich eigentlich auf das Wohl der schwächsten Mitglieder einer Gesellschaft verpflichtet haben.

Immer wieder versagen dabei Mechanismen, die dem Schutz von Kindern dienen sollten. Jugendämter sind überlastet, Pädagogen sehen weg, und Kirchenoberen schweigen. Fliegen Straftäter auf, kommt es nicht selten zu recht merkwürdigen Pannen bei deren Strafverfolgung, wie etwa bei dem 2018 bekannt geworden Missbrauchsfall im ostwestfälischen Lügde. Traurige Bekanntheit erlangte auch der Fall um den belgischen Sexualmörder Marc Dutroux in den 90er Jahren. Während des gegen ihn geführten Strafprozesses kamen insgesamt 27 Zeugen und Ermittler unter zum Teil sehr mysteriösen Umständen ums Leben. Dutroux selbst behauptete zudem, nur ein ausführender Handlanger gewesen zu sein.

Prominente im Fadenkreuz

Gleichfalls von Mythen umwoben ist der Fall des US-amerikanischen Milliardärs Jeffrey Epstein. Er stand im Verdacht, Kinder und Jugendliche an andere Prominente vermittelt zu haben. Tatsächlich gab es Aufzeichnungen, die zumindest belegen, dass Epstein bekannte Persönlichkeiten wie Bill Gates, Prinz Andrew oder Bill Clinton auf seiner Privatinsel in der Karibik empfing. Zu der Zeit sollen dort auch Minderjährige anwesend gewesen sein. Nach seiner Inhaftierung soll er sich unter äußerst dubiosen Umständen das Leben genommen haben.

Es ließen sich durchaus noch zahlreiche weitere Skandale nennen. Ihnen ist gemein, dass sie größtenteils nie vollständig aufgeklärt wurden und dass zumindest am Rande der einzelnen Komplexe bedeutende politische Entscheidungsträger in die Vorgänge verstrickt zu sein scheinen.

Bereits seit Längerem wird daher der Verdacht geäußert, dass hinter vielen der Missbrauchsfälle nicht nur reine Triebtä-

ter stehen, sondern auch gut organisierte Logen von Satanisten. Besonderes Aufsehen erregte eine Studie des katholischen Bistums Münster zur Häufigkeit von ritueller Gewalt aus dem Jahre 2005. Zahlreiche befragte Therapeuten gaben hier an, dass in ihrer Praxis Patienten von rituellem Missbrauch berichteten.

Doch dies ist mit Vorsicht zu genießen. Therapeuten haben es berufsbedingt mit einer Klientel zu tun, die psychische Auffälligkeiten zeigt. Wer den Wert solcher mittelbaren Betroffenenbefragungen ermessem will, kann dies über den Umweg eines anderen Phänomens versuchen. In den USA wurden zum Teil kontrovers diskutierte Studien vorgelegt, nach denen Tausende von Amerikanern der Überzeugung sind, dass sie schon einmal durch Außerirdische entführt wurden. Beweise für solche Entführungen gibt es nicht. Ähnlich verhält es sich bei vermeintlich durch satanistische Sekten organisiertem

Missbrauch von Kindern. Zwar gibt es durchaus gelegentlich andere Straftaten, in denen ein Bezug zu okkulten Glaubensvorstellungen erkennbar wird, jedoch handelt es sich zumeist um Jugendkriminalität. Eine weitere Parallele zu den Berichten um eine Entführung durch Außerirdische besteht darin, dass sich die Schilderungen der vermeintlichen Opfer von satanischem Missbrauch stark an Bildern orientieren, die in den Filmstudios Hollywoods ersonnen wurden.

Unsichere Zeugenaussagen

In der ursprünglichen alttestamentarischen Überlieferung war Satan aber keineswegs der Bösewicht, wie er heute gern auf der Leinwand präsentiert wird, sondern eher ein übernatürliches Wesen, welches die Menschen im Auftrag Gottes prüfen und Sünder vor dem göttlichen Gericht anklagen sollte. Erst später flochten Christen ihn mit weiteren Figuren,

wie dem Wüstendämon Azazel oder dem Lichtbringer Luzifer zusammen und schufen so den Teufel. Okkultisten des frühen 20. Jahrhunderts bemühten sich um eine Neuinterpretation der biblischen Erzählung und interessierten sich für deren ursprüngliche Charaktere. Tatsächlich gab es hier mehrere Gruppen, die Satan und Luzifer kultisch verehrten. Allerdings sollte dies nicht platt im Sinne einer Vergötzung des Bösen, sondern vielmehr als Gegenentwurf zu den damals allzu rigiden Moralvorstellungen der etablierten christlichen Kirchen verstanden werden.

In diesen Zirkeln wurden daher zwar allerlei befremdliche sexualmagische Übungen praktiziert, ein Missbrauch von Kindern oder dessen ideologische Rechtfertigung gehörte dazu aber nicht. Im 9. Gebot der heute noch in den USA aktiven „Kirche Satans“ wird den Gläubigen stattdessen sogar ausdrücklich aufgetragen, keine kleinen Kinder zu verletzen.

Ein wichtiger Fakt ist zudem, dass die selbsterklärten Opfer eines rituellen Missbrauchs nie wirklich verwertbare Angaben machen. Häufig treten sie erst im mittleren Lebensalter an die Öffentlichkeit. Meist geben sie dabei an, dass eines oder beide ihrer Elternteile hierin verstrickt seien. Namen, Zeitpunkte, Orte oder nähere Tatumstände, die zumindest den Versuch einer Überprüfung des Behaupteten ermöglichen könnten, bleiben sie unter Verweis auf den Selbstschutz oder den Schutz Dritter schuldig.

Als Motiv für ihre Selbstoffenbarung geben sie an, zukünftige Taten verhindern zu wollen. Glaubhaft ist das alles nicht. Dabei sollte durchaus nicht vorschnell ausgeschlossen werden, dass die Betroffenen wirklich Missbrauchserfahrungen gemacht haben. Für satanisch inspirierte und rituell durchgeführte sexuelle Gewalt gibt es jedoch bislang keine ernst zu nehmenden Beweise.



Beflügeln düsterste Phantasien: „Satanistische“ Sekten und Riten (Symbolbild)

Foto: imago images/momentfoto Röhner

MISSBRAUCHSRINGE

Wenn Hollywood heimlich die Regie übernimmt

In der Debatte um Pädophilen-Verbrechen wird vieles durcheinandergewirbelt. Immer wieder kommen dabei auch sogenannte Satanisten in die Schusslinie

MEINUNGSKLIMA

Appell gegen die „gewalttätige Aufladung“

Nicht nur Uwe Tellkamp und Jörg Bernig üben Kritik an Ausgrenzung – Der Fall Maron ist bloß ein Beispiel

Dass sich der S. Fischer Verlag von seiner langjährigen Autorin Monika Maron trennt hat (die PAZ berichtete), ist sowohl in den Medien als auch im Kulturbetrieb vielfach mit Befremden aufgenommen worden. Dabei ist der Fall Maron nur ein weiteres Beispiel für ein immer drückenderes, einseitig-restriktives Meinungsklima, welches „falsche“ Ansichten auch handfest sanktioniert.

Grund für den Rauswurf war laut Fischer nicht, dass Maron einen Essayband in der „EXIL“-Reihe der „edition buchhaus loschwitz“ veröffentlicht hatte, sondern der Vertriebsweg dieser Bücher. Als alleinige Erklärung wirkt das wenig überzeugend. Die „Frankfurter Allgemeine“

moniert: „Diese Entscheidung ist unsouverän, maßlos und vielleicht auch unehrlich: Soll man es doch offen sagen, was einen stört.“ Die „Welt“ verweist auf das nun schwer beschädigte Renommee: „Nicht Marons Verhalten widerspricht Fischers Tradition als Haus von Thomas Mann, wie das Haus glaubt, der Hinauswurf aus politischen Gründen befleckt die Geschichte dieses einstmaligen liberalen Verlages.“ Ähnlich der Autor Klaus-Rüdiger Mai: „Monika Maron muss den Rauschmiss erdulden, doch Fischer muss mit ihm leben. Er geht in seine Verlagsgeschichte ein.“

Die Schriftsteller Uwe Tellkamp und Jörg Bernig haben unter der Überschrift

„In großer Sorge“ eine gemeinsame Stellungnahme verfasst. Tellkamp ist vor allem bekannt durch seinen Roman „Der Turm“, Bernig war im Mai dieses Jahres regulär zum Kulturamtschef von Radebeul gewählt worden, aber nach Protesten von „Kulturschaffenden“ wurde die Position dann anderweitig besetzt.

Alles Nichtlinke unter Verdacht

Ausgehend vom Fall Maron verwahren sich Tellkamp und Bernig dagegen, dass die „edition buchhaus loschwitz“, welche von der Buchhändlerin Susanne Dagen verantwortet wird, sowie ihre Buchhandlung und das angeschlossene „Kulturhaus“ als „Ort (neu)rechten Denkens

stigmatisiert“ würden, einzig aufgrund der Tatsache, dass „Dagen sich einer Festlegung auf ein irgendwie links geartetes Denken entzieht und stattdessen einen Ort bietet, der für alle offen ist“.

Die Autoren beklagen, nicht zuletzt aufgrund eigener Erfahrungen, „eine Verwahrlosung und gewalttätige Aufladung der Berichterstattung und Kommentierung“, sobald über Menschen geschrieben werde, „die sich kritisch zu problematischen Entwicklungen in diesem Land äußern – sei das zu Fragen der Meinungsfreiheit, der Verquickung von Politik und Medien, der Migrationspolitik, der Erscheinung des Islam in unserer Gesellschaft oder der Beschneidung

verfassungsmäßig festgeschriebener Freiheiten“.

Sie fragen, welchen Folgeschritt die entsprechenden verbalen Attacken vorbereiten sollen. Die beiden Schriftsteller plädieren nachdrücklich dafür, dass man sich auf Streit und Diskussion einlassen solle, Diffamierung, Denunzierung und Ausgrenzung jedoch eine klare Absage zu erteilen sei. Sie schließen: „In großer Sorge um die Entwicklung in unserem Land rufen wir zu Mäßigung im Umgang miteinander auf.“ Das Verhalten des S. Fischer Verlages gegenüber Monika Maron macht deutlich, wie dringend notwendig es ist, einem derartigen Appell Gehör zu verschaffen. Erik Lommatzsch

NOVELLE DES ABTREIBUNGSGESETZES

„Beerdigung der Frauenrechte“

Eine Welle der Wut ergreift die polnische Bevölkerung – Demonstrationen auch in Südostpreußen

Abtreibung ist eines der Themen, die gesellschaftliche Meinungsgegensätze verschärfen und glühende Emotionen auslösen. Nach dem Gesetz war eine Abtreibung bis jetzt möglich, wenn das Kind infolge von Vergewaltigung oder Inzest gezeugt wurde, das Leben einer Frau in Gefahr war oder Gynäkologen diagnostizierten, dass der Fötus schwere Defekte oder eine unheilbare Krankheit haben könnte.

Das polnische Verfassungsgericht, das in einer tiefen Justizkrise steckt und dem vorgeworfen wird, es sei politisiert, hat Ende Oktober einen Schwangerschaftsabbruch bei Fehlbildung des Fötus für verfassungswidrig erklärt, da solche Schwangerschaftsabbrüche gegen den von der Verfassung garantierten Schutz des Lebens verstießen. Das bedeutet ein faktisches Verbot von Abtreibungen in Polen, da 98 Prozent der legalen Abtreibungen Missbildungen des Fötus betreffen.

Menschenrechtsaktivisten und die polnische Opposition kritisierten das Urteil. Der frühere polnische Ministerpräsident Donald Tusk äußerte sich kritisch: „Das Thema Abtreibung und die Entscheidung eines Pseudo-Gerichts inmitten der grassierenden Pandemie auf die Agenda zu bringen, ist mehr als zynisch.“

Auch in Ostpreußen, unter anderem in den Städten Allenstein, Osterode, Bartenstein, Lyck, Lötzen, Neidenburg, Neustadt, Treuburg, Osterode, Johannsburg und Elbing, gab es eine Lawine von Protesten. Am Freitag, dem 24. Oktober, versammelten sich in Allenstein mehrere hundert Menschen vor dem Sitz der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS), um ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck zu bringen. Die Teilnehmer der Versammlung hatten Grablichter dabei, aber auch Schilder mit Parolen wie „Meine Gebärmutter ist unpolitisch“, „Das ist Krieg“, „Beerdigung der Frauenrechte“, „ich bin kein Inkubator“ oder „Polen ist eine Hölle für Frauen“. Die Grablichter wurden vor den Eingang der Büros der



„Das ist Krieg“ – auch im südlichen Ostpreußen kam es vielerorts zu Massenprotesten: Demonstration gegen die Änderung des Abtreibungsgesetzes in Allenstein Foto: D.K.

jenigen Politiker gestellt, denen man die Schuld für die Verschärfung des umstrittenen Gesetzes zuweist.

Tausende gingen auf die Straße

Vor Ort waren auch uniformierte Polizisten, die die Teilnehmer darüber informierten, dass die Demonstration nicht den geltenden Vorschriften entspreche, wegen der Pandemie eine Bedrohung darstelle und aufgelöst werden müsse. Als dies nicht gelang, griffen die Beamten ein und ergriffen Demonstranten, die sich der Verpflichtung zum Tragen des Mund-Nasen-Schutzes im öffentlichen Raum widersetzen.

Hervorzuheben ist, dass die Versammlung trotz einer angespannten Atmosphäre friedlich zu Ende ging. Die Proteste, die sich über das ganze Land ausbreiteten, gingen am Sonntag weiter. Aktivisten betrat Kirchen mit Protest-Schildern, störten Gottesdienste und forderten die Legalisierung der Abtreibung. Sie skandierten auch anti-klerikale Slogans. Es gab viele Vorfälle, die mit einem Polizeieinsatz endeten.

In Allenstein kam es auch zu Demonstrationen gegen eine Verschärfung des Abtreibungsgesetzes. Rund um die St. Jakobus-Kirche und die Erzdiözese Ermland fand am Sonntag am frühen Nachmittag

ein Protest-Spaziergang statt, an dem etwa 400 Menschen teilnahmen. Nach dem Ende der heiligen Messe begaben sich einige Protestler spontan vor das Büro von Politikern der Regierungspartei. Dort zündeten sie erneut Grablichter an, die symbolisieren sollten, dass das Urteil des Verfassungsgerichts gegen die Menschenrechte von Frauen verstoße.

Abtreibung war ab 1956 in Polen legal. 1993 wurde nach einer Kampagne der katholischen Kirche ein restriktives Abtreibungsgesetz eingeführt. Diesem zufolge war Abtreibung nur in drei Fällen erlaubt: die Schwangerschaft stellt eine Gefahr für das Leben der schwangeren Frau dar; pränatale Untersuchungen weisen auf eine schwere und irreversible Schädigung des Fötus oder einer unheilbaren Krankheit hin, die sein Leben bedroht; die Schwangerschaft ist auf Inzest oder Vergewaltigung zurückzuführen.

Schärfste Regelung in Europa

Mit dem Gesetz vom 1993 hatte Polen eines der striktesten Abtreibungsgesetze in Europa. Offiziell registrieren die Behörden jährlich über 1000 Abtreibungen. Laut Frauenrechtlerinnen liegt die tatsächliche Zahl jedoch bei mindestens 150.000. Zehntausende Polinnen treiben illegal zu Hause ab oder fahren zur Abtreibung ins Ausland.

Die Regierungspartei PiS setzt sich seit Jahren für eine Verschärfung des Abtreibungsrechts in Polen ein. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes sind Schwangerschaftsabbrüche nur noch möglich, wenn das Leben der Schwangeren unmittelbar bedroht ist oder sie in Folge einer Vergewaltigung oder durch Inzest schwanger geworden sind. Die Aktivistin Kaja Godek will zusammen mit katholischen Kreisen Abtreibung aber vollständig verbieten. Ein entsprechendes Gesetz lehnte das Parlament zum ersten Mal 2015 ab. 2016 erfolgte ein erneuter Versuch, der nach Protesten Hunderttausender Frauen in ganz Polen im Oktober 2016 erneut durchfiel.

Dawid Kazański/Edyta Gładkowska

MELDUNGEN

Kapelle wurde saniert

Packhausen – Die Kapelle in Packhausen, Gemeinde Mehlsack, erstrahlt wieder in ihrem früheren Glanz. Die ermländische Kapelle aus dem 19. Jahrhundert ist nicht nur aus historischer Sicht bedeutend, sondern auch aus kultureller. Vor 1991 wurde in der Kapelle Religionsunterricht für Kinder durchgeführt. Dank des Engagements der Einwohner und durch die Förderung seitens der Gemeinde konnte die Kapelle nun von Grund auf saniert werden. Erneuert wurden das Dach und die Fenster, der Innenraum erhielt einen neuen Anstrich. Daneben wurden Sicherheitsarbeiten vorgenommen. Die Außentür wurde renoviert. Die Instandsetzung der Kapelle kostete umgerechnet etwa 2600 Euro, wovon die Einwohner durch Spendensammeln etwa 430 Euro beitrugen. Den Rest übernahm die Gemeinde Mehlsack. Für die Kapelle spendete Daniel Ratz, ein Künstler aus Plock, jetzt wohnhaft in Groß Körpen, eines seiner Bilder. Auf dem Gebiet der Gemeinde Mehlsack befinden sich insgesamt 120 Kapellen. PAZ

Kläranlage modernisiert

Neuendorf – Der Umbau und die Modernisierung der Kläranlage in Neuendorf, Kreis Lyck, ist beendet. Die Anlage gehört zum Wasserleitungs- und Kanal-Unternehmen des Orts. Bei dem Umbau wurde ein Teil der technischen Einrichtung erneuert, wobei diese auf die neueste Technologie umgerüstet wurde. Im ersten Bauabschnitt wurde das gesamte Objekt zunächst abgedichtet, und danach wurden neue Filter zur Vermeidung von Geruchsbildung eingebaut. Ebenfalls wurde ein neuer Rückhaltebehälter montiert, mit dessen Hilfe mehr Biogas produziert werden kann. Das Biogas versorgt die gesamte Kläranlage mit Energie. PAZ

CORONA-PANDEMIE

Memel unter Quarantäne

Erstmals seit Beginn des Seuchenausbruchs: Große Teile Litauens wurden zum Risikogebiet erklärt

In den baltischen Staaten ist die Corona-Pandemie erst mit der zweiten Welle im September richtig angekommen. Erstmals wurden in der Republik Litauen Ende Oktober mit einem rasanten Anstieg der Infektionszahlen die Bezirke Kaunas, Memel, Marijampolė und Wilna als Risikogebiete eingestuft. Die Stadt und der Landkreis Memel gehören seitdem zur roten Hochrisikozone mit um die 150 Infektionen pro Tag, das entspricht einem Wert von 210 pro 100.000 Einwohner.

Mundschutz auch auf der Straße

Um die Ausbreitung von Covid-19 zu kontrollieren, ist seit vorletztem Mittwoch im gesamten Memelland ein Quarantäneregime in Kraft. Alle Personen über sechs Jahren müssen auch auf der Straße eine Maske tragen. Es muss mit Einschränkungen beim Zugang zu Kultur-, Freizeit-, Unterhaltungs- und Sport-

einrichtungen gerechnet werden, Schulen und Arbeitsstätten bleiben vorerst geöffnet. Die Grenzen zu Weißrussland und dem Königsberger Gebiet sind bereits seit dem 3. April für Privatpersonen geschlossen.

Nachdem Litauen einen weiteren neuen Rekord und die Zahl der Coronavirus-Fälle pro Tag 1000 erreicht hatte, verkündete Raimundas Grigaliūnas, der Leiter der Gesundheitsämtes in Memel, dass die Stadt bereits den litauischen Durchschnitt überschritten habe. Corona-Stationen gibt es im Landkreis Memel laut Epidemiologen im staatlichen Krankenhaus, im Polanger-Rehabilitationskrankenhaus, im Universitätskrankenhaus, im Krankenhaus von Heydekrug und in der litauischen Vereinigung für die Versorgung von Menschen mit geistigen Behinderungen „Klaipėdos Viltis“. „Die Situation in Memel ist ziemlich kompli-

ziert, da die Zahl der Patienten wächst. Insgesamt haben wir jetzt 52 Patienten mit dem Coronavirus“, sagte der Leiter

1000

Corona-Fälle täglich bestätigte Raimundas Gīgalīūnas, der Leiter des Gesundheitsamtes in Memel. Damit zählt Litauen einen neuen Rekord Infizierter

des Universitätsklinikums, Vinsas Janušonis. Laut dem Chefarzt hat das Universitätsklinikum die Möglichkeit, etwa 150 bis 160 Patienten aufzunehmen. In der Hafenstadt gibt es fast 40 Corona-

Hotspots. Es handelt sich vor allem um Lehr-, Bildungs-, und Kinderbetreuungseinrichtungen, das Gymnasium „Vytautas Magnus“, den Schulkindergarten „Saulutė“, das Progymnasium „Simonas Dachas“ und den Kindergarten „Beržydė“.

Im städtischen Krankenhaus wurden neun Corona-Fälle bestätigt, sowohl unter den Angestellten als auch unter dem Patienten. Ein weiterer Schwerpunkt waren Mitarbeiter der Maxima-Einzelhandelskette. Außerdem wurden im Landkreis Memel Fälle von Covid-19-Infektionen registriert, die mit Ausbrüchen in der Gemeindeverwaltung von Heydekrug zusammenhängen. Ebenfalls im Landkreis Memel wurden Corona-Fälle in folgenden Unternehmen registriert: West Baltic Werft, Litauische Eisenbahnen, Klaipėdos Baldai und Western Cargo.

Dadurch, dass der benachbarte Kreis Polangen mit seinen vielen Seebädern

keine rote Zone ist, sondern noch gelb, hat sich dort in den schönen Herbsttagen ein wahrer Urlauberboom eingestellt, während in Memel und auf der Nehrung viele der großen Hotels fast leer stehen.

Touristenboom in Polangen

Ein weiterer Grund hierfür war auch die Absage des sehr populären Kürbisfestivals von Memel im Oktober. Aber dies dürfte nur ein vorübergehender Effekt sein. Auch aus dem benachbarten lettischen Libau, ebenfalls rote Zone, zieht es jetzt viele Tagesausflügler nach Polangen. Bald wird auch Polangen zur roten Zone erklärt werden, und es droht bei weiter steigenden Zahlen ein neuer Lockdown im ganzen Land wie im März. Damals reichten drei Infektionen, um das ganze Land lahmzulegen. Jetzt zählt Litauen 15.000 Infektionen und bereits 165 Corona-Tote.

Bodo Bost

Wir gratulieren...



ZUM 103. GEBURTSTAG

Engelke, Liesbeth, geb. Loesch, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 10. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Marzischewski, Grete, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 11. November
Nowatzki, Marta, geb. Gardiowski, aus Langheide, Kreis Lyck, am 12. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Pahl, Erika, geb. Drummer, aus Prostken, Kreis Lyck, am 10. November
Richter, Christiane, Kreismgemeinschaft Wehlau, am 7. November
Riechey, Hella, geb. Ragozat, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. November
Tiska, Rüdiger, aus Zollernhöhe, Kreis Sensburg, am 5. November
Wuttke, Ilse, geb. Koschul, aus Kiefernheide, Kreis Lyck, am 10. November

ZUM 96. GEBURTSTAG

Bock, Dora, geb. Wenskus, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 6. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Balzer, Hedwig, aus Langsee, Kreis Lyck, am 6. November
Engmann, Günther, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 6. November
Ennulat, Eva, geb. Till, aus Tapien, Kreis Wehlau, am 6. November
Hollo, Käthe, geb. Naschinski, aus Waiselhöhe, Kreis Neidenburg,

am 11. November
Karasch, Waltraut, geb. Konopka, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 11. November
Schacht, Elli, geb. Faeckenstedt, aus Willkischken, am 7. November
Weimer, Frieda, geb. Hoffmeister, aus Kallen, Kreis Fischhausen, am 7. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Betker, Gertrud, geb. Sütterlin, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 10. November
Böttcher, Gerda, geb. Spang, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 10. November
Bröhan, Edith, geb. Nötzel, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 10. November
Herfer, Manfred, aus Lyck, am 8. November
Honnacker, Irmgard, geb. Zielasko, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 10. November
Jäkel, Marta, geb. Lork, aus Nios-toy, Kreis Neidenburg, am 11. November
Piotrowski, Irene, geb. Hintz, aus Strobjehnen, Kreis Fischhausen, am 10. November
Ruschke, Ada, geb. Hoffmann, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 7. November

ANZEIGE
Sonderzugreisen nach
Masuren - Königsberg - Danzig
Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

ZUM 93. GEBURTSTAG

Brandt, Ruth, geb. Schmerberg, aus Haselau, Kreis Heiligenbeil, am 10. November
Brutscher, Edith, geb. Christochowitz, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 10. November
Ermel, Helgard, geb. Kunter, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 12. November
Kerstan, Waltraut, geb. Nowotka, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 9. November

Zimmel, Adalbert, aus Rehwalde, Kreis Elchniederung, am 8. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Griga, Helmut, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. November
Kirchhoff, Edith, geb. Rettkowski, aus Browina, Kreis Neidenburg, am 12. November
Ollech, Paul, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 8. November
Petersen, Edith, geb. Zakrzewski, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 6. November
Steinert, Eva, geb. Kroppeit, aus Neumühl, Kreis Wehlau, am 10. November
Stoll, Friedrich, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 10. November
Tiska, Luzie, geb. Reh, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 12. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Babel, Kurt, aus Gauleiden, Kreis Wehlau, am 7. November
Blankenhein, Irene, geb. Wosylus, aus Heydekrug, Kreis Wehlau, am 10. November
Buddruss, Georg, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 11. November
Dibowski, Siegfried, aus Lindendorf, Kreis Ortelsburg, am 7. November
Gillert, Margarete, aus Neidenburg, am 9. November
Löffelholz, Ella, geb. Ott, aus Prostken, Kreis Lyck, am 11. November
Nowack, Erika, geb. Bahlo, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 7. November
Schäfer, Werner, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 10. November
Simon, Gerda, geb. Bolz, aus Schakendorf, Kreis Elchniederung, am 12. November
Taruttis, Kurt, aus Skören, Kreis Elchniederung, am 12. November

Werner, Erna, geb. Noetzel, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 10. November
Wiegand, Ruthild, geb. Gimbot, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 11. November

ANZEIGE

Wendelin Schlosser
„Die Deutschen unter
dem Damoklesschwert“
August von Goethe Literaturverlag;
ISBN: 978-3-8372-2220-3
314 Seiten, € 18,80

ZUM 90. GEBURTSTAG

Becker, Hella, geb. Alex, aus Klein Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 6. November
Biesel, Christa, geb. Legien, aus Zimmerbude, Kreis Fischhausen, am 6. November
Blessing, Gertraud, geb. Kiparski, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, am 6. November
Daebel, Erich, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 6. November
Heynemann, Brigitte, geb. Schorby, aus Lyck, Danziger Straße 37, am 10. November
Huhn, Werner, aus Preußisch Eylau, am 9. November
Kaufmann, Hannelore, geb. Weichert, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 6. November
Klimaschewski, Siegfried, aus Seliggen, Kreis Lyck, am 10. November
Krüger, Ulrich, aus Freudenfeld, Kreis Wehlau, am 7. November
Mittelstädt, Elfriede, geb. Brodowski, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 6. November
Muhsal, Ruth, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 11. November
Nowak, Gertrud, geb. Laskowski, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 12. November
Pirk, Ursula, geb. Schirmacher, aus Oschekau Gut, Kreis Neidenburg, am 12. November
Przyborowski, Edeltraut, geb. Dziadek, aus Plötzendorf, Kreis

Lyck, am 9. November
Sadowski, Ewald, aus Rostken, Kreis Lyck, am 11. November
Voelker, Inge, geb. Lengwenus, aus Görritten, Kreis Ebenrode, am 6. November
Weituschat, Bruno, aus Lenzen-dorf, Kreis Lyck, am 7. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bäßler, Brigitte, geb. Rudzinski, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 6. November
Fortak, Gertraud, geb. Schühler, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 12. November
Giermann, Ursula, geb. Schubert, aus Koschainen, Kreis Mohrun-gen, am 6. November
Hawrylak, Ruth, geb. Klossek, aus Wehrberg, Kreis Ortelsburg, am 8. November
Heske, Rudi, aus Windkeim/Klein Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 12. November
Kellner, Sieghart, aus Lyck, am 8. November
Kiwitt, Helga, geb. Zielke, aus Lyck, am 12. November
Leichtfeld, Christel, geb. Jeglinski, aus Lyck, am 12. November
Meixner, Lieselotte, geb. Pietzenuk, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 7. November
Michalik, Hedwig, geb. Pestkowski, aus Kallisten, Kreis Mohrun-gen, am 10. November
Noetzel, Gerhard, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. November

Olias, Walter, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 7. November
Pauleit, Gerhard, aus Hochdünen, Kreis Elchniederung, am 12. November
Ruthe, Hildegard, geb. Kryzkowski, aus Oschekau, Kreis Neidenburg, am 11. November
Schories, Irmgard, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 12. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Duschau, Eva, geb. Sakautzki, aus Skuldeinen, Kreis Elchniederung, am 8. November
Grünke, Dagmar, geb. Poppek, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Grunau, Wolfgang, aus Landsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 11. November
Richert, Gerda, geb. Lamotke, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 9. November
Salewski, Siegfried, aus Plautzig, Kreis Allenstein, am 11. November
Solenski, Martin, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 12. November
Taday, Edwin, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 9. November
Totzeck, Renate, geb. Bertsch, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 6. November
Von Twickel, Irmhilt, aus Danzig, am 9. November
Weinmeister, Renate, geb. Jewowski, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 8. November

Zusendungen für die Ausgabe 47/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 47/2020 (Erstverkaufstag 20. November) bis spätestens Dienstag, den 10. November 2020, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: renker@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Berlin
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch,
Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bl.n.de, Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr. Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.
Internet: www.ostpreussen-berlin.de

- **Bartenstein** – Anfragen für gemeinsame Treffen: Elfi Fortange, Tel: 030/494 44 04
- **Königsberg** – 12. November 2020 Beginn 13.00 Uhr, Lokal „Alte Ziegenweide“, Priesterweg 25 / S-Bahn Priesterweg 12157 Berlin, Anfragen: Elfi Fortange, Tel: 030/494 444 04



Hessen
Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Ausstellung im Haus der Heimat Wiesbaden – Eine Ausstellung über Essen und Trinken, Identität und Integration der Deutschen des östlichen Europas.

Die Ausstellung befasst sich mit dem breiten Thema Essen und Trinken, Alltag, Identität und Integration. Es geht um die Lebenswirklichkeit der Flüchtlinge nach 1945 sowie der Aussiedler in späteren Jahren. Die Ausstellung wirft einen Blick auf die Hungerjahre in der Nachkriegszeit wie auch auf die Überflusgesellschaft, auf welche die Spätaussiedler anfangs trafen.

Ausstellungstermin: 21. Oktober bis 4. Dezember 2020, Öffnungszeiten: mittwochs und donnerstags von 10–17 Uhr, freitags von 10–14 Uhr. Der Eintritt ist frei.



Niedersachsen
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131) 7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822) 5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Oldenburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg muss ihre Veranstaltung am 11. November 2020 (Film über die Hindenburg-Kaserne; Flüchtlingslager nach dem Zweiten Weltkrieg) im Stadthotel Eversten absagen.



Nordrhein-Westfalen
Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037. Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Düren – Der Heimatabend der Landsmannschaft Ost-Westpreußen Kreisgruppe Düren, geplant für den Mittwoch, den 04. November, wird wegen verstärkter Corona-Pandemie bis auf weiteres abgesagt.
 Der Vorstand



Schleswig-Holstein
Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Schwarzenbek - Einige Jahre habe ich nach dem Verbleib meines Onkels Hugo Peters, dem 1890 geborenen älteren Bruder meiner Mutter geforscht. Ich wusste nur, dass er zu Beginn der Tannenbergschlacht in Ostpreußen gefallen war. Ich habe Verlust- und kirchliche Sterbelisten durchforscht.

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge konnte nicht weiterhelfen. Einige Ehrenfriedhöfe in Ostpreußen habe ich besucht. Vergebens. Aufgrund meiner Nachforschungen wurde er in das Gedenk-buch der Kriegsgräberstätte Bartossen in Ostpreußen eingetragen. Durch meine Tätigkeit in der Ost-preußischen Landesvertretung bin ich nun über die Hoerner Bank fündig geworden.

Aus deren Unterlagen erhielt ich die Sterbeurkunde meines Onkels. Er fiel bei einem siegreichen Gefecht der deutschen Truppen in Mühlen am Bahnhof im Kreis Osterode am 28. August 1914.

Peter Gerigk

Erzähl-Café über die ersten Jahre nach dem Krieg

Elmshorn – Leider steht Heinz Oertel (103) aus Bönningstedt aus gesundheitlichen Gründen nicht als Referent für die Vortragsveranstaltung des Elmshorner Mehr- generationenhauses „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ zur Verfügung. Trotzdem wird es am Nachmittag des 23. Novembers 2020 ab 15 Uhr um die ersten Jahre nach dem 2. Weltkrieg gehen: in einem „Erzähl-Café“ nämlich mit Zeitzeugen – unter anderem mit Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt.

Bei diesem Erzähl-Café geht es in erster Linie um Berichte der Gäste über ihre Nachkriegserfahrungen und um die gemeinsame Unterhaltung darüber. Neufeldt: „Wir nehmen für dieses Erzähl-Café keinen Eintritt, sondern nur eine Kostenbeteiligung von 5 Euro für Kaffee und Kuchen.“ Wie alle Veranstaltungen des „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ findet auch dieses Treffen unter Berücksichtigung der aktuellen Corona-Bestimmungen statt.

Nähere Informationen und Anmeldung beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn. Ruf: 04121/89710; E-Mail: buero@dittchenbuehne.de



Weihnachtsgrüße mit einer Anzeige.

23.11. Annahmeschluss!

Bitte füllen Sie das Anzeigenformular mit Ihrem persönlichen Gruß aus und bezahlen Sie später erst nach Rechnungserhalt!

- Kleine Grußanzeige zum Sonderpreis von **20,-€** (inkl. 19% Mwst.)
- Große Grußanzeige zum Sonderpreis von **30,-€** (inkl. 19% Mwst.)

Kleine Grußanzeige [] Große Grußanzeige

Ihr Name: _____
 Straße: _____
 PLZ/Ort: _____
 Telefon: _____

Bitte ausfüllen, ausschneiden und einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung (Anzeigenabteilung)
 Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
 E-Mail: anzeigen@paz.de
 Fax an: 040/41400850

PAZ wirkt!

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Trotz der Corona-Krise sind für die zweite Jahreshälfte folgende Veranstaltungen geplant: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

- 6. November:** Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)
- 7./8. November:** Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
- 8. bis 11. November:** Kulturhistorisches Seminar in Helmsstedt

Wegen der Corona-Pandemie kann es zu Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Bitte vormerken für 2021: Jahrestreffen der Ostpreußen, 5. Juni 2021, CongressPark Wolfsburg

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrid Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten. Telefon: (040) 41 40 08 - 34 E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de Telefonische Erreichbarkeit: Dienstag-Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

Heimatkreisgemeinschaften

Ausflüge führten uns auch in die Umgebung von Lyck. In Bartosen und Thalussen besuchten wir Soldatenfriedhöfe aus dem 1. und 2. Weltkrieg.

Inzwischen waren unsere Geld- und Sachspenden in Schloßberg angekommen. Unsere sehr zuverlässige Sozialarbeiterin Vera, die sich um bedürftige Senioren kümmert, hatte alles an die vorgesehenen Empfänger verteilt. Dafür danken wir ihr sehr.

Auf dem Rückweg konnten wir noch an verschiedenen Orten die Landschaft Masurens genießen.

Desweiteren besuchten wir noch Leba und das Ostseebad Kolberg.

Bedanken möchte ich mich bei allen, die uns mit Geld- und Sachspenden unterstützt haben, be-

sonders Elfriede Beer, Ulrich Sielmann und Irmgard Heise.

Norbert Schattauer
Kreisgemeinschaft Schloßberg



Kreisvertreter: Uwe Koch, Schobüllerstraße 61, 25813 Husum. Telefon (04841) 663640.
Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840.
Internet: www.kreis-wehlau.de

Leider müssen wir Ihnen mitteilen, dass unsere Mitgliederversammlung, die zuletzt als für Mitglieder offene Vorstandssitzung

für den 01. Dezember 2020 angekündigt war, wegen der Corona-Pandemie ausfallen muss. Die nächste Mitgliederversammlung ist für Mittwoch, den 16. Juni 2021, in Bassum geplant. Einladungen werden im Heimatbrief und in der PAZ veröffentlicht.



Neue Ausstellung Ausstellungseröffnung des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen im polnischen Johann Gottfried Herder-Museum in Mohrungen. Foto: KG Mohrungen

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem

auf der Webseite der Landsmannschaft - www.ostpreussen.de - herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:

Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de.



Bartenstein um 1930 Die Postkarte in der seltenen Technik der Steindruck-Kunst zeigt den 60 Kilometer von Allenstein entfernten Ort Bartenstein an der Alle. Es handelt sich um ein Erzeugnis des Verlags Joh. Hans Neumann Foto: Sammlung Evgeny Dvoretzki

ANZEIGE

Die Heimatkreisgemeinschaft Landkreis Königsberg (Pr) e.V. trauert um

Carl Mückenberger
aus Stangau
* 24. Juli 1931 † 22. Oktober 2020
in Preußisch-Thierau in Rösrath

Carl Mückenberger übte als langjähriges Mitglied des Kreisausschusses das Amt des Schatzmeisters, des stellvertretenden Vorsitzenden und des Geschäftsführers aus. Dafür und für seinen besonderen Einsatz für das Samland-Museum in Minden ehrte ihn die Landsmannschaft Ostpreußen mit dem Goldenen Ehrenzeichen.

In dankbarer Erinnerung
Dr. Bärbel Beutner Kreisvertreterin
Barbara Dörr Stellvertretende Kreisvertreterin

Der richtige Weg, anderen vom Tode eines lieben Menschen Kenntnis zu geben, ist eine Traueranzeige.

Preußische Allgemeine Zeitung
Das Ostpreußenblatt
Buchtstraße 4 · 22087 Hamburg
Telefon 0 40 / 41 40 08 32 · Fax 0 40 / 41 40 08 50
www.paz.de

Und meine Seele spannt jetzt weit ihre Flügel aus, fliegt durch die stillen Lande – nach Haus.

Ein langes Leben ist zu Ende. Familie, Freunde, Arbeit, Reisen und die unvergessene Heimat waren die Inhalte. Nun kann sie wieder mit den vor ihr Gegangenen Zeit und Erinnerungen teilen.

Erika Joswich
* 24. 7. 1925 † 13. 10. 2020

Wir bleiben traurig, aber dankbar zurück.
Andrea und Harald
Sabine und Torsten
Merlin, Elias und Finia

Andrea Joswich-Neumann, Nordmannzeile 6, 12157 Berlin

In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Carl Mückenberger
* 24. Juli 1931 † 22. Oktober 2020
in Preußisch Thierau in Rösrath
Kreis Heiligenbeil

Der Verstorbene war Träger des Goldenen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Hans-Jörg Froese Stellv. Sprecher
Stephan Grigat Sprecher
Friedrich-Wilhelm Böld Schatzmeister

PAZ wirkt!

Mögest Du, wohin Du gehst, einen neuen Garten vorfinden, noch unbestellt, wo Du mit beiden Armen anpackst, der Ahnen gedenkst und den Pflanzen Liebe schenkst, damit alles bereit ist, wenn wir nachkommen.
Oliver Steinkamp

In Liebe und tiefer Dankbarkeit für viele glückliche gemeinsame Jahre nehmen wir Abschied von meinem lieben Ehemann, unserem Vater, Schwiegervater, Opa, Bruder, Schwager, Onkel und Cousin

Carl Mückenberger
* 24. Juli 1931 † 22. Oktober 2020
in Preußisch Thierau in Rösrath

Karoline Mückenberger, geb. Wiese
Arnd und Sabine mit Benedikt, Leonhard und Sophie
Kira und Marko mit Philian und Thorin
und alle Anverwandten

Traueranschrift: Kira Mückenberger, Gerottener Weg 1d, 51503 Rösrath
Die Trauerfeier hat am Montag, 2. November 2020, um 13.00 Uhr in der Friedhofskapelle in Holzhausen II stattgefunden. (Glockenweg, 32479 Hille)
Anstelle freundlich zugedachter Blumen bitten wir um eine Spende für den Förderverein Wöllner-Stift e. V., Kreissparkasse Köln, IBAN: DE21 3705 0299 0326 5548 03, Stichwort: Carl Mückenberger

DER ECHETE JAMES BOND

Der Spion, der in Warschau lebte

Wissenschaftler entdeckten kürzlich eine Fallakte aus den 1960er Jahren – Einsatz auch in Allenstein

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wer kennt ihn nicht: Den smarten Geheimagenten seiner Majestät der Queen mit der Nummer 007 und der Lizenz zum Töten – in mittlerweile schon 24 Filmen mehr oder weniger glaubwürdig verkörpert von Schauspielern wie Sean Connery, Roger Moore, Pierce Brosnan und Daniel Craig. Wegen der Corona-Krise musste der Filmtart des 25. James-Bond-Films „Keine Zeit zu sterben“ zuletzt verschoben werden.

James Bond galt bisher stets nur als Phantasiemotiv, kreiert von dem britischen Schriftsteller Ian Fleming, der im Zweiten Weltkrieg selbst eine Zeit lang Angehöriger des Marinegeheimdienstes Naval Intelligence Department gewesen war.

Doch offenbar gab es auch einen realen Spion namens James Bond, wie jetzt die britische Zeitung „Daily Mail“ unter Berufung auf die Aussagen von Wissenschaftlern vom polnischen Instytut Pamięci Narodowej (IPN, Institut für Nationales Gedenken) berichtet. Dem IPN obliegt neben der Aufklärung der stalinistischen Verbrechen auch die Auswertung der Aktenbestände der kommunistischen polnischen Nachrichtendienste Ministerstwo Bezpieczeństwa Publicznego (Ministerium für Öffentliche Sicherheit) und Służba Bezpieczeństwa (SB, Sicherheitsdienst) sowie der Spionageabwehr-Abteilung II des Ministerstwo Spraw Wewnętrznych (MSW, Ministerium für Inneres). Und in den MSW-Unterlagen fanden Mitarbeiter des IPN kürzlich die 1964 angelegte Fallakte über einen britischen Geheimagenten, dem seine polnischen Gegenspieler den Codenamen „Samerk“ gegeben hatten.



Wie der am vergangenen Wochenende verstorbene James Bond-Darsteller Sean Connery (o.) im Film umgab der echte MI6-Agent sich gerne mit schönen Frauen: Karteikarte des in Polen tätigen Agenten James Albert Bond (r.)

Hierbei handelte es sich um James Albert Bond, der angeblich am 20. Januar 1928 in Bideford im Distrikt Torridge der südwestenglischen Grafschaft Devon geboren worden war. Dieser echte James Bond arbeitete wie der von Fleming edachte für den britischen Auslandsgeheimdienst Secret Intelligence Service, auch bekannt als MI6 oder Military Intelligence, Section 6. Seine Aufgabe bestand darin, in besonders geheime polnische Militärobjekte einzudringen. Dazu zählen

1965

Aufgeflogen Als der Agent entdeckte, dass er unter Beobachtung der Gegenspionage stand, verließ er die Volksrepublik Polen

sicher auch die massiven Betonbunker in abgelegenen Waldgebieten, in denen die UdSSR im Einvernehmen mit der Militärführung der Volksrepublik Polen ab den 1960er Jahren taktische Nuklearsprengköpfe des Typs 3N14 lagerte.

Bond traf am 18. Februar 1964 in Warschau ein und bezog in der Ulica Obrońców Quartier – offiziell in der Funktion eines Sekretärs des Militärattachés der britischen Botschaft. Diese wenig einfallreiche Tarnung flog jedoch

sehr bald auf. Danach wurde der Agent kontinuierlich beobachtet. Dabei kam zunächst heraus, dass er sich – gleich seinem fiktiven Namensvetter – sehr für attraktive Frauen interessierte, jedoch ansonsten ausgesprochen vorsichtig beziehungsweise zurückhaltend auftrat und keine verdächtigen Kontakte knüpfte.

Einem weiteren Bericht der MSW-Gegenspionage vom 20. März 1965 zufolge reiste er im Oktober 1964 zusammen mit zwei anderen Botschaftsmitarbeitern in die Region Białystok unweit der Grenze zur Sowjetunion, um dort militärische Anlagen auszuspionieren. Und im Monat darauf zog es den echten James Bond schließlich in den südlichen Teil Ostpreußens, der nun unter polnischer Verwaltung stand. Dabei galt seine Aufmerksamkeit vor allem dem Raum um Allenstein [Olsztyn]. Dort befand sich unter anderem ein Flugplatz der Luftstreitkräfte Polens.

Ende November erkannte Bond, dass er unter Beobachtung der Gegenspionage stand, und kehrte nach Warschau zurück. Kurz darauf, am 21. Januar 1965, also einen Tag nach seinem 37. Geburtstag, verließ der MI6-Agent die Volksrepublik. Welcher Auftrag danach auf ihn wartete, steht nicht in den Unterlagen des MSW – das schloss die Akte bald nach Bonds Ausreise. Möglicherweise endete seine geheimdienstliche Karriere mit dem Scheitern in Polen. Die geheimen Lager für Nuklearsprengköpfe fanden jedenfalls erst die Spionagesatelliten der USA. Diese wurden allerdings nicht in Ostpreußen fündig, sondern sehr viel weiter westlich in Podborsko [Kiefheide] und südlich von Jastrowie [Jastrow] in Hinterpommern sowie bei Tempel [Templewo] im Landkreis Oststernburg der preußischen Provinz Brandenburg.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

„Türöffner“ statt „böser Kreuzritter“

Andrzej Niśkiewicz arbeitet für die Deutsche Minderheit in Schneidemühl – Geburtstagsempfang für eine 95-Jährige in ihrer Heimat

„Was hätten die Architekten Paul Bonatz und Fritz Eugen Scholer gesagt, hätten sie gesehen, wie ihr Werk – das Regierungsgebäude in Schneidemühl [Piła] – über mehrere Jahrzehnte durch immer wieder neue Farbschichten verschandelt wurde?“, fragt Andrzej Niśkiewicz. Er ist unterwegs, um das sogenannte „Schneidemühler Schloss“, das heute als Polizeischule fungiert, nach der Sanierung der Fassade in Augenschein zu nehmen. „Schon allein die Größe des Gebäudes ist beeindruckend. Mehr als 80.000 Quadratmeter, vier Stockwerke, kilometerlange Korridore, mehrere hundert Räume mit einem klimatisierten Konferenzsaal, in dem drei Kristalleuchter und Wandfresken das Auge erfreuen“, so Niśkiewicz, der Schneidemühl-Besucher gerne zum Regierungsgebäude führt.

Er berichtet dann über das 1928 erbaute „Schloss“ auf dem einstigen Pferdemarkt, dem Danziger Platz [Plac Staszica]. „Zehn Jahre nach Kriegsende wurde es eingeweiht, da Schneidemühl nun die Hauptstadtfunktion der Grenzmark Posen-Westpreußen innehatte. Die bei Deutschland verbliebenen Randgebiete der alten Provinzen Posen und Westpreußen wurden in ihr zusammengefasst, ehe diese Versatzstücke 1938 Schlesien, Brandenburg und Pommern zugeschlagen wurden. Mit von der Partie war der damalige preußische Finanzminister Hermann Höpker-Aschoff,

und Radio Nordischer Rundfunk sendete live. Aus Potsdam kam ein Fernsehteam und drehte einen Beitrag für die Wochenschau“, berichtet er stolz.

Diesmal ist Niśkiewicz mit der 95-Jährigen Ursula Floess unterwegs. Die Schneidemühlerin lebt heute in Potsdam, aber wann immer sie kann, besucht sie ihre Heimatstadt. Früher war es bis zu fünf, sechs Mal im Jahr. Sie hatte nicht mehr geglaubt, das Regierungsgebäude noch einmal im alten Glanz zu sehen. Sie erzählt Niśkiewicz, dass sie aus ihrer Wohnung den Bau des Kolosses beobachten konnte. Die Unterhaltung der beiden ist mühsam, da Niśkiewicz nur wenig Deutsch spricht.

Obwohl sein Vater in Dortmund geboren wurde und seine Vorfahren mütterlicherseits aus Ostpreußen stammen, war ihre Sprache zu Hause Polnisch. Er ist in Culm [Chełmno] geboren, doch ab der Grundschulzeit wuchs er in Warschau auf. Dort studierte er auf einer Offiziershochschule. Er wusste aber, dass er als Deutschstämmiger keine Karriere beim polnischen Militär machen konnte, und wandte sich humanistischen Fächern zu. Ein Studium der Kulturpädagogik und Kommunikation ebnete ihm den Weg in die Erwachsenenbildung.

2003 verließ Niśkiewicz das Militär im Rang eines Majors und kam nach Schneidemühl. Dort nahm er Kontakt zur Organisation der Deutschen Minder-



Führung durch Schneidemühl: Andrzej Niśkiewicz (2. v.r.) zeigt seinen Gästen, wo in Nakel an der Netze vor dem Krieg die Germania stand

Foto: privat

heit auf. „Meine Tochter wollte unbedingt ein gutes Deutsch lernen, denn die Sprache machte ihr in der Schule Spaß. Da dachte ich, wo könnte sie es besser lernen, als von Deutschen selbst“, so Niśkiewicz.

Seine Tochter ist längst erwachsen, aber er blieb der deutschen Gemeinschaft treu und ist nun seit fast 20 Jahren Mitglied der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen in Schneidemühl. „Ich kannte Schneidemühl vorher nicht

und durch die deutsche Gesellschaft bin ich in diese Stadt hineingewachsen.“

Als hätte man auf einen wie ihn damals gewartet, wurde Niśkiewicz von Anfang an im Verband eingespannt: beim Organisieren von Veranstaltungen, bei der Erledigung von Behördengängen und beim Schreiben. Letzteres tut er besonders gerne: zum Beispiel für die „Zeitung der Deutschen in Polen“, das „Wochenblatt“, und für die Internetseite der Deutschen in Schneidemühl.

Genauso gerne betreibt er Landeskunde. So organisiert er jedes Jahr Studienreisen für die Mitglieder. Diese führen dann immer zu besonderen Kulturlandschaften des deutschen Ostens.

Für dieses Jahr stand eigentlich Elbing [Elbląg] auf dem Programm, doch die Pandemie hat ihm einen Strich durch die Rechnung gemacht. Untätig blieb Niśkiewicz nicht. „Ich wusste, dass Ursula Floess im Mai 95 Jahre alt wurde und allein stehend ist. So haben wir für sie eine Geburtstagsfeier in der Heimat organisiert. Wir holten sie mit dem Auto in Potsdam ab. Sie bekam eine Rundfahrt durch die Stadt, ich zeigte ihr das frisch renovierte Regierungsgebäude und im Sitz der Gesellschaft wartete eine Feier auf sie.“

Zur Party kamen neben den Mitgliedern der Deutschen Minderheit der stellvertretende Landrat Arkadiusz Kubich mit einem Bild „Schneidemühl bei Nacht“ als Geschenk. Gratuliert haben auch die stellvertretende Oberbürgermeisterin Beata Dudzińska und Kinga Wertka vom Landratsamt sowie eine Teilnehmerin des Deutschkurses der Schneidemühler Deutschen Gesellschaft. Man brauche einander, sagt Niśkiewicz: „Sie brauchen uns zum Beispiel bei Fragen zu Geschichte der Stadt, wir sind quasi Türöffner, damit die Mehrheit sieht, wir sind keine bösen Kreuzritter.“

Chris W. Wagner

ERFOLGSGESCHICHTE

Von Kameke zwischen alter und neuer Heimat

Pommersche Kartoffel-Juwelen aus Streckenthin - heute von Windeby in die Welt

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Wer heute vom Eckernförder Windebyer Weg, Ecke Landesstraße links abbiegt, dem fällt vielleicht ein weißes Schild auf: SaKa – Saat-zucht von Kameke-Streckenthin. Dahinter verbirgt sich weit mehr: Familien-, Guts- und Landwirtschaftshistorie.

Zwischen den beiden weißen Torhäusern von 1775/76 weitet sich der Blick auf das ebenfalls weiße Herrenhaus, vom Ursprung her aus dem Beginn des 16. Jahrhunderts. Eine Tierarztpraxis und Wohnungen beherbergt es heute. Im ehemaligen Ochsenstall, inzwischen ein Schmuckstück, wohnt die Familie Niederhausen. Familienoberhaupt Rainer Niederhausen war bis zu seiner Pensionierung Verwalter des Gutes, seine Frau Doris hat an der Chronik der Gemeinde Windeby mitgewirkt. Tochter Anna Claaß zog es mit Mann aus Hamburg wieder in die ländliche Idylle.

So erfährt man von ihnen, dass Windeby bereits 1469 als adlige Besitzung erwähnt wurde. Seitdem gab es verschiedene Besitzerwechsel. Bis 1948 Dobimar von Kameke – samt Familie vertrieben aus dem hinterpommerschen Streckenthin – den Betrieb pachtete, der durch seine harmonische Anordnung von Guthaus und Wirtschaftsgebäuden in einer alten Kulturlandschaft geradezu typisch für Schleswig-Holstein ist. 1951 kamen das nahe gelegene Gut Westerthal und 1955 Gut Büs-



Schloss Streckenthin bei Köslin, einst Stammsitz der Familie von Kameke, erbaut Anfang des 20. Jahrhunderts

(Foto: v.Kameke)

torf hinzu. 1976 trat sein Sohn Dr. Kartz von Kameke in das Unternehmen ein und kaufte 1987 das Gut Friedensthal. Heute werden hier ca. 1300 ha bewirtschaftet.

Kartoffelanbau im Mittelpunkt

Alles begann, so Doris Niederhausen beim Gutsrundgang, 1905 in Streckenthin, dem Familien-Stammsitz, der darüber hinaus die Rittergüter Thunow und Geritz im Kreis Köslin umfasste, später auch Seeger, Kursewanz und Zerrehne. Ein Besitz von rund 6000 Hektar, davon zwei Drittel

landwirtschaftlicher Nutzfläche und der Rest Forst. Landschaftsstruktur und Bodenqualität des eiszeitlichen Baltischen Höhenrückens ähneln den Bedingungen von Windeby: von reinen Sandböden bis zu anlehmigen und lehmigen Sandböden reicht die Skala. Auch klimatisch gibt es kaum Unterschiede. Das alles zusammen genommen bieten diese in einer Seen- und flussreichen Hügellandschaft geprägten Diluvialböden, abgesehen von deren Steinreichtum, ideale natürliche Standortbedingungen für den Roggen- und Kar-

toffelanbau. Daraus resultierten die Fruchtfolgen: zu 50 Prozent Getreide und je einem Viertel Hack- und Hülsenfrüchte oder Brache. Intensiviert wurde dann schrittweise, wobei der Kartoffelanbau allmählich in den Mittelpunkt rückte.

Treck nach Westen

Mitten im Zweiten Weltkrieg starb Kartz von Kameke, so dass sein jüngster Sohn Dobimar 1942 die Gesamtleitung der pommerschen Saatwirtschaft übernehmen musste. Wobei er trotz Einschränkungen und Inhaftierung den Betrieb voranbringen konnte. Als das Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 scheiterte, hielt man Dobimar monatelang im Gefängnis von Köslin fest. Nachdem er in ein Arbeitslager gesteckt wurde, konnte er daraus entkommen. Für Fluchtvorbereitungen gen Westen blieb angesichts vorrückender sowjetischer Truppen keine Zeit mehr, auch nicht, um persönliche Dinge und Zuchtmaterial zu retten. Mit Pferd und Wagen zog die Familie samt vielen Betriebsangehörigen nach Niedersachsen. Ziel des Trecks war das bereits 1921 erworbene Moorgut Kartzfehn bei Oldenburg.

Historisch handeln

Dieser einschneidende Verlust von Heimat und Betrieb 1945 war das tragischste Ereignis in der mittlerweile 115 Jahre währenden Geschichte des Unternehmens, dessen Hauptsitz seit 1967 das Landgut

Grabau bei Bad Oldesloe im holsteinischen Kreis Stormarn ist.

Man blickte stets unbeirrt nach vorn nach dem Motto des preußischen Baumeisters Karl-Friedrich Schinkel: „...historisch handeln ist das, welches das Neue herbeiführt und wodurch die Geschichte fortgesetzt wird!“ Die Streckenthiner hielten zusammen, setzten auf alte Partnerschaften und begannen noch einmal von vorn. Schon 1946 konnte ein 110-Hektar-Pachtbetrieb in Böstlingen bei Fallingb. übernommen werden, 1948 war es dann Windeby, das sich infolge von Küstennähe durch beste Grundlage auszeichnete wie schon Streckenthin.

Heute führt Leo von Kameke in der 4. Generation das Unternehmen in die Zukunft, das aus dem mustergültigen Betrieb im fernen Hinterpommern hervorgegangen ist. Damit hat sich der Kreis zwischen der alten und der neuen Heimat fast wieder geschlossen.

Die Worte von Friedrich dem Großen unterstreichen das Unternehmen. Der preußische König, der für die Einfuhr der Kartoffel verantwortlich zeichnet, soll einst gesagt haben: „Der Ackerbau ist die erste der Künste, ohne ihn gäbe es keine Könige, Kaufleute, Dichter und Philosophen; nur das ist wahrer Reichtum, was die Erde hervorbringt.“

● In dem einstigen Familienbesitz der von Kamekes in Streckenthin [Strzekęcino] befindet sich seit 1994 das Hotel Bernstein-palast

ER FORMTE KÖSLIN, PRÄGTE POMMERN UND ERSTREBTE DIE DEUTSCHE EINHEIT

Bedeutender Bürgermeister August Ernst Braun in Köslin

Mit August Ernst Braun, geboren am 27.06.1783 in Köslin, verstorben am 19.09.1859 ebenda, ehren die Kösliner bis heute nicht nur ihren bedeutendsten Bürgermeister, Magistrats- und Polizeidirektor, sondern auch einen deutschen Patrioten mit allen preußischen Tugenden.

Zur Schule ging August Ernst in Halle, „wo er sich durch Fleiß und Fähigkeiten so auszeichnete, daß er die Klassen im Sturmschritt durchmachte und eben selbst zwei Jahre das Jura studierte. Er wurde darauf Referendar in Coeslin, da die trübe Zeit der Unterdrückung durch die Franzosen in seine Zeit fiel.“

Und bereits am Beginn seines Berufslebens bewies er die äußerst seltene Tugend der Zivilcourage. Er tat etwas, das ihn weit über die Allgemeinheit erhob: Er verweigerte dem französischen Kaiser Napoleon den Treueeid. Als im März 1807 dessen Generalinspekteur Parma von sämtlichen Beamten diesen Eid forderte, trotzte Braun der zugemuteten nationalen Demütigung und schwor als einziger nicht. Er wurde sofort suspendiert und durfte erst nach dem im Juli geschlossenen Tilsiter Frieden wiederkommen.

Nach einer Tätigkeit als Justizbeamter in Neustettin war er als überzeugter Anhänger der deutschen nationalen Bewegung 1813 „einer der ersten, welcher in den Befreiungskampf zog. Nachdem er eine Louise Zychow geheiratet, zog er mit Patronen von ihrer Hand versehen als Jäger unter dem Lützowschen Freikorps ins Feld. Später bei Hamburg und Dannenberg stand er an der Seite Theodor Körners (Dichter und Dramatiker), als derselbe fiel. Er wurde darauf gefangen und saß als Kriegsgefangener sechs Monate im

Stockhause (Gefängnis für Schwerverbrecher) zu Hamburg, aus dem er durch die Einnahme Hamburgs durch die Alliierten befreit wurde. Er ging darauf der Armee nach Belgien nach, kam aber nicht mehr ins Gefecht, denn am 30. Mai 1814 wurde der Erste Pariser Frieden geschlossen.

Bemerkenswerte Stadtentwicklung

„Darauf ging er in den Staatsdienst und wurde zum Bürgermeister in Coeslin auf 12 Jahre und fernerer 12 Jahre und endlich auf Lebenszeit gewählt.“ Am 18. Mai 1816 trat er sein Amt an. Den Dienst begann er mit einem notwendigen, aber heute im vergleichbaren Fall kaum noch üblichen Anfang: Er tilgte die Schulden der Stadt. Sie stammten noch von den Folgen des Dreißigjährigen Krieges.

„Im Jahre 1821 hatte er das Haus Nr. 1 auf der Friedrich-Wilhelm-Stadt gebaut.“ Der Ausbau dieser Kösliner Vorstadt gilt als sein besonderer Verdienst, ebenso die Organisation der Kommunal- und Forstverwaltung. „Die westliche Seite des Gollens (Köslins geheimnisumwobener Bergwald) hat er ganz, teilweise unter Hindernissen kultiviert, die nur zu würdigen weiß, wer mit seit Hunderten von Jahren ausgedorrtem Boden zu tun gehabt hat.“ Auch wirkte er an der Gründung des königlichen Stadtgymnasiums mit, wie er sich überhaupt um die Förderung des Schulwesens sehr bemüht hat; 1825 veranlasste er den Bau des Seminars. Er ließ die Marienkirche restaurieren, ein neues Rathaus bauen, Straßen neu pflastern, Spazierwege um die Stadt anlegen und die Straßenbeleuchtung, anfangs mit 24 Laternen, installieren. Er eröffnete die Stadtparkasse, kaufte die Stadtmühle zu-

rück und erwarb für die Stadt das Rogzower Wäldchen sowie das Ausflugslokal „Gallenstein“. Braun bereitete auch den Bau der Gasanstalt vor und ersetzte das Feuer-Reglement von 1807 durch die Feuerordnung vom 12. Mai 1832 mit den in sie integrierten Vorschriften des Allgemeinen Landrechts.

Der Anschluss an das Eisenbahnnetz 1859 mit der Eröffnung der Strecke nach Stargard bildete eine Voraussetzung für



den späteren wirtschaftlichen Aufschwung Köslins.

Außerhalb der Stadt zeigte sich Braun ebenfalls aktiv. Seit 1824 in den zusammengeschlossenen Provinziallandtagen Pommern, Hessen-Nassau und Hohenzollerische Lande tätig, wurde er auch in die Allgemeinen Landtage nach Berlin gewählt. Ab 1848 saß Braun mit Ernst Moritz

Arndt in der ersten deutschen Nationalversammlung. Dort stellte er am 8. August den Antrag, dem Haus Hohenzollern die Kaiserkrone anzubieten. Offensichtlich war er seiner Zeit voraus, denn er erntete dafür zunächst mehrheitlich Spott. Später wurde der Antrag doch dem König nahegelegt, „freilich ohne Erfolg von Seiten des Königs.“ Dieser „lehnte nämlich, durch Junker und Pfaffen bearbeitet, vielleicht auch aus der Furcht, einer solchen Situation nicht gewachsen zu sein, den Antrag ab, und so ging die kostbare Gelegenheit – hoffentlich nicht auf immer – verloren, Deutschlands Einheit zu schaffen.“

Nach der Auflösung des Frankfurter Parlaments ging er nach Erfurt. Nachdem auch dieses aufgelöst war, zog er sich auf seinen Posten zurück und wurde in die Erste Kammer gewählt. „Diese war die Legislative Preußens, auch das Herrenhaus genannt. Das Erfurter Unionsparlament wollte einen deutschen Bundesstaat errichten. Braun war sogar an der Festschreibung der preußischen Verfassung beteiligt. „Leider hat die Revolution viel hineinrevidiert. Es ist aber immer ein Vertrag zwischen Krone und Volk.“

Brauns häufige Abwesenheit von Köslin verleitet einige Neider und politische Gegner zu Intrigen gegen ihn. Leider mit Erfolg, fiel er doch beim König vorübergehend in Ungnade. Daher legte er 1852 sein Abgeordnetenmandat nieder, um sich mit 69 Jahren wieder ausschließlich den Interessen der Kösliner Bürger zu widmen. 1854 erhielt er den Titel „Geheimer Regierungsrat“.

„Aus allem diesem geht zur Genüge hervor, dass er nicht nur als ein Patriot,

sondern auch als ein kräftiger Mensch für die Geschichte seines Vaterlandes und der Menschheit Gutes geleistet hat. Seit 1852 hat sein Leben mehr oder weniger der stillen Wirksamkeit gegolten, die sich auch in unserer Familie oft gezeigt hat. Seine Leiche wurde unter großem Pomp und Gefolge auf der westlichen Seite des Kirchhofes, am Mittelgang vor dem Gewölbe beigesetzt und eine Bluteiche darauf gepflanzt. Er war ein großer Jäger, Forstmann und Verwaltungsbeamter.“

Alle in Anführungszeichen stehenden obigen Äußerungen stammen aus einer am 23. Dezember 1860 in Grössin beendeten handgeschriebenen Familienchronik, die dem Autor in Kopie vorliegt.

Ausgerechnet dieser herausragende Kösliner Bürgermeister durfte nie die Amtskette tragen. Am Anfang seiner Amtszeit war diese nicht vorhanden, weil sie vermutlich den Befreiungskriegen geopfert worden war, und später erfüllte das Gemeinwesen Köslin nach Auffassung König Wilhelm IV. nicht die für das Tragen einer solchen Kette notwendigen Voraussetzungen in Bezug auf „Königstreue, Vaterlandsliebe und Bürgersinn“. Auf eine „ebenso ungeheuchelte als ehrenvolle Weise“ (Johann Ernst Benno in seiner „Geschichte der Stadt Coeslin 1840“) wurde das Wirken Brauns jedoch 1838 am Tag seiner Silberhochzeit von der Bürgerschaft mit einem silbernen Pokal gewürdigt. Diesen bewahrte die Familie bis 1945 im Gutshaus Grössin auf, zusammen mit zwei Steinschlossgewehren und der Zange, mit der das Ehepaar Braun 1813 die Kugeln gegossen hatte.

Detlef Schwenkler
Heimatkreis Köslin

„Kein Gespenst einer Diktatur an die Wand malen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Schreiben Sie weiter gegen die Verderber unseres Landes an! Vielleicht wird Ihre Tätigkeit einmal belohnt.“

Michael Holz, Playa del Inglés
zum Wochenrückblick: Der Ast knirscht (Nr. 42)



Ausgabe Nr. 43

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

WIE LANGE GEHT DAS GUT?
ZUM LESERBRIEF: KEINER FRAGT
MAL NACH (NR. 43)

Diese Ausführungen sind aufschlussreich und zutreffend, und es gibt immer mehr Wissenschaftler und Mediziner, die sich in diesem Sinne äußern. Aber niemand nimmt sie ernsthaft zur Kenntnis und versucht, in eine Diskussion zu kommen. Von „oben“ wird bestimmt, und basta!

Ängste schüren und Panik verbreiten, das beschert uns jeder Tag! Prof. Dr. Kleiny schreibt in seinem Leserbrief zum Schluss: „Über andere Meinungen von zahlreichen Experten wird in den Mainstreammedien nicht berichtet. Wenn doch, dann werden diese Experten als Verschwörungstheoretiker, Corona-Leugner oder ‚Covidioten‘ vorgeführt, diffamiert und ausgegrenzt. Wie lange geht das gut?“ Das fragen sich immer mehr Bürger mit gesundem Menschenverstand.
Manfred und Gisela Löffelmacher, Flensburg

CHAOS UND PANIK
ZUR KARIKATUR: HERR SÖDER
GEHT AUFS GANZE (NR. 43)

It's chaos-time in Good-Old-Germany, da blickt einfach kein Mensch mehr richtig durch.

Die Pandemie-Politiker sind voll von Panik getrieben und suchen unser aller Heil, nur mit immer neuen Verordnungen, durch immer mehr Zwangsmaßnahmen und vor allem durch saftige (Geld-) Sanktionen, Corona in den Griff zu bekommen. Leider bekommen sie nichts „in den Griff“, denn die sogenannten „Stellschrauben“ werden nur ganz panisch und immer an den falschen Stellen festgezurr.

Chaos ist laut Duden „die Auflösung aller Ordnung, ein völliges Durcheinander“. Panik ist laut Duden „eine übermächtige Angst, hervorgerufen durch eine plötzliche Bedrohung, die das Denken lähmt und zu kopflohen Reaktionen führt“.
Klaus P. Jaworek, Büchenbach

TÖDLICHE REALITÄTEN
ZU: HÄRTETEST (NR. 43)

Die Preußische Allgemeine Zeitung versetzt mich seit einigen Monaten in Verwunderung. Man ist von ihr gewohnt, dass zu den meisten Themen verschiedene Aspekte angesprochen werden. Anders die bisherige Berichterstattung und Kommentierung, bis hinein in die meist besonders lesenswerte Satire auf der letzten Seite, zu dem aktuellen Thema der Corona-Pandemie.

In den meisten Fällen ist der Tenor ganz auf Entwarnung, Normalisierung gestellt, obwohl sich fast die ganze Welt, besonders Europa in Ost und West, Nord und Süd, in besorgter Stimmung befindet, keineswegs nur das immer leicht erregbare Deutschland. Wir haben im Frühjahr, beispielsweise in Oberitalien, erschreckende Bilder gesehen. Das waren keine „Fake News“, sondern bittere, tödliche Realitäten, und es scheint möglich, dass der Weg zu diesen Zuständen derzeit wieder offensteht.

So sehr man sich hüten muss, sogleich die Ausrottung der Menschheit zu beschwören, ähnlich wie die Klimapropheeten den Untergang des Planeten, so sehr muss man vermeiden, die neue Krankheit auf die Stufe einer alljährlichen Grippe herunterzureden. Es sollte auch nicht das Gespenst einer mit Gesichtsmaske, Abstand und Versammlungsbeschränkungen herbeigeführten Regierungsdiktatur an die Wand gemalt werden.

Selbst wenn eingeräumt wird, dass in Unkenntnis der Eigenschaften und Potenzen des neuen Coronavirus vielleicht einzelne falsche, übertriebene Maßnahmen ergriffen worden sind, hat – wie das Ergebnis in den Sommermonaten zeigte – die deutsche Regierung, besser: haben die deutschen Regierungen bisher in summa richtig gehandelt, wobei die Schäden, die dabei als Begleitwirkung entstanden, von keinem vernünftigen Menschen abgestritten werden.

Auch wenn ich davon überzeugt bin, dass die Politik der Regierung Merkel Deutschland bisher großen Schaden zu-

gefügt hat (Währungspolitik, „Energie-wende“, Einwanderungspolitik, Russlandpolitik, Europapolitik), halte ich nicht dafür, dass zurzeit Schäden für unser Land gewollte Folge oder gar Ziel der Anti-Corona-Maßnahmen sind.

Sehen wir doch, dass Nationen, die anders als die deutsche ihre Interessen stets zu wahren wissen (Stichwort Brexit) zu ähnlichen, ja zum Teil sogar viel drastischeren Maßnahmen greifen (müssen). Darum mein Appell: Übt Kritik an bestimmten, konkreten Maßnahmen, wenn das erforderlich erscheint. Satire muss ironisch, soll bissig sein, darf auch mit einer Prise Sarkasmus gewürzt werden, schreibt aber dort wie auch in Euren Berichten und Kommentaren denen, die sich Corona-bedingt zu befristeten Beschränkungen veranlasst sehen, nicht den Willen zum Schlechten zu.

Weder Jens Spahn noch Markus Söder oder Angela Merkel, auch nicht Karl Lauterbach und die Virologen Drosten und Wieler haben im Sinn, das Land auf dem Weg über Corona in die Diktatur zu führen. Selbst Virologen, die wie Streeck besonders zurückhaltend argumentieren, erklären Covid-19 nicht zu einem etwas lästigeren Schnupfen, sondern raten zur Vorsicht.
Günther Wiegand, Quarnbek

GRENZE BIS SCHNACKENBURG
ZU: 30 DEUTSCHE GESCHICHTEN
(NR. 40)

Ein besonderes Dankeschön für die 30 deutschen Geschichten zur deutsch-deutschen Vereinigung. Ich habe diese gern gelesen.

Zur Geschichte der Elbe ist jedoch eine Berichtigung/Ergänzung anzubringen. Es muss dort richtig heißen: „Auch während der deutschen Teilung markierte die Elbe die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten – allerdings nur entlang eines kleinen Abschnitts zwischen Schnackenburg (nicht: Dömitz, d. Red.) und Lauenburg.“ Schnackenburg, kleinste Stadt Niedersachsens im Landkreis Lüneburg-Dannenberg, war Anfang bezie-

hungsweise Ende des „West-Abschnitts“ der Elbe, der immerhin rund 100 Fluss-Kilometer betrug.

Bernhard Hartz, Salzhemmendorf

MINDERWERTIGE EIGENSCHAFT
ZU: ES STINKT GEWALTIG (NR. 39)

Ja, es stinkt gewaltig. Aber nicht nur aus einer Ecke. Wenn Karneval und andere Veranstaltungen wegen der Corona-Krise abgesagt werden, so wird das seinen guten Grund haben.

Es ist möglich, dass bisher niemand einen absoluten Entschluss über ein „positives oder negatives“ Resultat der Maßnahmen (Maske und Abstand) fällen kann. Jedoch würde man annehmen, dass das Tragen einer Maske und der körperliche Abstand zwischen Personen Maßnahmen wären, das Virus abzuhalten. Oder?

Von einer Trauer über den Verlust jährlicher Veranstaltungen zu sprechen, ist absoluter Blödsinn. Der Grund liegt in dem Verlust der Bedeutung einiger Worte unseres deutschen Wortschatzes, wie Disziplin, Gehorsam (ja, Gehorsam), Ordnung, humanes Mitgefühl, gesunder Menschenverstand und andere. Die diktatorische Demokratie hat jedoch leider die Reaktion zu der Bedeutung jener, und anderer Worte, aus dem menschlichen Verstand verbannt und durch ein Grundgesetz minderwertiger menschlicher Eigenschaften ersetzt.

Das am häufigsten gebrauchte Wort dieses Gesetzes lautet: Freiheit. Was bedeutet „Freiheit“? Die Freiheit zu tun, was uns gefällt? Gegen die Ordnung zu handeln? Zu protestieren? Der Mafia freies Handeln zu erlauben? Den Vandalismus als jugendlichen Streich zu betrachten? Zu morden oder andere Verbrechen zu begehen ohne juristische Gegenmaßnahmen? Schon Plato, Goethe, Friedrich der Große und andere hervorragende Persönlichkeiten hatten sich gegen das Ränkespiel des demokratischen Parteienrummels gestellt. Sie bevorzugten die Handlung eines Staatsmanns.

Georg Kuester, Canada

ANZEIGE

www.kopp-kongress.de

Der große Online-Kongress 2020

Wie mit Corona die Welt verändert wird

Auf was Sie sich jetzt gefasst machen müssen

■ Mit Corona wird die Welt dauerhaft verändert werden. Wir haben acht hochkarätige Vordenker und Experten nach ihrer Einschätzung gefragt. Welche Gefahren birgt die aktuelle Krise und wie wird die Welt nach Corona aussehen?

Corona ist ähnlich wie der Fall der Berliner Mauer oder 9/11 ein Ereignis, das die Welt von Grund auf verändert und dessen weitreichende Folgen wir gerade erst anfangen abzusehen.

Mit Corona wurden bürgerliche Freiheitsrechte in einem Maße eingeschränkt, wie es noch vor Kurzem undenkbar gewesen wäre. Selbst höchste Verfassungsrichter sprechen in der Zwischenzeit von »Verfassungswidrigkeit« und einem »Corona-Sonderrechtsregime«. Märkte wurden aus dem Gleichgewicht gebracht, zahllose kleine und mittelständische Unternehmen stehen vor dem Ruin. Die Inkompetenz der Regierungen wird deutlich. Und eines ist klar: Politisch und wirtschaftlich sind Machtverschiebungen in Gang geraten, deren Ausmaß sich erst später absehen lässt.

Der Boden unter unseren Füßen bewegt sich, und damit wir besser verstehen, was in dieser Krise mit uns geschieht, hat der Kopp Verlag acht hochkarätige Vordenker und Experten gebeten, die brennendsten Fragen zu beant-

worten und eine Prognose abzugeben, wie die Welt nach Corona aussehen wird. Sie prognostizieren den weiteren Verlauf der Krise, geben Orientierung und helfen Ihnen, sich besser auf die kommenden Herausforderungen vorzubereiten.

Zwischen dem 21. und dem 29. November 2020 erleben Sie jeden Abend ab 19 Uhr einen der acht Experten, und am 29. November können Sie bei einer abschließenden Talkrunde dabei sein. Und das bequem von zu Hause aus: online. Das bedeutet: Sie müssen nicht verreisen, um am Kongress teilzunehmen, Sie brauchen kein Hotel – und natürlich auch keine Maske!

Freuen Sie sich auf neun Abende voller Informationen und neuer Erkenntnisse!

Erfahren Sie jetzt alle Details zu den Experten, Themen und Terminen. Und sichern Sie sich Ihr Ticket für den Online-Kongress noch heute unter www.kopp-kongress.de.

21. – 29. November
Ort: Bei Ihnen zu Hause

KOPP
Online
Kongress

Jetzt
Teilnahme
sichern!
kopp-kongress.de

VON SIEGFRIED SCHMIDTKE

BEGINN DER FÜNFTEN JAHRESZEIT

Die Corona-Pandemie erfasst ein Kölner „Heiligtum“ – den „Fastelovend“. Die Stadt Köln startet eine Anti-Karnevals-Kampagne und verhängt für den 11.11. ein Feier- und Alkoholverbot.

Denn am 11.11. jeden Jahres um 11 Uhr 11 wird mit einem Countdown der Kölner Straßenkarneval eröffnet, im Volksmund einfach „der Elfte im Elfte“ genannt. Auf dem „Alter Markt“ haben sich dann Zehntausende kostümierte Menschen versammelt. Nicht nur Kölner.

Die Jecken, wie Karnevalisten in Köln genannt werden, kommen auch aus dem Umland, aus anderen Bundesländern, ja – auch aus dem Ausland. Sie wollen Schunkeln, Singen, „Bützchen“ verteilen (also Knutschen/Küssen) und dicht an dicht in der Menge aufgehen. Sie wollen die einzigartige Stimmung in vollen Zügen genießen, viele von ihnen auch die mitgebrachten oder vor Ort erworbenen alkoholischen Getränke. Das süßige Bier, Kölsch genannt, fließt reichlich aus den Zapfsäulen der umliegenden Kneipen. Die Jecken sind sehr früh aufgestanden, um einen Stehplatz zu ergattern. Denn spätestens ab 10 Uhr ist der Platz voll.

Für den 11.11. in diesem Jahr ist die Sessionseröffnung – für Kölner eine Art Heiligtum – jetzt kurzerhand, aber schweren Herzens gestrichen worden. Schluss, Aus. Keine Feier. Kein Karneval.

So verkündeten es die Stadt-Obernen und das Festkomitee Kölner Karneval (um Verwechslungen vorzubeugen, verwendet das Komitee die Abkürzung FK, nicht FKK!). Die Corona-Pandemie mit rapide steigenden, hohen Inzidenzzahlen fordert ihren Tribut.

Eingefeischten Jecken eine Absage zu erteilen, ist kein leichtes Unterfangen. Oberbürgermeisterin Henriette Reker und der Präsident des Festkomitees, Christoph Kuckelkorn, versuchen es mit der Kampagne „#diesmalnicht“. Es kommt einer Beerdigung des diesjährigen Kölner Karnevals gleich. Ironie am Rande in Seuchenzeiten: Kuckelkorn ist nicht nur aktiver Karnevalist, sondern führt auch ein überregional bekanntes Bestattungsinstitut. Reker und Kuckelkorn appellierten inbrünstig an die Jecken nah und fern: „Bleibt zu Hause, feiert nicht!“

Mit Plakaten und über Social-Media-Kanäle wird diese Anti-Stadtwerbung nun verbreitet. Prominente, Tanzmariechen und Wirte äußern auf großen Postern: „Wir feiern nicht“ oder „Wir öffnen nicht“ und erklären den unerwünschten Jecken, warum sie am 11.11. aufs Jecksein verzichten müssen: „Weil es dein Leben schützt.“

Diese Plakate werden an vielen Bahnhöfen im Bundesgebiet sowie an über

Katzenjammer am Rhein

Der Kölner Karneval fällt komplett aus – So mancher Jeck wird das bestimmt nicht mit Humor nehmen können



Kölner Dreigestirn in Zivil und Maske: Björn Braun (Jungfrau Gerdemie), Prinz Sven (Oleff) und Bauer Gereon (Glaemacher) bilden erstmals in der Geschichte des Kölner Karnevals für zwei Jahre die Regentschaft übers Narrenvolk, müssen aber vorerst auf das Narrenkostüm verzichten
Foto: imago images/political-moments

300 Werbetafeln im Kölner Stadtgebiet hängen. Faktisch eine Aktion, die Karnevalisten vergraulen soll. Bezug nehmend auf ein bekanntes Kölner Karnevalslied witzelt die Oberbürgermeisterin zusätzlich: „Am Elfte im Elfte in Köln muss es heißen: Drink doch keine met.“

Kein Kölsch auf öffentlichen Plätzen

Sie erklärte den zuvor schon von einer Boulevard-Zeitung als „Jeckdown“ bezeichneten Abgesang so: „An Karneval besingen wir normalerweise das Kölner Lebensgefühl, unsere Solidarität und unser ‚Wir‘-Gefühl. Auf dieses ‚Wir‘-Gefühl, auf diesen Zusammenhalt setze ich jetzt. Dieser Zusammenhalt kann leider in dieser für uns alle schwierigen Situation nur darin bestehen, die Kontakte auf das absolut geringste mögliche Maß zu reduzieren. Wir alle müssen auf das Feiern am 11.11. verzichten.“

Verzichten müssen die Kölner am 11.11. vor allem auf öffentlichen Alkoholkonsum. Es gilt ein Verkaufs- und Verzehrverbot auf Plätzen und Straßen. Nur in Gaststätten und privat zu Hause darf

dann noch geschluckt werden. Verstöße will das Ordnungsamt rigoros ahnden. Nach dem Teil-Lockdown dürfen die Gastwirte und Kiosk-Besitzern ihre Geschäfte am 11. November ohnehin gar nicht erst zu öffnen. Die wirtschaftlichen Einbußen für die Gastronomen kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Es geht in die Millionen.

Unbeirrte Jecken werden das „Kölner Lebensgefühl“ dann wohl in Privaträume verlagern müssen. Aber auch dort gilt die Regel, dass sich maximal zehn Menschen treffen dürfen. Ob und wie das kontrolliert werden kann, bleibt die große Frage.

Nicht verzichten sollten die Karnevalisten auf das übliche TV-Programm am 11. November. Eine Live-Übertragung vom Sessionsstart war von 10.45 bis 16 Uhr im WDR geplant, aufgezeichnet auf dem Gelände des Karneval-Museums. Dort sollten auf mehreren Bühnen die Oberbürgermeisterin sowie 18 Künstler und kölsche Musikgruppen live auftreten, aber eben ohne Publikum. Auch das neue Kölner Dreigestirn wäre den TV-Zuschauern vorgestellt worden.

„Wir wollen weiter als Hochburg der Jecken gelten – und nicht als Hochburg der Infektionen“

Henriette Reker
Kölns Oberbürgermeisterin

Damit könne den Jecken, die zu Hause bleiben sollen, „ein klein bisschen das Gefühl von Normalität“ gegeben werden, erklärte Ober-Karnevalist Kuckelkorn. Gut gemeint ist aber nicht immer auch gut gemacht. Jetzt sagten WDR und Karnevalisten auch diesen Ersatz-Sessionsstart ab, stattdessen wird Klaumauk aus der TV-Konserven gesendet.

Apropos Kölner Dreigestirn. Der Prinz („Seine Herrlichkeit“), der Bauer („Seine Deftigkeit“) und die Jungfrau („Ihre Lieblichkeit“) werden jeweils für eine Session

proklamiert. Die Regentschaft beginnt immer am „Elfte im Elfte“ und endet immer am Aschermittwoch des Folgejahres. Diesmal läuft es anders, wie es noch nie gewesen ist. Wegen des fast vollständigen Ausfalls der Session bleibt das Dreigestirn zwei Jahre im Amt. Also bis Aschermittwoch 2022.

Was sonst noch anders ist als sonst: Keine Karnevalssitzungen – ein herber finanzieller Schlag für alle Beteiligten wie Tanztruppen, Büttendredner, Saal-Vermieter, Gastronomen. Noch heftiger schmerzt die Absage des Kölner Rosenmontagszuges, der mit rund einer Million Besuchern das größte Karnevals-Ereignis in Deutschland ist. Hotelbuchungen fallen aus, Taxifahrten kommen nicht ins Rollen, Tausende Liter Kölsch werden nicht geschluckt. Ein finanzielles Desaster. Vom beschädigten Kölner Lebensgefühl ganz zu schweigen.

Die Einsicht der betroffenen Karnevalisten für die Kampagne „#Diesmal nicht“ scheint groß zu sein. Wie das Fußvolk, der normale Kölner Jeck, die Einschränkungen hinnimmt, bleibt hingegen offen.

COMIC

Wochenend und Hinkelstein

Da kocht den Galliern die Galle hoch – Asterix-Band des Texters René Goscinny überraschend aufgetaucht

Auf was musste man dieses Jahr nicht alles verzichten? Die Schlagerfreunde zum Beispiel auf den Eurovision Song Contest oder die Kinoliebhaber auf das Filmfestival von Cannes mit seinen Goldenen Palmen. Für beide gibt es einen kleinen Trost in Comic-Form. Das „Asterix und Obelix“-Universum hat ein neues Album herausgebracht, das anspielungsreich auf populäre Wettbewerbe Bezug nimmt.

Der jetzt erschienene Band „Der Goldene Hinkelstein“ ist in mancherlei Hinsicht eine Überraschung. Denn die Texte stammen noch von René Goscinny, dem eigentlichen Erfolgsgaranten der „Asterix“-Reihe. Als er 1977 starb und sein Kompagnon und Zeichner Albert Uderzo im Alleingang die Handlung, Texte und Zeichnungen übernahm, sank die Qualität der Geschichten dramatisch. Nachdem

Uderzo vor sieben Jahren die Reihe in jüngere Hände übertragen hatte, ist wieder eine kleine Aufwärtsbewegung spürbar.

Mit dem „Goldenen Hinkelstein“ hält man aber wieder einen originalen Goscinny in Händen. Allerdings ist der Band kein Teil der inzwischen 38 Alben umfassenden Reihe und kommt deshalb in einer ungewöhnlichen Aufmachung daher. Statt Bildergeschichten mit Textblasen stehen Sprechtext und großformatige Illustrationen Uderzos nebeneinander. In ihrem Bemühen, den größtmöglichen Profit aus dem „Asterix“-Abenteuern zu ziehen, haben die Nachfahren des im März dieses Jahres im Alter von 92 Jahren verstorbenen Uderzo (die PAZ berichtete) eine schon 1967 entstandene Geschichte ausgegraben, die damals als Hörspiel mit illustriertem Begleitheft erschienen ist.

In geradliniger Form und gewürzt mit Ironie und Sprachwitz wird erzählt, wie der Barde Troubadix, bei dessen Gesang



Titelseite des neuen „Asterix“

selbst den hartgesottensten Galliern die Galle hochkocht, bei einem Gesangswettbewerb von den Römern entführt wird. Klar, dass Asterix und Obelix ihn dank Zauberkraut aus der Patsche ziehen und zur Goldenen Palme, Verzeihung: Hinkelstein verhelfen. Dabei kommen Lieder zum Einsatz, die einem bekannt vorkommen: „Wochenend und Hinkelstein / und mit Wildschweinen im Wald allein.“

Für Freunde des rheinischen Dialekts hat jüngst unter anderem die Komikerin Hella von Sinnen den Band „Asterix als Legionär“ in Kölner Mundart übertragen: „Asterix kütt nohm Kommiss“. Noch ein Goscinny zum Totlachen. Harald Tews

● **Der Goldene Hinkelstein** Egmont Ehapa Media Berlin, 48 Seiten, 6,90 Euro (Softcover), 13 Euro (Hardcover)

● MELDUNG

Prinzlicher Umweltpreis

London – Prinz William hat den „Earthshot“-Preis für Umweltschutz-Engagement in aller Welt ins Leben gerufen. Ab 2021 werden der Prinz und ein international besetztes Gremium die Auszeichnung jährlich an fünf Personen, Organisationen oder Gruppen verleihen, die herausragende Leistungen für die fünf „Earthshot“-Ziele erbracht haben. Diese sind Schutz und Wiederherstellung der Natur, Luftreinigung, Wiederbelebung der Ozeane, eine abfallfreie Welt und die Verbesserung des Klimas. Mit einer Million Pfund, umgerechnet 1,1 Millionen Euro, ist der Earthshot-Preis höher dotiert als der Nobelpreis. Prinz William folgt mit seinem Eintreten für den Umweltschutz dem Beispiel seines Vaters Prinz Charles. D.J.

● FÜR SIE GELESEN

Neuordnung der Welt

Nach dem Fall der Berliner Mauer endete die jahrzehntelange Konfrontation der beiden Supermächte USA und UdSSR unerwartet und schnell. Vor dem Hintergrund des fortschreitenden Zerfalls der Sowjetunion entstand eine hochdiffizile politische Konstellation, in der zunächst die damaligen Hauptakteure, der US-Staats-Präsident George Bush sen. und auf der sowjetischen Seite Präsident Michail Gorbatschow, in enger Kooperation mit Helmut Kohl, François Mitterand und Margaret Thatcher vorsichtig die Weichen für eine neue Weltordnung stellten.

Den weitgehend friedlichen Wandel in Europa im Kontext der weltpolitischen Entwicklung hat die deutsch-finnische Historikerin Kristina Spohr im Rahmen einer Neubetrachtung in mehrjähriger Forschungsarbeit umfassend ausgeleuchtet. In ihrem Buch mit dem Titel „Wendezeit. Die Neuordnung der Welt nach 1989“ beobachtet die Expertin für internationale Geschichte in neun Kapiteln das Agieren der Machthaber in dieser Ära der Transformation von der alten konfrontativen Bipolarität in eine Zeit, „die noch keinen Namen hat“, so Bundespräsident Roman Herzog im Jahr 1995. Im Zuge ihrer Recherchen verwendete Spohr zahlreiche bisher unbekannte Quellen und erhielt Einblick in kürzlich freigegebene Geheimdienstberichte, Mitschriften und persönliche Briefe.

Gorbatschows Rolle

Am Beispiel Chinas, wo die Demokratiebewegung am 4. Juni 1989 auf dem Tian'anmen-Platz in Peking blutig niedergeschlagen wurde, führt Spohr im ersten Kapitel vor Augen, wie alles anders für Deutschland und Europa hätte ablaufen können, wäre nicht Gorbatschow mit seinem Projekt einer tiefgreifenden Erneuerung auf den Plan getreten. Beleuchtet werden die Ereignisse des Zweiten Golfkriegs, die Verschlechterung der Lage in der Sowjetunion und die Zersplitterung Jugoslawiens.

Damit hatte sich die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft der Menschheit erledigt. „Nach dem Kuwaitkrieg stellt niemand mehr die Realität einer einzigen Supermacht in Frage“, zitiert sie einen hochrangigen US-Politiker. Neue, gefährlichere Strukturen bildeten sich heraus, und folgerichtig wird der Blick im letzten Kapitel mit dem Titel „Erster Ausblick auf ein pazifisches Jahrhundert“ auf Asien gerichtet.

Bei aller Ausführlichkeit sind die vielschichtigen Abläufe der Ereignisse auf 800 Textseiten ausgesprochen lesbar dargestellt. Hinzu kommt ein fast 200-seitiger Anhang. Folgerichtig muss sich der interessierte Leser bei der Lektüre dieser kompakten Studie auf die Bewältigung einer gewaltigen inhaltlichen Fülle einlassen. Eine Untergliederung der Kapitel wäre schon aus diesem Grund hilfreich gewesen, und es ist eigentlich nicht ersichtlich, warum dies unterblieben ist.

D. Jestrzowski



Kristina Spohr: „Wendezeit. Die Neuordnung der Welt nach 1989“, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2019, gebunden, 976 Seiten, 42 Euro

DIE NORDSEE IN BILDERN



Bewohner des Wattenmeers

Das Leben wilder Meeresbewohner beleuchtet die Kinderbuchautorin Ilka Sokolowski in einem anschaulichen Bilderbuch

Von Silbermöwen und Austernfischern Der Einband des Buchs „Wildes Leben im Watt“ sieht einladend aus, fast riecht man das Watt, spürt die frische Brise und die salzige Luft. Hat da nicht eben eine Möwe geschrien?

Allein das Betrachten des Bilderbuchs lädt dazu ein, gleich im Geiste loszulaufen, um das Wattenmeer der Nordsee genauer zu durchqueren. Die Kinderbuchautorin Ilka Sokolowski hat gemeinsam mit der Illustratorin Janine Czichy das Kinderbuch „Wildes Leben im Watt“ geschrieben, um Kindern ab sechs Jahren das überaus reiche Leben im Watt vorzustellen.

Zunächst wird mittels einer Landkarte erklärt, wo sich dieses befindet und worum es sich dabei handelt. Über 400 Kilometer erstreckt sich das Wattenmeer entlang der niederländischen und der deutschen Küste bis zur dänischen Halbinsel Skallingen bei Esbjerg. Wo das ist, kann sich der Betrachter genau anschauen. Auch die Gezeiten, das ewige Hin und Her der Meereswellen wird exakt erklärt, ebenso die Entstehung von Dünen, Salzwiesen und Prielen. Viele Dop-

pelseiten sind Seevögel wie Silbermöwen, Küstenseeschwalben und Kormoranen gewidmet. Wie jagen sie, wie bauen sie ihre Nester, und was sind Austernfischer?

Wie Alpenstrandläufer ihren Namen bekamen

Interessant ist es, zu erfahren, warum Alpenstrandläufer diesen Namen tragen, obwohl sie am Meeresstrand unterwegs sind. Der Naturforscher Carl von Linné hatte im 18. Jahrhundert Strandläufer in Gebirgsregionen in Skandinavien beobachtet und so entstand der lateinische Name *Calidris alpina*, was Alpenstrandläufer bedeutet. Auch das vielfältige Leben auf dem Meeresboden wird erklärt und in vielen Abbildungen anschaulich dargestellt. Vom Seestern bis zur Strandkrabbe erfährt man alles über deren Lebensraum.

Natürlich dürfen auch die beliebten Seehunde und Kegelrobben nicht fehlen und Merkmale, an denen man sie unterscheiden kann. Kaum vorstellbar, aber Robben verbringen den größten Teil ihres Lebens im Wasser. Die Autorin erklärt, wie man sich

verhalten muss, wenn man ein Seehundbaby am Strand wahrgenommen hat: Abstand halten und auf keinen Fall stören. Das bedeutet sonst enormen Stress für die Tiere.

Auch die Unterwasserwelt mit Quallen, Katzenhaien und Schweinswalen wird beleuchtet. Am Ende gibt es noch Tipps und Adressen von Nationalparks, Aquarien und Seehundstationen. Besonders hervorzuheben sind neben den eingängigen Texten auch die eindrucksvollen Bilder der gezeigten Tiere und Landschaften. Ein unterhaltsames Kinderbuch, von dem auch Erwachsene viel lernen können.

Silvia Friedrich



Ilka Sokolowski/Janine Czichy (Illustr.): „Wildes Leben im Watt“, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2020, gebunden, 64 Seiten, 16 Euro

CHRISTENVERFOLGUNG IN DER TÜRKEI

Zwischen die Fronten geraten

Wie ein US-Pastor infolge des Putsches von 2016 in die Fänge der Erdoğan-Regierung geriet

VON BODO BOST

Andrew Craig Brunson ist ein US-amerikanischer Pastor der Evangelisch-Presbyterianischen Kirche. Seit 1993 lebten er und seine armenisch-stämmige Frau Norine in der Türkei, wo sie in Izmir eine presbyterianische Kirchengemeinde gegründet hatten. Jeder Türke hätte in demselben Zeitraum in Deutschland kaum ein Problem gehabt, einen deutschen Pass zu erhalten. Als Brunson und seine Frau einen Antrag auf unbegrenztes Aufenthaltsrecht in der Türkei stellten, wurden sie im Oktober 2016 unter fadenscheinigen Gründen verhaftet.

Norine Brunson wurde nach zwei Wochen freigelassen, für ihren Mann folgten 735 Tage türkische Geiselhaft, über die Andrew Brunson jetzt ein ergreifendes christliches Zeugnis in Tagebuchform veröffentlicht hat. Zunächst war er eingesperrt in eine Gefängniszelle mit 17 anderen angeblichen Staatsfeinden, danach bekam er Einzelhaft. Zunächst warf man dem Mann aus North Carolina Mitverschwörung am Putsch gegen den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan im Juli 2016 vor, später verlagerte sich die

Hauptklage auf Unterstützung der terroristischen kurdischen PKK und zu guter Letzt wurde ihm Christianisierung vorgeworfen, wobei man Christianisierung mit Terror gleichsetzte. Ihm drohten 35 Jahre Haft.

Mit 35 Jahre Haft bedroht

Als Brunson 1993 in die Türkei kam, war diese noch ein Rechtsstaat, in dem Gesetze und nicht Befehle eines Obersten Führers galten. Missionierung war damals nicht verboten. Als Erdoğan ab 2001 nach und nach mit Hilfe des Islam immer mehr Macht in der Türkei anhäufte und trotzdem noch sein Land in die EU führen wollte, begann gleichzeitig auch ein Prozess der Entrechtung der gesamten türkischen Gesellschaft.

Der tief religiös Brunson, der in dieser Zeit über ein exegetisches Problem im Fernstudium promovierte, bekam von diesem Prozess als apolitischer Mensch kaum etwas mit. In seiner Haft erkannte Brunson auch nicht, dass er nur als Austauschgeisel für den in den USA lebenden muslimischen Prediger Gülen erhalten sollte, den Erdoğan ohne Beweise als Hintermann des Putsches vom Juli 2016 aus-

gemacht hatte. Was Erdoğan womöglich auch nicht wusste oder unterschätzte, war, dass mit der Ernennung von US-Außenminister Mike Pompeo im April 2018 gerade ein Mitglied der presbyterianischen Kirche zur rechten Hand von Präsident Trump ernannt worden war. Er verpflichtete sich, in einem über die Botschaft weitergeleiteten Ehrenwort gegenüber Norine und Andrew Brunson zu handeln.

Pastor als Austausch-Geisel

Mit der Ernennung Pompeos änderte Präsident Trump seinen Ton gegenüber Erdoğan. „Sie nennen ihn einen Spion, aber ich bin eher ein Spion als er“, schrieb Trump im April 2018 auf Twitter und forderte die sofortige Freilassung eines „großartigen Pastors“. Als Erdoğan nicht reagierte, verkündete Trump die Verdopplung der Importzölle auf Stahl und Aluminium, die türkische Börse bebt und schickte die türkische Lira auf Talfahrt. In zwei Monaten verloren allein durch den Zerfall der Lira die türkischen Bürger Milliarden an Kaufkraft, und das wegen eines einzigen Pfarrers. Jetzt bebt auch Erdoğan und ließ kurze Zeit später Pastor

Brunson frei und mit seiner Frau aus der Türkei wegziehen.

Pastor Brunson blieb auch in der Haft ein durch und durch religiöser und integrierter Mensch. Er schrieb Gedichte, um sich auf das Martyrium vorzubereiten. Er benutzt in seinem Tagebuch oft religiöse Metaphern und vergleicht Erdoğan, den er in dem Buch nur wenige Male mit Namen nennt, mit dem Pharao in Ägypten, der sich zunächst geweigert hatte, das Volk Israel ziehen zu lassen. Erst die von Gott als Strafe geschickten sieben Plagen führten zu einem Einlenken des Pharaos und führten zur Entstehung des jüdischen Volkes, das in der Befreiung aus Ägypten das Ur-Erlebnis seiner Religion und seines Bündnisses mit Gott erkannte, das es bis heute im Fest Pessach feiert.

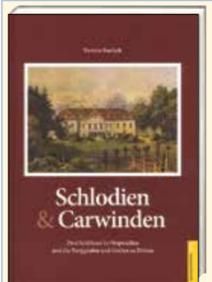


Andrew Brunson/Craig Borlase: „Geisel für Gott“, Gerth Medien GmbH, Aßlar 2020, Taschenbuch, 304 Seiten, 15 Euro



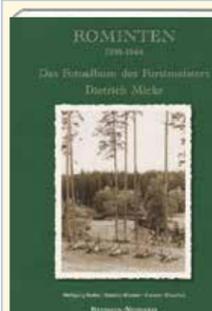
Niemandsland
Die Farenheids und die Schmidt von Altenstadt - Eine Spurensuche in Ostpreußen
367 Seiten/Gebunden
Nr. P A1308 34,00 €

Dieses Buch beschreibt die Geschichte der Familien Farenheid und Schmidt von Altenstadt seit dem Mittelalter bis zur Flucht aus Ostpreußen im Jahr 1945. Die Darstellung wird eingebettet in die allgemeine Geschichte Ostpreußens, eine Beschreibung der gutsherrlichen und bäuerlichen Lebensverhältnisse sowie in die Geschichte des Kreises Darkehmen. In den Blick genommen werden dabei auch das Leben und Wirken des Gutsbesizers und Kunstsammlers Fritz von Farenheid (1815-1888), das von ihm geschaffene Kunstwerk Schloss Beynuthen, der Besitz Medunichken der Familie Schmidt von Altenstadt sowie die Bedeutung der Pferdezucht in Ostpreußen. Die den Band abschließende »Spurensuche« an den historischen Schauplätzen des Geschehens vergegenwärtigt die untergegangene Topographie Ostpreußens.



Schlodien & Carwinden
Zwei Schlösser in Ostpreußen und die Burggrafen und Grafen zu Dohna
412 Seiten/Gebunden
Nr. P A0861 69,80 €

Einzigartige Bilder und Geschichten aus der versunkenen Welt des ostpreußischen Adels und seiner Schlösser bietet die vorliegende Monographie über Schlodien und Carwinden im preußischen Oberland. Heute liegen diese Orte in der polnischen Wojewodschaft Ermland und Masuren und trotz der Kriegs- und Nachkriegszerstörungen finden immer wieder Touristen hierher und wandeln auf den Spuren verklungener Zeiten, auf der Suche nach den barocken Landschlössern und den Überresten ihres von Marion Gräfin Dönhoff vielfach beschriebenen patriarchalischen Mikrokosmos „Gutshof“. Eingebunden in die vielschichtige, sehr weitläufige Geschichte der berühmtesten ostpreußischen Adelsfamilie, der Burggrafen und Grafen zu Dohna, wird hier die Bau- und Nutzungsgeschichte zweier ihrer wichtigsten Schlösser dokumentiert.



Rominten 1936-1944
Das Fotoalbum des Forstmeisters Dietrich Mücke
160 Seiten/Gebunden
Nr. P A0604 49,95 €

Rominten – für die alt gewordene Generation der Jäger und der Ostpreußen das Synonym für das seinerzeit – wohl in ganz Europa – berühmteste und bekannteste Rotwildrevier, mit den stärksten Trophäen. Einblick in die unvergleichliche Landschaft gibt das bisher unveröffentlichte Fotoalbum des letzten Forstamtsleiters in Rominten Dietrich Mücke (1908-1986) mit seinen bemerkenswert guten Aufnahmen aus seiner Zeits. Es zeigt das Forstamt Rominten, die anderen Forstämter und den Jägerhof als Zentrum der Jagd auf den roten Hirsch. Den Autoren Rothe und Streufert – selbst Jäger mit ostpreußischen und pommerchen Wurzeln – ergänzen die Abbildungen des Albums mit zusätzlichen Informationen.



„Frau, komm!“
Die Massengewaltungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45
208 Seiten
Nr. P A0192 Geb. 19,90 €

Zu den schlimmsten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gehören die Massengewaltungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten 1944/45. Viele dieser Frauen und Mädchen wurden nicht ein Mal, sondern viele Male sexuell missbraucht. Weder Kinder noch Greisinnen blieben verschont. Verlässlichen Schätzungen zufolge wurden rund zwei Millionen Frauen und Mädchen Opfer jener Vergewaltigungen. Das ungeheure Ausmaß dieser Verbrechen und der durch sie verursachten menschlichen Leiden hat jahrzehntlang keine angemessene öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Erst in neuerer Zeit werden diese Ereignisse häufiger erwähnt, allerdings fast immer nur als Teil einer Schilderung von Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit.



Der realliche Ostpreuße 2021
Nr. P 533204 Kartoniert 9,95 €

Mit 156 Seiten, ausführlichem Kalendarium, Gedenktagen und Jubiläen großer Künstler, Dichter, Komponisten, Regisseure, Fotografen, Architekten und Wissenschaftler wie Ferdinand Gregorovius, Norbert Ernst Dolezich, Werner Richard Heymann, Emil Hundrieser, Theodor Gottlieb von Hippel der Ältere, Eva Schwimmer, Kurt Bernecker, Lotte Jacobi, Paul Brock, Heinz Tiessen, Erika Maria Wiegand die aus Ostpreußen stammen oder in Ostpreußen gewirkt haben, sowie Erzählungen und Gedichte der folgenden ostpreußischen Autoren im Jahreslauf: Johann Christoph Gottsched, E.T.A. Hoffmann, Siegfried Wiechert, Emil Johannes Gutzzeit, Ruth Geede, Silke Osman, Matthias Claudius, Charlotte Keyser, Agnes Miegel, Hans-Ulrich Stamm, Hildegard Rauschenbach, Hans-Ulrich Stamm, Margarete Kudnig, Hannelore Patzelt-Hennig, Ferdinand Gregorovius, Hedy Gross, Annemarie in der Au, Hermann Sudermann, Walter Adamson, Otfried Graf Finkenstein, Johanna Wolff, Walter Scheffler, Grete Fischer, Eva Schwimmer, Kuno Felchner, Fanny Lewald, Eva Maria Sirowatka, Lars Loppenthien, Fritz Skowronnek, Johanna Ambrosius, Frieda Jung, Ruth Maria Wagner und viele mehr. Der realliche Ostpreuße enthält 100 SW-Illustrationen.



Vertreibung und Vertriebsverbrechen 1945-1948
Nr. P A0830 Kart. 29,80 €

Der abschließende Bericht der im Bundesarchiv in Koblenz erarbeiteten Dokumentation über Verbrechen und Unmenschlichkeiten, die an Deutschen im Zuge der Vertreibung begangen worden sind. Dieser bereits 1974 erstellte Bericht wurde bis 1982 von der SPD/FDP-Bundesregierung aus politischen Gründen unter Verschluss gehalten. Er beruht auf der Auswertung des im Bundesarchiv liegenden Quellenmaterials: etwa 10.000 Erlebnisberichte aus der Ostdokumentation, etwa 18.000 Gemeindefortschrittsberichte sowie Materialien der katholischen Diözesenarchiv sowie des Suchdienstes des Deutschen Roten Kreuzes. Die Dokumentation enthält zudem 45 bisher unveröffentlichte, erschütternde Erlebnisberichte, die von dem tragischen Geschehen – Flucht, Vertreibung, Ausweisung, Deportation zeugen.



Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle
Nr. P A0545 29,80 €

Wer die Debatte über die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ kennt, weiß, dass auch Wehrmachtsoldaten Opfer von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurden. Dieses Buch, das große wissenschaftliche Anerkennung genießt und mehrere Auflagen in Amerika erlebt hat, dokumentiert dies. Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts wurde 1939 eingerichtet, mit der Aufgabe, völkerrechtswidrige Handlungen der Kriegsgegner Deutschlands zu dokumentieren. Die Unterlagen dienen juristischen und diplomatischen Stellen des NS-Staates zur Erstellung von Weißbüchern, Protestschreiben und Anklagen gegen Kriegsgefangene. Der Autor hat als erster die 226 erhaltenen Aktenbände ausgewertet.



Königsberger Schicksalsjahre
Nr. P A0558 19,95 €

Der Untergang Königsbergs beginnt spät, aber mit brutaler Wucht am 26. August 1944, als britische Bomber einen Feuersturm in der Stadt entfachen. Der ganze Stadtkern wird ausgelöscht. Im Oktober stößt die Rote Armee erstmals auf ostpreußischen Boden vor, im Januar 1945 steht sie im Rahmen ihrer Winteroffensive bereits vor den Toren Königsbergs. Als die zur Festung erklärte Stadt im April 1945 fällt, wartet auf die 100.000 verbliebenen Königsberger ein schlimmes Schicksal. Die sowjetische Führung gibt die Stadt zur Plünderung frei. Danach sorgen Hungerterror, Zwangsarbeit, Kälte und Gewalt dafür, dass 1947 gerade noch 24.000 Deutsche abgeschoben werden können.



Ein Land so weit
Nr. P 9075 6,95 €

Als Kind hat Petra Reski die sentimentalen Geschichten, die ihre Familie über Ostpreußen erzählte, nicht mehr hören können. Doch dann führt sie der Zufall in das Heimatdorf ihres Vaters. In den Bewohnern des Dorfes findet sie ihre Großeltern wieder. Die Erzählungen vom Leben und Überleben verbinden sich mit der Geschichte ihrer Familie. Und der lang vergessene Klang der Sprache erzählt wie ein großer Roman. Ein Buch, das von erzählerischem Witz und großen Emotionen getragen, die Suche nach der eigenen Identität beschreibt.



Ein Jahr mit Loki
Nr. P A1344 10,00 €

Botanikerin, Naturschützerin, Lehrerin: Loki Schmidt war immer mehr als die Frau an Helmut's Seite. Hier erzählt Lothar Frenz, der eng mit ihr zusammenarbeitete, von ihrem wechselvollen Leben: Lokis Kindheit und Jugend, dem Krieg und der Bonner Republik, davon, wie sie sich immer wieder neu erfand und dabei doch sie selbst blieb. Mit großem Selbstbewusstsein ausgestattet, wusste sie genau, wer sie war und was sie wollte. Als „armer Leute Kind“ hatte sie feste Standpunkte und hegte durchaus Unverständnis gegenüber Leuten, die ihre Chancen nicht sahen – und dennoch begegnete sie den Menschen immer auf Augenhöhe. „Ein Jahr mit Loki“ ist nicht nur das persönliche Porträt einer beeindruckenden Frau – es ist auch ein Buch über das Leben.



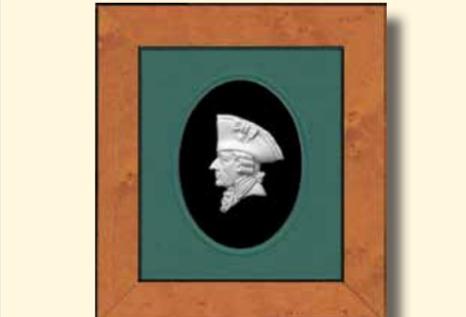
Mein vielbewegtes Leben
Nr. A1409 Gebunden 48,00 €

Alexander von Humboldt
Ein biographisches Porträt präsentiert von Frank Holl
Er ist die herausragende Person des Geisteslebens des 18. und 19. Jahrhunderts, von seinen Erkenntnissen zehren wir bis heute: Alexander von Humboldts Errungenschaften auf dem Gebiet der Naturwissenschaften sind das Ergebnis seiner unzähligen Entdeckungsexpeditionen. Frank Holl führt uns durch ein rastloses, „vielbewegtes Leben“. Ob Physik, Zoologie, Botanik, Ethnologie, Geologie, Mineralogie oder Astronomie – Alexander von Humboldts Werk umfasste alle bekannten Bereiche der Naturwissenschaft und bildete die Grundlage neuer Disziplinen. Universal gelehrt wurde er vor allem durch seine Reisen, die ihn gleichermaßen nach Lateinamerika sowie quer durch Russland und Sibirien führten; die dort gewonnenen Einsichten über klimatische Zusammenhänge und die geologische Gestalt der Erde gingen ein in sein Lebenswerk: Kosmos – Entwurf einer physischen Weltbeschreibung. Sein Forscherwissen ist das Ergebnis eines Lebens in Bewegung, das Frank Holl in seinem biographischen Porträt nachzeichnet. 384 Seiten im Großformat



Deutschlands unbekannteste Jahrhunderte
Nr. P A0881 29,80 €

Was war in unserem Land – Deutschland – vor etwa 1500 Jahren los? Das war die Zeit zwischen dem Ende des Römischen Kaiserreichs und den Kaisern eines „heiligen Römischen Reichs“, die nun plötzlich aus Mitteleuropa stammten? Gab es da bei uns überhaupt „Geschichte“? Gab es Ereignisse, die vielleicht bestimmend für die weitere Entwicklung der Menschen und des Landes waren? Allerdings glauben die Historiker, davon kaum etwas zu wissen, denn niemand hat ja damals in unserem Land schreiben können. Dr. Reinhard Schmoeckel ist es gelungen, aus einer großen Fülle von Detailuntersuchungen vieler Privatforscher, darunter auch seiner eigenen, ein überraschend lebendiges Bild jener Zeit vor anderthalb Jahrtausenden zusammenzustellen, ein Bild, das bisher noch keinen Eingang in die Geschichtswissenschaft gefunden hat.



Porzellanrelief König Friedrich II. von Preußen
Nr. P A1239 Porzellanrelief 49,00 €



Kühlschrankschmuck und Flaschenöffner mit dem Wappen des Königreiches Preußen
Nr. P A1303 4,95 €



Kühlschrankschmuck und Flaschenöffner mit einer Abbildung der beliebten preußischen Königin Luise
Nr. P A1275 Magnet 4,95 €



DVD – Reise nach Schlesien
Nr. P 9774 DVD 12,95 €



DVD – Schlesien wie es war
Nr. P 9478 DVD 12,95 €



DVD – Schatzkästchen Ostpreußen
Nr. P 9680 DVD 19,95 €



Metropol - Roman
Nr. P A1460 Geb. 16,00 €

Moskau, 1936. Die deutsche Kommunistin Charlotte ist der Verfolgung durch die Nationalsozialisten gerade noch entkommen. Im Spätsommer bricht sie mit ihrem Mann und der jungen Britin Jill auf zu einer mehrtägigen Reise durch die neue Heimat Sowjetunion. Die Reisenden sind bald beherrscht von einer Spannung, die beinahe körperlich greifbar wird. Denn es verbindet sie mehr, als sich auf den ersten Blick erschließt: Sie sind Mitarbeiter des Nachrichtendienstes der Komintern. Eugen Ruge folgt drei Menschen auf den schmalen Grat zwischen Überzeugung und Wissen, Loyalität und Gehorsam, Verdächtigung und Verrat. Ungeheuerlich ist der politische Terror der 1930er Jahre, aber mehr noch: was Menschen zu glauben imstande sind...



Wolfszeit
Nr. P A1360 16,00 €

Ausgezeichnet mit dem Preis der Leipziger Buchmesse 2019 Harald Jähners große Mentalitätsgeschichte der Nachkriegszeit zeigt die Deutschen in ihrer ganzen Vielfalt: etwa den „Umerzieher“ Alfred Döblin, der das Vertrauen seiner Landsleute zu gewinnen suchte, oder Beate Uhse, die mit ihrem „Versandgeschäft für Ehehygiene“ alle Vorstellungen von Sittlichkeit infrage stellte; aber auch die namenlosen Schwarzmarkthändler, in den Taschen die mythisch aufgeladenen Lucky Strikes, oder die stillschweigenden Hausfrauen am nicht weniger symbolhaften Nierentisch der anbrechenden Fünfziger. Das gesellschaftliche Panorama eines Jahrzehnts, das entscheidend war für die Deutschen und in vielem ganz anders, als wir oft glauben.



DVD – Pommern wie es war
Nr. P 9550 DVD 12,95 €



DVD – Flug über Nord-Ostpreußen - Teil I
Nr. P 9462 DVD 14,95 €



DVD – Flug über Nord-Ostpreußen - Teil II
Nr. P 9463 DVD 14,95 €



DVD – Flug über Nord-Ostpreußen - Teil III
Nr. P 9464 DVD 14,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

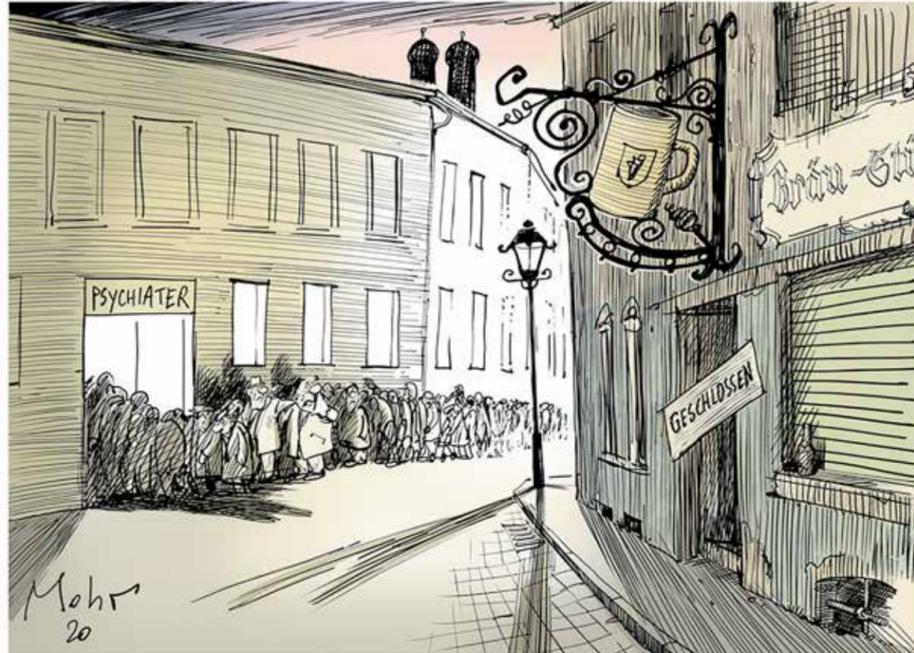
Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● AUFGESCHNAPPT

Anlässlich des Nationalfeiertags am 26. Oktober hat Österreichs Grüne Jugend auf Facebook einen mittlerweile wieder gelöschten Beitrag veröffentlicht, der mit einem Foto von Hundekot bebildert war. Beschriftet war die Aufnahme mit dem Hashtag „Heimatliebe“ und den Worten: „Hört auf, Österreich zu feiern!“ Weiter hieß es: „Zum Nationalfeiertag werden die Nation und die Heimat gefeiert. Wenn die rechtsextreme FPÖ das tut, ist das keine große Überraschung. Umso mehr sollten Menschen mit Vernunft davon ablassen. Es gibt keinen Grund, Österreich zu feiern.“ Vertreter der Mutterpartei, die zusammen mit der christdemokratischen ÖVP von Kanzler Sebastian Kurz in Regierungsverantwortung steht, stimmten nach dem Vorfall deutlich andere Töne als ihre Jugendorganisation an. Der grüne Vizekanzler Werner Kogler bedankte sich beispielsweise bei den Menschen, die „zu einem besseren Österreich“ beitragen, und sagte: „Wer seine Heimat liebt, setzt jetzt auf Zusammenhalt.“ N.H.



Trauermarsch

● STIMMEN ZUR ZEIT

Der Epidemiologe und frühere Leiter des globalen Influenza-Programms Klaus Stöhr tritt in der „Welt“ (30. Oktober) einer seiner Meinungen nach irrtümlichen Auffassung zu Covid-19 entgegen:

„Ich glaube, dass immer noch viele Menschen denken, wir können das Virus aufhalten. Ihnen ist nicht klar, dass es sich hier um ein Naturereignis handelt, das wir nicht stoppen können. Die meisten haben nicht verstanden, dass sich alle Menschen auf der Welt anstecken werden. Dass die Pandemie erst vorbei ist, wenn alle infiziert oder geimpft sind.“

Julian Marius Plutz betrachtet auf seinem Blog „neomarius“ (29. Oktober) die Reaktion deutscher Medien auf die Ermordung von Homosexuellen in Dresden und im englischen Reading durch radikale Moslems:

„Für den Tod eines Schwarzen in den USA, der mit deutschen Zuständen recht wenig zu tun hat, gab es epische Ausmaße der medialen Empörung ... Bei anderen Übergriffen spannten die Tugendwächter dagegen ein Band des Schweigens. Es darf nicht sein, dass ein Moslem ein schwulenfeindlicher Täter ist, weil er doch zur ausserkorenen Opfergruppe gehört.“

Lucien Scherrer und Anna Schneider werfen der politischen Linken vor, die radikal-islamische Gefahr gezielt heruntergespielt zu haben, weil sie nicht in ihr simples Gut-Böse-Schema passe. In der „Neuen Zürcher Zeitung“ (2. November) schreiben sie:

„Das ‚linke Appeasement‘, ... trägt heute ... dazu bei, dass islamistische Gewalt gegen Homosexuelle und gegen Juden relativiert oder verschwiegen wird. Und dies, obwohl Islamisten seit der Jahrtausendwende allein in Frankreich über zwei Dutzend Jüdinnen und Juden ermordet haben und Pöbeleien auch in anderen Ländern zugenommen haben.“

Jürgen Windeler, Leiter des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) in Köln, beklagt in der „Süddeutschen Zeitung“ (29. Oktober), wie jede wissenschaftliche Kritik an den Corona-Maßnahmen niedergebügelt werde:

„Zweifel ist die entscheidende und, genau genommen, neben Neugier die einzige Triebfeder wissenschaftlicher Erkenntnis. Wer in den letzten Monaten Zweifel geäußert hat, der konnte erleben, dass das Fragen als solches bereits als eine Form von Häresie betrachtet wurde ... egal, ob man Zweifel an einzelnen Zahlen, Verlautbarungen oder Entscheidungen bzw. deren Begründung hatte, oder man es wagte auf einzelne Inkonsistenzen und Ungeheimheiten hinzuweisen, blitzschnell konnte man sich in der Kiste der ‚Relativierer‘, ‚Verharmloser‘ oder gleich der ‚Covidioten‘ wiederfinden.“

● WORT DER WOCHE

„Wenn dieses Land eine Armee haben will, die potentiell einsatzfähig ist, dann braucht sie auch Krieger. Oder wir lassen das mit den Kampftruppen.“

Sönke Neitzel, Militärhistoriker in Potsdam, im Gespräch mit der „Welt“ (3. November)

DER WOCHENRÜCKBLICK

Zurück durchs Gestrüpp

Wieso Merkel vom Islamismus redet, und wie Kühnert in die „Gesellschaft der Freien“ gelangen will

VON HANS HECKEL

Was hat sich dieser lästige Franzose nur dabei gedacht? Als Reaktion auf den Messermord von Nizza und die Ermordung des Lehrers Samuel Paty durch einen radikalen Moslem hat der Präsident Frankreichs, Emmanuel Macron, dem radikalen Islam den Fehdehandschuh hingeworfen. Vor allem: Er hat dabei die religiös-ideologischen Motive des Täters glasklar beim Namen genannt.

Genau das hatte unsere Kanzlerin Angela Merkel und nahezu der gesamte Berliner Politikzirkus stets peinlich vermieden. Zwar sprach man von Trauer und Mitgefühl und davon, dass man dem „Terror“ die Stirn biete. Aber das ist etwa so sinnvoll, als erklärte man einer Waffe den Krieg und nicht demjenigen, der sie abgefeuert hat. Das ist natürlich geschickt, wenn man um jeden Preis die Schuldigen und den Sumpf, aus dem sie wuchsen, schonen will, um die Augen der Öffentlichkeit auf andere Feindbilder zu lenken. Aber es fällt irgendwann dumm auf.

Spätestens dann nämlich, wenn einer aus der Reihe tanzt und den Nebel des Ungesagten weglässt. Genau das hat Macron getan. Dann kam Wien, Merkel saß in der Klemme. Noch mal drum herum zu reden, wäre ihr möglicherweise schlecht bekommen. So bezeichnete sie den „Kampf gegen diese Mörder und ihre Anstifter“ als unseren gemeinsamen Kampf und sprach tatsächlich vom „islamistischen Terror“.

Donnerwetter! Wo bleibt denn da der „Dialog“ mit diesen Leuten? Der geht selbstverständlich weiter. Eine Demo in Frankfurt am Main, die sinnigerweise unmittelbar vor den Morden von Wien angemeldet wurde, sollte uns unterbreiten, auf welcher Grundlage der fruchtbare „Dialog“ fortzuführen sei. Bis zu 200 Teilnehmer erwartete die Polizei Anfang der Woche für den morgigen Sonnabend, die unter dem Motto „Gegen Beleidigung und Hetze gegen Propheten; gegen ‚Charlie Hebdo‘, Islamophobie sowie gegen die Tolerierung von Provokationen“ durch die Mainmetropole ziehen wollten.

Hübsche Zusammenfassung, die sich ohne Umstände in simples Deutsch übersetzen lässt. Dann lautet die Parole nämlich: „Gegen die Freiheit zur Religionskritik, gegen die Pressefreiheit, gegen das Recht zur eigenen Meinung über den Islam und gegen die Dul-

dung jedweder Positionen, die von denen des radikalen Islam abweichen.“ Mit anderen Worten: Wenn ihr vor uns auf die Knie sinkt und euch vorbehaltlos uns und unserem Gesetz unterwerft, dann überlegen wir uns, euch leben zu lassen.

Es hat uns ja immer schrecklich auf den Magen geschlagen, dieses Gefühl, dass wir die Moslems in unserem Land unentwegt diskriminieren. Denn egal, wie tolerant, weltoffen, bunt und vielfältig wir uns aufführten, immer kam ein Moslemfunktionär, ein beflissener Wissenschaftler oder ein linker Volkserzieher und belehrte uns mit strengem Augenaufschlag, dass wir immer noch diskriminieren, beleidigen und die Gefühle der Muslime verletzen.

Nun wissen wir endlich, was wir falsch gemacht haben. Die Diskriminierung der Muslime endet erst, wenn wir uns ihnen vollständig unterworfen haben. Diese Forderung der radikalen Moslems anmaßend zu finden, geht vollständig an der Wirklichkeit vorbei. Die ticken nur so, wie Völker, Staaten und Kulturen seit jeher getickt haben: Der Feind bleibt ein Feind, solange er sich wehrt. Erst wenn er die Waffen streckt, darf man Milde walten lassen. In gewissen Grenzen zumindest.

Ob die Demo am morgigen Sonnabend überhaupt stattfindet, stand bei der Produktion dieser Zeitung noch nicht fest. Beantragt worden war sie vor dem Wiener Blutbad. Es könnte sein, dass die Initiatoren den Auftritt lieber verschieben nach den Morden an der Donau. Der Erfolg ihres Feldzugs beruhte bislang schließlich darauf, dass die Angegriffenen den Angriff gar nicht wahrhaben wollten. Dieser (Selbst-)Betrug könnte durch die jüngsten Mordanschläge ins Wanken geraten.

Sogar Juso-Chef Kevin Kühnert hat kalte Füße bekommen. Bisher stand die politische Linke in Deutschland ja fest und treu an der Seite der radikalen Moslems. Nun bezeichnet er den Islamismus als den „blindesten Fleck“ in der linken Wahrnehmung. Was soll das denn plötzlich heißen? Nun, vielleicht hat sich Kühnert wirklich mal die Frage gestellt, ob das orientalische Mittelalter wirklich besser zu „linken“ Vorstellungen passt als die europäische Moderne.

Aber will er jetzt wirklich zurückkehren zu den Werten der Aufklärung, die sich die ganz junge Sozialdemokratie Ende des 19. Jahrhunderts in den Tornister gepackt hatte, um seit Jahrzehnten ein Teil nach dem anderen davon in den Graben zu schleudern?

Klare Ansage:
Wir sind erst
keine
Diskriminierer
mehr, wenn wir
uns vollständig
den radikalen
Moslems
unterwerfen



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

Erst war es die Anbiederung an den Kommunismus, die in der Hochschuljugend der SPD ihren Anfang nahm und die freiheitlichen Ideale im Tornister nach und nach untragbar machte. Dann kam die Verzückerung für den Islam inklusive dessen fanatischer Variante und die Verherrlichung von allem, was gegen die europäische Tradition zu stehen schien. Schließlich war der Tornister leer.

Heute gehen dem Sozi (wie dem Grünen) Herkunft, Hautfarbe und Kulturzugehörigkeit über alles, darin gleicht er haargenau den reaktionären Gegnern seiner Altvorderen, nur dass er die Rangordnung auf den Kopf gestellt hat. Galt der weiße Mann früher als Krone der Schöpfung, gilt er heute den Linken als das exakte Gegenteil, als Schuldigster der Schuldigen, dessen Diskriminierung erstes Gebot sei. Sie begründen das mit der einst privilegierten Stellung des weißen Mannes, das nennt man wohl Sippenhaft.

Vergessen wurde dabei blöderweise der weiße Unterschichtler, der von seiner „Privilegierung“ auch vor 100 Jahren rein gar nichts mitbekommen hat und heute oft lieber AfD wählt, als sich von hoch bezahlten SPD-Soziologen vorhalten zu lassen, dass er seinen „Reichtum“ und seine „Vorrechte“ anderen Rassen und Kulturen zu verdanken habe, denen er daher dauernd etwas schuldig sei.

Vergessen wurde dabei aber auch, dass es das Kennzeichen vormoderner Klassengesellschaften war, Geschlecht, Hautfarbe oder Kulturzugehörigkeit darüber entscheiden zu lassen, wie viele Rechte und Ansprüche jemand geltend machen darf. Oder wer „Opfer“ oder „Täter“ ist. Oder um wen man trauern soll und um wen nicht so sehr.

Nach den jüngsten Morden will Kühnert nicht mehr unter „richtigen“ und „falschen“ Opfern unterscheiden, ja, er will sogar zurück zum Ideal der „Gesellschaft der Freien und Gleichen“. Zwar unwirbelt er das jähre Bekenntnis mit allerhand „Kampf gegen Rechts“-Plattitüden, die ihm vermutlich zwanghaft entweichen. Aber der Kern bleibt.

Zurück also zu den Idealen von Freiheit und Aufklärung? Mit der deutschen Linken? Das wird ein langer, dorniger Weg, Genosse Kühnert. Und schmerzhaft. Wie die das wohl schaffen wollen, sich durchs Gestrüpp ihrer moralisierenden Tabus, unhinterfragten Glaubenssätze und klebrigen Ressentiments zurückzukämpfen zum Geist einer „Gesellschaft der Freien“? Rasend interessant könnte das werden! Halten wir die Augen offen.